

einer Abschwächung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte führen. Da die Konsumneigung aus Lohneinkommen jene aus Gewinn- und Vermögenseinkommen übersteigt, kann ein Sinken der Lohnquote eine geringere Konsumnachfrage zur Folge haben. Ein höherer Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am Volks-

einkommen hat auch Implikationen für den öffentlichen Konsum. Ein verminderter Lohnanteil im Volkseinkommen dämpft den Staatsausgabenmultiplikator, was in der Folge die Effektivität expansiver fiskalpolitischer Maßnahmen in Zeiten wirtschaftlicher Anspannungen unterminiert (Galí et al., 2007, Coenen – Straub, 2005).

12.2 PERSONELLE EINKOMMENSVERTEILUNG

Eine umfassende Analyse der Einkommen auf personeller Ebene sollte alle Einkommenskomponenten umfassen, also Einkommen aus unselbstständiger Arbeit (ArbeitnehmerInnenentgelte), aus selbstständiger Tätigkeit wie auch aus Kapital- und Vermögenseinkommen. In vorhandenen administrativen Statistiken können die Einkommenskomponenten nicht annähernd vollständig Einzelpersonen zugerechnet werden. Grund dafür sind neben den unterschiedlichen Einkommensdefinitionen zwischen Selbstständigen- und Unselbstständigeneinkommen auch die endbesteuerten Kapitalerträge. Diese sind nicht in den Einkommensinformationen der Lohn- bzw. Einkommenssteuerpflichtigen enthalten.

Die vorliegende Analyse der Einkommen unselbstständig Beschäftigter stellt somit einen Ausschnitt der Einkommenssituation bzw. der Einkommensverteilung in Österreich dar. Die Berücksichtigung aller genannten Einkommenskomponenten würde zu einem differenzierten Bild über die Verteilungssituation in Österreich führen. Insgesamt zeigen die vorhandenen Analysen, dass die Einkommen selbstständig Erwerbstätiger ungleicher verteilt sind als jene von Unselbstständigen (Schweitzer, 2006, Altinger et. al. 2011, 2012). Zur Verteilung von laufenden Zinseinkommen, Dividenden sowie Einkommen aus Vermietung und Verpachtung in der österreichischen Wohnbevölkerung gibt es aufgrund der unzureichenden Datenlage keine entsprechenden Analysen. Einzig die Daten des Household Finance and Consumption Survey (HFCS), eine Erhebung in den EURO-Ländern zu den Geldvermögens- und Immobilienvermögensbeständen, liefert erste Anhaltspunkte über die Verteilung

der Geld- und Immobilienvermögen in Österreich.

Faktoren der Einkommensverteilung

Im ersten Abschnitt wurde gezeigt, dass die Nichtlohneinkommen (Unternehmens- und Vermögenserträge) deutlich stärker gewachsen sind als die ArbeitnehmerInnenentgelte. Für die ArbeitnehmerInnen wirken unterschiedliche Entwicklungen auf die Verteilung ihrer Entgelte.

Allein in den letzten zehn Jahren sank der Anteil der ArbeiterInnen an allen unselbstständig Beschäftigten um drei Prozentpunkte (auf 39%), der Anteil der BeamtInnen sogar um vier Prozentpunkte (auf 8%), während der Anteil der Angestellten um sechs Prozentpunkte auf 54% zulegen. Absolut bedeuten die Veränderungen eine Abnahme der BeamtInnen um 99.600 Personen, die Zahl der ArbeiterInnen erhöhte sich um 7.300 Personen, jene der Angestellten um 319.400 Personen (vgl. HV, 2011). Die steigende Einkommensspreizung wird auch durch die Zunahme von durchschnittlich höher entlohnten angestellt Beschäftigten beeinflusst. Die Zunahme der Angestelltenzahlen wird von der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung der Angestellten wiederum gedämpft: Tatsächlich entfallen drei Fünftel der angestellten Beschäftigungszuwächse auf Teilzeitbeschäftigte. In den vergangenen zehn Jahren war das Wachstum der Teilzeitarbeitsplätze höher als das Beschäftigungswachstum insgesamt.

Die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, allen voran der Teilzeitarbeitsplätze, ist mit einer steigenden Einkommensspreizung auf

personeller Ebene verbunden. Auf Haushaltsebene bremsen diese „Zusatz-Teilzeit-Einkommen“ allerdings die Vergrößerung der Einkommensungleichheiten (s. Abschnitt 12.3). Empirische Studien belegen, dass sich der Arbeitsmarkt segmentiert (Schmid, 2011). Das primäre Segment ist von relativer Arbeitsplatzsicherheit, guten Arbeitsbedingungen, Aufstiegschancen und einer entsprechenden Entlohnung gekennzeichnet. Im instabilen sekundären Segment finden sich schlechtere Arbeitsbedingungen und eine geringere ökonomische und soziale Absicherung (Davidsson – Naczyk, 2009) sowie eine häufigere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit der Niedrigqualifizierten und ihre häufigere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit verstärken Einkommensungleichheiten (Keller – Seifert, 2006; Möller – Schmillen, 2008).

Veränderungen in der Qualifikationsstruktur zeigen sich durch eine kontinuierliche Zunahme der formalen Bildungsabschlüsse der Erwerbstätigen (Horvath et al., 2012). Steigende Qualifikationen sollten auch mit einer höheren Produktivität und damit steigenden Entlohnung einhergehen. Die Rückwirkungen dieser Entwicklung auf die Einkommensverteilung hängen davon ab, ob die Produktivität über alle Einkommensgruppen hinweg gleichmäßig zugenommen hat oder ob es Bereiche gab, in denen stärkere Zuwächse zu verzeichnen waren. Im letzten Fall nimmt die Einkommenskonzentration zu (Altzinger et al., 2012). Tatsächlich nahm der Anteil der lohnsteuerpflichtigen Einkommen der obersten 20% in den vergangenen zehn Jahren deutlich zu, während der Einkommensanteil am Gesamteinkommen der untersten 20% der lohnsteuerpflichtigen Erwerbstätigen auch durch die erwähnte Segmentierung rückläufig war.

Diese exemplarisch genannten Faktoren, die in Österreich und darüber hinaus vorhanden sind, verstärkten tendenziell Einkommensungleichheiten. Österreich entspricht damit einem internationalen Trend (Dustmann et al., 2007, OECD, 2008 und 2011) der steigenden Einkommensungleichheit. Die Entwicklung der Einkommensverteilung der unselbstständig Beschäftigten in Österreich ist nachfolgend aus

unterschiedlichen Perspektiven – in Abhängigkeit von den vorhandenen Datengrundlagen – beleuchtet. Zum einen können mit den Daten der Beitragsstatistik des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger die Einkommensniveaus entlang der Wirtschaftszweigen, der Altersgruppen sowie der sozialrechtlichen Stellung miteinander verglichen werden. Die nähere Analyse der Einkommensverteilung ist mit der Beitragsgrundlagenstatistik wegen der Höchstbeitragsgrundlage weniger aussagekräftig als mit den Einkommensdaten aus der Lohnsteuerstatistik. Im letzten zur Verfügung stehenden Jahr 2010 wurden in der Beitragsgrundlagenstatistik nur Einkommen zwischen 366,33 EUR (Geringfügigkeitsgrenze) und 4.110 EUR (Höchstbeitragsgrundlage) erfasst. Da die Einkommensverteilung und hier wiederum die Einkommenskonzentration von der Größe der Gruppe mit Höchsteinkommen und ihrem Anteil am Gesamteinkommen mitbestimmt ist, wird die Verteilungsanalyse auf der Grundlage der Lohnsteuerdaten ergänzt.

12.2.1 ENTWICKLUNG DER LÖHNE UND GEHÄLTER UNSELBSTSTÄNDIG BESCHÄFTIGTER

Im Jahresdurchschnitt 2011 hatten 3,3 Mio. Personen Einkommen aus unselbstständiger Beschäftigung (WIFO, 2012). Die Beschäftigungsquote zeigt, dass für 65,9% der Personen im Erwerbsalter unselbstständige Einkommen die ökonomische Lebensgrundlage bilden. Für die einzelnen Personen sind das Qualifikationsniveau, die Arbeitserfahrung, das zeitliche Ausmaß der Erwerbsbeteiligung sowie der Wirtschaftszweig für die Höhe der Einkommen entscheidend.

Einkommensniveaus und Unterschiede in den Wirtschaftszweigen

Während in den verwendeten Datengrundlagen die Qualifikationen der Beschäftigten ebenso wenig erfasst sind wie die Arbeitserfahrung, lassen sich die Einkommensunterschiede jedoch entlang der Wirtschaftszweige zeigen. Das Lohnniveau einzelner Wirtschaftszweige ist vom Ausmaß und der Art des eingesetzten Kapitals bzw.

der Technologie und auch von der jeweiligen Produktionsgröße bestimmt. In Bereichen, in denen der verstärkte Einsatz von Technologie zu Produktivitätszuwächsen führt, liegt meist ein überdurchschnittliches Lohnniveau vor. Ebenso in Bereichen, wo große Produktionseinheiten zu Skalenerträgen² führen, kann gegenüber der Gesamtwirtschaft ein höheres Lohnniveau realisiert werden. Diese Produktionsbedingungen kennzeichnen die Sachgüter erzeugenden Bereiche, während im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen weniger Skalenerträge und Produktivitätssteigerungen durch Technologisierung vorhanden sind. Im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen hingegen können durch standardisierte Tätigkeiten und durch den Einsatz von (Informations-)Technologien Produktivitätszuwächse erreicht werden.

Neben diesen grundsätzlichen Einflussfaktoren auf das Lohnniveau ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad für die Lohnentwicklung der Wirtschaftssektoren entscheidend. Die Verhandlungen der Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnen werden im Zuge der Herbstlohnrunder in der Metallbranche sowohl von den realisierten Produktivitätszuwächsen, als auch von der Stärke der Verhandlungsparteien mitbestimmt.

Insgesamt hat Österreich ausgeprägte intersektorale Lohnunterschiede. Nachfolgende Übersicht zeigt die durchschnittlichen Einkommen in ausgewählten bzw. zusammengefassten Wirtschaftsbereichen. Das Medianeinkommen (einschließlich Sonderzahlungen) über alle Wirtschaftsklassen hinweg betrug 2010 2.219 EUR brutto im Monat. Die Einkommen im Sachgüterbereich lagen um ein Fünftel über diesem Durchschnittswert. Auch das Medianeinkommen im Bauwesen überstieg um knapp ein Achtel den Gesamtdurchschnitt. Unterdurchschnittliche

Einkommen gab es in der Gastronomie/Beherbergung und im Handel: Die Medianeinkommen unterschritten hier den Gesamtdurchschnitt um ein Drittel bzw. um rund 14% im Handel. An der Schnittstelle zwischen Sachgütern und Dienstleistungen im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen erreicht das Medianeinkommen ebenso wenig den Gesamtdurchschnitt wie die personenbezogenen Dienstleistungen.

Die Dynamik der medianen Einkommensunterschiede in den drei (Nach-)Krisenjahren war im Bauwesen am höchsten: Zwischen 2008 und 2010 wuchsen hier die beitragspflichtigen Einkommen mit 4,5% mehr als doppelt so schnell wie in den personenbezogenen Dienstleistungen.

Ein Viertel der Männer sind im Sachgüterbereich beschäftigt, 12,9% im Bereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen, 12% im Bauwesen und 5,3% im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Die öffentliche Verwaltung ist für Frauen der größte Dienstgeber, 20,6% der Frauen sind hier beschäftigt, gefolgt vom Handel mit knapp 19% aller beschäftigten Frauen. Im Bereich der persönlichen Dienstleistungen finden sich 5,5% der Frauen. Die Mehrheit der Frauen arbeitet in Wirtschaftsbereichen mit unterdurchschnittlichen Medianeinkommen.

Die geringen Einkommenshöhen resultieren auch aus dem hohen Anteil der Teilzeitbeschäftigung mit entsprechenden Teilzeiteinkommen der Frauen. Auch eine genauere Analyse auf der Grundlage von Vollzeitarbeitsplätzen in der Privatwirtschaft zeigt, dass ein Drittel der vollzeitbeschäftigten Frauen und knapp unter 10% der Männer Niedriglohnbeschäftigte sind: Sie haben Verdienste, die unter zwei Drittel des Medianeinkommens liegen (Lutz – Mahringer, 2010).

² Wenn ein proportionales Input zu überproportionalen Output führt, wird von Skalenerträgen gesprochen.

Medianeinkommen (inkl. Sonderzahlungen) nach Wirtschaftsbereichen in Österreich 2008 und 2010

ÖNACE Wirtschaftsklassifizierung*)	2008		2009		2010		Veränd. 2008-10 In %
	In EUR	Gesamt = 100	In EUR	Gesamt = 100	In EUR	Gesamt = 100	
Alle Wirtschaftsklassen	2.154	100,0	2.197	100,0	2.219	100,0	3,0
Sachgüter	2.585	120,0	2.630	119,7	2.675	120,5	3,5
Bauwesen	2.403	111,6	2.472	112,5	2.512	113,2	4,5
Handel	1.860	86,4	1.908	86,8	1.912	86,2	2,8
Gastronomie/Beherbergung	1.463	67,9	1.481	67,4	1.498	67,5	2,4
Unternehmensnahe Dienstleistungen	1.781	83,7	1.771	81,6	1.826	82,3	2,5
Personenbezogene Dienstleistungen	1.641	76,2	1.666	76,8	1.670	75,3	1,8

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen

*) Durch die Umstellung der ÖNACE im Jahr 2008 ist ein Vergleich mit Jahren vor 2008 hier nicht enthalten.

Einkommensniveaus nach sozialrechtlichem Status

Die Lohnsteuerstatistik gibt ein umfassenderes Bild der Durchschnittseinkommen als die Beitragsgrundlagenstatistik. Zum einen sind hier die Einkommen ohne Höchstgrenzen erfasst, zum anderen kann durch die vorhandene Unterscheidung in Beschäftigte mit ganzjährigen und nichtganzjährigen Bezügen für diese Gruppen getrennt analysiert werden. Bei den Beschäftigten mit ganzjährigen Bezügen handelt es sich tendenziell um stabilere Beschäftigungsgruppen.

Die in der Segmentationstheorie im primären Segment Beschäftigten sind stärker in der Gruppe der Ganzjahresbeschäftigten abgebildet. Ihre Einkommen sollten somit entsprechend ihrer gut verankerten Position am Arbeitsmarkt höher sein als jene der anderen Gruppe. Im Schnitt lag 2010 der monatliche Bruttobezug einschließlich der Sonderzahlungen bei 2.104 EUR bei Frauen und bei 3.134 EUR bei Männern. Gegenüber der nicht arbeitszeitbereinigten Beitragsgrundlagenstatistik (Medianeinkommen hier: Frauen 1.753 EUR, Männer 2.605 EUR) überstiegen die Einkommen gemäß Lohnsteuerstatistik jene der Beitragsgrundlagenstatistik um ein Fünftel.

Neben der Wirtschaftsklasse unterscheiden sich die Einkommen entlang der sozialrechtlichen Stellung und Geschlecht deutlich. Arbeiterinnen liegen um rund 310 EUR und Arbeiter um 560 EUR unter den genannten Durchschnittswerten. Die höchsten Monatsgehälter beziehen laut Lohnsteuerstatistik angestellte Männer, mit durchschnittlich 4.852 EUR pro Monat. Beamtete Männer verdienen im Schnitt 4.591 EUR im Monat. Beamtinnen wiederum beziehen höhere Bezüge als angestellte Frauen. Die Einkommensdifferenzen sind durch die Unterschiede in der Qualifikations- und Altersstruktur begründet. Auch bei vollzeitbeschäftigten Frauen beträgt die Einkommenslücke gegenüber den Männern bei Angestellten 38%, bei Arbeiterinnen 30% und bei Beamtinnen 5%. In den vergangenen drei Jahren erhöhten sich die Einkommen der ArbeiterInnen um 2%, jene der Angestellten um 3,5% und der BeamtInnen um 5,5%.

Erwerbsunterbrechungen und die kürzere Erwerbsphase aufgrund pensionsrechtlicher Regelungen bedeuten deutlich weniger Versicherungsjahre im Vergleich zu unselbstständig beschäftigten Männern. Bei den Alterspensionsneuzuerkennungen des Jahres 2010 hatten Männer im Schnitt 39,2 Beitragsjahre bzw. 41,5 Versicherungsjahre³, Frauen kamen auf

³ Beitragsjahre entsprechen der Anzahl der Jahre mit aktiver Beschäftigung, Versicherungsjahre beinhalten auch Teilversicherungszeiten (vormals Ersatzzeiten) wie Arbeitslosigkeit, Kinderbetreuungszeiten etc.

29,9 Beitragsjahre bzw. 34,8 Versicherungsjahre (Pensionsversicherungsanstalt, 2011). Im Schnitt haben Frauen damit um 6,7 Versicherungsjahre weniger als Männer. In Kombination mit ihren deutlich geringeren Einkommen führt

das zu Pensionseinkommen, die um 35% unter den Männerpensionen liegen. Auch Beamtinnen in Ruhe haben trotz dem geringen Einkommensunterschied in der Erwerbsphase Ruhebezüge, die nur 80% jener ihrer Kollegen betragen.

Durchschnittseinkommen nach sozialrechtlicher Stellung und Geschlecht, 2008 und 2010 (Vollzeitbeschäftigte mit ganzjährigen Bezügen)

	2008			2010		
	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt
	durchschnittlicher Monatsbezug in EUR					
ArbeiterInnen	1.735	2.535	2.360	1.792	2.576	2.406
Angestellte	2.871	4.472	3.957	3.024	4.852	4.097
Beam(t)Innen	4.070	4.378	4.269	4.350	4.591	4.504
Aktivbeschäftigte, insgesamt	2.001	2.985	2.535	2.104	3.134	2.628
PensionistInnen	1.049	1.613	1.295	1.115	1.706	1.375
Beam(t)Innen in Ruhe	2.485	3.119	2.831	2.637	3.291	2.994

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, WIFO-Berechnungen

Einkommensunterschiede von Frauen und Männern in den Wirtschaftsklassen

Der Überblick über 21 detaillierte Wirtschaftsklassen gemäß ÖNACE 2008 zeigt höhere Einkommensunterschiede als entlang dem oben dargestellten sozialrechtlichen Status. Die höchsten Einkommen (einschließlich Sonderzahlungen) finden sich in der Energieversorgung, hier liegt das Medianeinkommen mit 4.027 EUR am nächsten zur Höchstbeitragsgrundlage (2010: 4.795 EUR). Beschäftigte der Bereiche Information und Kommunikation und der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen liegen ebenfalls im Spitzeneinkommensfeld. Die geringsten Durchschnittseinkommen haben unselbstständig Beschäftigte in privaten Haushalten, in der Land- und Forstwirtschaft und im Beherbergungs- und Gastgewerbe. Während nur 0,1% bzw. 0,6% aller Beschäf-

tigten in den beiden erstgenannten Bereichen beschäftigt sind, arbeiten 4% aller Männer und 7% aller Frauen im deutlich unterdurchschnittlich entlohnten Beherbergungs- und Gastgewerbe.

In der folgenden Übersicht sind die beitragspflichtigen Medianeinkommen sowie der Einkommensrückstand der Frauen in der jeweiligen Wirtschaftsklasse enthalten. Der Mikrozensus enthält Angaben zur durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit der Beschäftigten entlang der Wirtschaftsklassen. Werden mit Hilfe dieser Daten die Fraueneinkommen auf hypothetische Vollzeiteinkommen umgerechnet, bleiben immer noch erhebliche Einkommensrückstände bestehen. Über alle Wirtschaftsklassen hinweg reduziert sich durch diese Arbeitszeitkorrektur der Rückstand der Frauen von 67,3% auf 86,9% der Männereinkommen.

DIE ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Medianeinkommen und Einkommensrückstände nach Wirtschaftsklassen und Geschlecht in Österreich, 2008 und 2010

ÖNACE Wirtschaftsklassifizierung	Medianeinkommen in Euro			Einkommen der Frauen in % des Einkommens der Männer					
	2008	2009	2010	unbereinigt			bereinigt ¹⁾		
				2008	2009	2010	2008	2009	2010
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.197	1.269	1.297	80,7	86,8	90,7	105,8	121,0	114,2
Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	2.772	2.864	2.894	64,5	66,6	65,9	83,7	83,9	
Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren	2.585	2.630	2.675	64,9	65,8	65,6	79,0	77,9	76,9
Energieversorgung	3.966	4.031	4.027	59,4	59,5	58,9	66,4	75,4	66,9
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	2.177	2.241	2.265	67,8	69,4	70,8	86,5	101,9	87,9
Baugewerbe/Bau	2.403	2.472	2.512	67,6	67,4	67,4	91,0	89,0	90,2
Handel; Instandhaltung, Reparatur v. Kraftfahrzeugen	1.860	1.908	1.912	62,5	63,1	63,4	83,0	84,0	85,1
Verkehr und Lagerei	2.154	2.183	2.222	78,6	80,1	79,6	100,7	103,3	106,1
Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie	1.463	1.481	1.498	83,6	84,4	85,0	99,5	99,4	100,6
Information und Kommunikation	3.136	3.276	3.309	66,3	66,7	66,5	85,3	79,8	79,3
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3.186	3.254	3.307	62,5	62,6	62,7	80,7	81,9	80,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	1.611	1.811	1.866	61,2	62,9	65,9	77,2	73,3	71,9
Erbringung v. freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	2.334	2.435	2.456	63,9	63,0	64,1	80,7	81,8	83,8
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1.781	1.771	1.826	70,7	70,6	71,7	96,2	96,2	102,5
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2.244	2.337	2.359	82,2	80,4	82,1	107,4	102,1	106,6
Erziehung und Unterricht	1.737	1.759	1.797	85,0	86,8	86,0	101,4	100,8	104,5
Gesundheits- und Sozialwesen	1.786	1.825	1.845	71,8	73,9	75,2	93,6	98,9	95,7
Kunst, Unterhaltung und Erholung	1.883	1.864	1.868	74,0	74,7	75,0	103,1	93,6	95,6
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1.641	1.666	1.670	63,1	61,9	62,1	85,4	80,8	85,3
Private Haushalte mit Hauspersonal	1.041	1.060	1.091	84,6	82,7	78,8	83,5	87,0	
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	2.864	2.948	2.969	98,5	95,8	98,7	116,1	146,3	100,1
Insgesamt	2.154	2.197	2.219	66,7	67,1	67,3	86,1	85,6	86,9

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; Statistik Austria, Mikrozensus; WIFO-Berechnungen

1) Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit laut Mikrozensus.

Die Einkommensrückstände der Frauen gegenüber Männern entlang der Wirtschaftsbereiche zeigen folgende Muster: In den Niedriglohnbranchen gibt es solche, die keine geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede (Beherbergungs- und Gaststättenwesen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen) haben, und

auch solche mit Einkommensunterschieden zugunsten von Frauen wie in der Erziehung und im Unterricht bzw. im kleinen Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Eindeutige Einkommensrückstände haben Frauen im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Handel. Im Hochlohnsegment entsprechen nur in der sehr kleinen Wirtschafts-

klasse der exterritorialen Organisationen und Körperschaften – mit einem Beschäftigungsanteil von nur 0,02% bzw. rund 650 Beschäftigten – die Frauengehälter den Männergehältern. Die höchsten Einkommensrückstände haben die Bereiche Energieversorgung, hier erreichen Frauen im Schnitt nur 67% der Männereinkommen. Auch im verarbeitenden Gewerbe, in den Informations- und Kommunikationsdienstleistungen sowie in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen betragen Frauengehälter nur rund 80% der Männergehälter. Da die verwendeten Einkommensdaten nur sozialversicherungspflichtige Beitragsgrundlagen bis zur Höchstbeitragsgrundlage erfassen, sind die skizzierten Einkommensunterschiede tendenziell untererfasst. Die skizzierten Muster in den Niedrig- und Hochlohnbranchen liegen auf einer Linie mit vorhandenen empirischen Untersuchungen, die zeigen, dass mit steigenden Einkommen die Einkommensrückstände der Frauen gegenüber Männern größer werden (Blau – Kahn, 2003, Olivetti – Petrongolo 2008).

De facto müssen Frauen mit einem um ein Drittel geringerem Einkommen als Männer auskommen, auch aufgrund der wesentlich häufigeren Teilzeitbeschäftigung von Frauen. Die häufigsten Gründe für Teilzeitbeschäftigung sind innerfamiliäre Betreuungspflichten. Durch die Übernahme dieser unbezahlten, aber zeitintensiven Betreuungsarbeit durch Frauen bleibt ihre Wochenarbeitszeit am Arbeitsmarkt deutlich hinter dem Stundenausmaß der Männer zurück. Die innerfamiliäre Arbeitsteilung schlägt sich aber nicht nur auf die geleistete Arbeitszeit, sondern auch auf die Entwicklung des Lohnsatzes über den Erwerbsverlauf nieder: Erziehungsbedingte Berufsunterbrechungen verringern Qualifikations-, aber auch Aufstiegschancen der Frauen: Sie haben im Schnitt weniger Arbeitserfahrung, durch Unterbrechungen sind sie auch weniger stark in betriebsinterne Karrierepfade eingebunden. Frauen erreichen durch Erwerbsunterbrechungen auch bei Vollzeitbeschäftigung weniger leicht berufliche und damit einkommensmäßige Verbesserungen als Männer.

Die ungleiche Verteilung der unbezahlten Versorgungs- und Erziehungsarbeit zwischen Frauen und Männern kann darüber hinaus bereits auf die Berufswahl der Jugendlichen einen Einfluss haben: Es werden von Frauen eher solche Ausbildungswege und Berufe angestrebt, die sich leichter mit einer späteren Betreuungsverantwortung vereinbaren lassen (Selk, 1984, Gundert – Mayer, 2012). Die geschlechtsspezifische Segmentierung im Bildungsbereich ist somit ein Stück weit durch die Segmentierung am Arbeitsmarkt mitbestimmt und potenziert sich ihrerseits am Arbeitsmarkt. Die Mehrheit der Frauen arbeitet nach wie vor in (Dienstleistungs-)Branchen mit unterdurchschnittlichem Einkommen, bei den Männern ist es ein knappes Drittel. Die Einkommen der Dienstleistungsbeschäftigten in Branchen mit geringeren Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung entwickeln sich weniger dynamisch, in Relation zu den anderen Branchen verschlechtert sich die Entlohnung dieser Tätigkeiten. Durch die geschlechtsspezifische Segmentierung der Arbeitsmärkte sind Frauen damit vom Lohndruck stärker betroffen als Männer (Biffl, 2010).

Einkommensvergleiche auf der Basis von Stundenlöhnen zeigen deutliche Einkommensdifferenzen: Auf der Grundlage der Verdienststrukturerhebung⁴ liegen die Bruttostundenlöhne der Frauen um 22% unter den vergleichbaren Männerlöhnen (Geisberger, 2007). Einen Einkommensrückstand der Frauen von ebenfalls 22% berechneten Grüngerber – Zulehner (2009) auf der Grundlage der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Die Lücke beruht auf Stundenlohnunterschieden bei Vollzeitbeschäftigten. Böheim et al. (2011) zeigten, dass beschäftigte Frauen in Österreich auch bei vergleichbar höheren Qualifikationen als Männer weniger Arbeitserfahrung und daher geringere Stundenlöhne vorweisen. Die geschlechtsspezifischen Differenzen haben sich zwischen 2002 und 2007 um fünf Prozentpunkte auf 19% reduziert. Von dieser Lücke kann die Hälfte durch vorhandene Unterschiede in den Eigenschaften (Alter, Ausbildung, Arbeitserfahrung, Branche, Familienstand, etc.) erklärt werden. Die andere Hälfte des Unterschie-

⁴ Die letzte Verdienststrukturerhebung 2010 (sie wird alle vier Jahre von Statistik Austria durchgeführt) ist noch nicht publiziert.

DIE ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

des kann nicht auf diese beobachtbaren Faktoren zurückgeführt werden. Geschlechtsspezifische Verschiedenheiten bei unbeobachtbaren Faktoren wie Unterschiede in der Risikobereitschaft bei Lohnverhandlungen und Diskriminierung sind dafür verantwortlich (Grünberger – Zulehner, 2009).

Die Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede

Die Beobachtung der Einkommensdifferenzen über einen längeren Zeitraum verdeutlicht, dass sich seit Beginn der 1980er Jahre die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern von 35,1% (1980) auf 31,2% im Jahr 1995 verringerte. Im Jahr 1980 erreichte das arbeitszeitstandardisierte Einkommen der Frauen 71,2% der Männereinkommen, 1995 waren es 80,6%. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre und seit 2005

stagniert die Einkommenslücke. Wird auf Basis der Daten der Arbeitskräfteerhebung die Arbeitszeit berücksichtigt, so haben sich die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männer von 1980 bis 2003 – gemessen am Median – um ca. elf Prozentpunkte von rund 29% auf rund 18% verringert. 2004 wurde das Konzept der Arbeitszeiterfassung verändert. Dieser Bruch in der Datenreihe ergibt eine stärkere Angleichung auf zuletzt knapp 13%.⁵ Die Einkommenslücke entlang der arbeitszeitbereinigten medianen Beitragsgrundlagen entwickelt sich seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 annähernd konstant.

Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede sind im untersten Einkommensviertel (38,1%) fast zehn Prozentpunkte größer als im dritten Quartil (29,1%).

Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede

	Einkommen der Frauen in % des Männereinkommens							
	1980	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010
Obergrenze des 1. Quartils								
Erwerbstätige	61,8	64,6	63,9	60,9	60,4	60,5	61,1	61,9
ArbeiterInnen	57,7	60,6	58,2	54,0	53,6	54,1	54,2	55,0
Angestellte	62,3	61,3	61,1	58,7	56,8	56,5	56,9	57,7
Median								
Erwerbstätige	64,9	67,8	68,8	67,0	67,1	66,7	67,1	67,3
Arbeitszeitstandardisiert ¹⁾	71,2	76,5	80,6	81,2	86,2	86,1	85,6	86,9
ArbeiterInnen	61,5	64,5	64,5	61,9	61,5	61,2	61,2	61,5
Angestellte	59,8	60,3	61,1	59,9	58,9	58,4	59,1	59,3
Obergrenze des 3. Quartils								
Erwerbstätige	65,2	68,3	70,2	69,1	69,3	68,9	69,9	70,1
ArbeiterInnen	62,3	65,3	65,9	64,7	65,1	64,6	64,8	64,9
Angestellte	62,1	64,6	64,7	62,3	61,0	61,3	61,7	61,5

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; Statistik Austria, Mikrozensus, WIFO-Berechnungen

1) Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit gemäß Mikrozensus.

Einkommensunterschiede in den Altersgruppen

Die Wirtschaftsklasse der Beschäftigten und ihr sozialrechtlicher Status sind in den Datengrundlagen beobachtbare Erklärungsfaktoren der ge-

schlechtsspezifischen Einkommensunterschiede. Das Alter ist für die Einkommensniveaus ebenfalls bedeutsam. Bezogen auf den sozialrechtlichen Status trifft der Begriff Senioritätentlohnung auf angestellte Männer, und damit nur auf rund 27% aller unselbstständig Beschäftigten, zu.

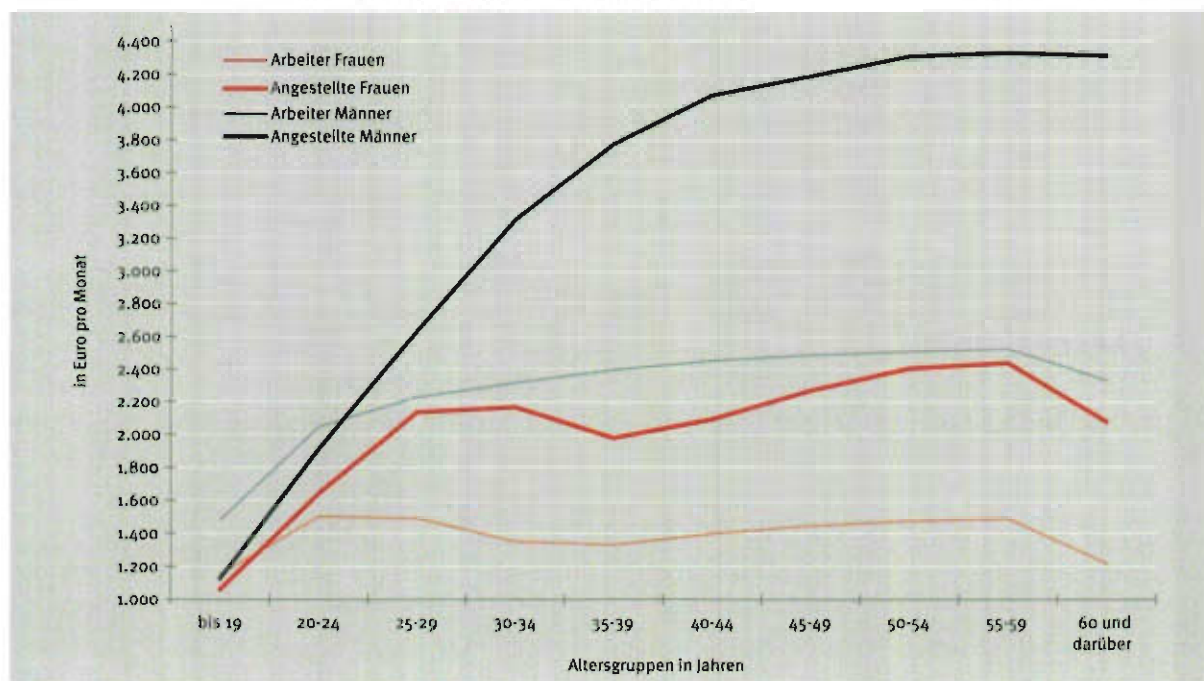
⁵ Die Arbeitszeitbereinigung muss als eine Annäherung verstanden werden, da sie auf Auswertungen einer Umfrage basiert und anhand der Durchschnittsarbeitszeit durchgeführt wurde (während beim Einkommen der Median herangezogen wird).

Angestellte Männer haben in ihrem Erwerbsleben einen ansteigenden Einkommensverlauf. 2010 verdienten sie im Alter zwischen 55 und 59 Jahren im Median mit 4.330 EUR brutto monatlich mehr als doppelt so viel wie die Berufseinsteiger in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen. Bei den Arbeitern betrug die entsprechende Differenz nur 19% (2.521 EUR gegenüber 2.044 EUR). Nur zu Beginn der Erwerbstätigkeit steigen bei den Arbeitern die Einkommen zwischen der Kohorte der bis 19-Jährigen und der Kohorte der 20- bis 25-Jährigen deutlich an. Obwohl Arbeiter mit einem höheren Einkommen als angestellte

Männer ins Erwerbsleben einsteigen, fallen sie bereits ab der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen deutlich hinter die Angestellten zurück.

Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Alter stellt sich bei Frauen gänzlich anders dar als bei Männern. Während das mediane Einkommen der weiblichen Beschäftigten in jungen Jahren steigt, kommt es zum Zeitpunkt, an dem familiäre Betreuungspflichten eine größere Rolle spielen und die Arbeitszeit reduziert wird, zu einem deutlichen Absinken des Einkommens.

Medianeinkommen nach Altersgruppen und Geschlecht, 2010



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen

Bei den Arbeiterinnen liegen 2010 die medianen Monatseinkommen in der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen am höchsten, fallen dann ab und erreichen auch in höheren Altersgruppen nicht mehr das Niveau der jungen Jahre. Bei den Angestellten hat die Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen mit 2.170 EUR die höchsten Bruttomonatsbezüge, in den darauffolgenden Altersgruppen bleiben die Bezüge deutlich zurück. Erst ab dem 45. Lebensjahr steigen die Einkommen der Frauen wieder an. Jedoch erreichen Frauen in Österreich auch mit steigendem Alter im Median ein Einkommensniveau, das bestenfalls geringfügig

über jenem der jüngsten Altersgruppen liegt: 2010 verdienten die 55- bis 59-jährigen Arbeiterinnen mit 1.491 EUR brutto beinahe gleich viel wie die 20- bis 24-Jährigen (1.505 EUR). Bei den weiblichen Angestellten lag das Medianeinkommen der 55- bis 59-jährigen (2.439 EUR) gerade mal um 300 EUR bzw. 14% höher als bei den 25- bis 29-Jährigen (2.139 EUR). Die schwache Einkommensdynamik der Frauenentgelte ist von zwei Faktoren mitbestimmt. Zum einen übersteigt das Qualifikationsniveau der Berufseinsteigerinnen jenes der 55- bis 59-jährigen (Huber, 2010), damit sind höhere Entgelte der

jungen gegenüber den älteren Frauen verbunden. Zum anderen steigt die Teilzeitquote der Frauen im Haupterwerbsalter an. Im Jahr 2010 arbeiteten 44,3% der Frauen und 7,3% der Männer Teilzeit. Im Haupterwerbsalter der Frauen steigt die Teilzeitquote an und erreicht in der Altersgruppe der 35- bis 39-jährigen unselbstständig beschäftigten Frauen den Höchstwert von 54,3% (Statistik Austria, 2011). Allerdings zeigen die Stundenlöhne der Frauen über die Altersgruppen hinweg eine deutlich geringere Dynamik als jene der Männer (Böheim et al., 2011).

Insgesamt öffnet sich die Einkommensschere bei den Frauen zwischen Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten bereits fünf Jahre vor den Männern in der Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen. Anders als bei den Männern bleibt dieser Einkommensunterschied zwischen Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten jedoch über die weiteren Altersgruppen relativ konstant.

12.2.2 VERTEILUNG DER LÖHNE UND GEHÄLTER UNSELBSTSTÄNDIG BESCHÄFTIGTER

Die im Abschnitt 12.1 gezeigte Verschiebung der Lohneinkommen hin zu den Einkünften aus Besitz und Unternehmenstätigkeit ist begleitet von steigenden Einkommensdisparitäten innerhalb der unselbstständig Erwerbstätigen (vgl. auch Kap. 14). Die steigenden Ungleichheiten innerhalb der Lohneinkommen können maßgeblich auf zwei Ursachen zurückgeführt werden: Erstens bedeutet die Globalisierung eine Intensivierung des internationalen Wettbewerbs. Die Entgelte in erfolgreichen Exportbranchen stehen einerseits im internationalen Lohnwettbewerb und können andererseits Produktivitätsfortschritte an die Beschäftigten weitergeben. Zweitens führt der technologische Wandel zu Veränderungen in den Arbeitsanforderungen, Qualifikation und Ausbildung bzw. deren laufende Anpassung werden immer wichtiger. Die Arbeitsmarkt- und Einkommensposition Geringqualifizierter hat sich verschlechtert. Sozioökonomische Veränderungen, allen voran die

steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen, die Atypisierung der Arbeitsverhältnisse und der abnehmende gewerkschaftliche Organisationsgrad, haben diese Entwicklungen begleitet und verstärkt.

Auch im qualifizierten Beschäftigungssegment ist es zu Einkommenskonzentrationen gekommen. Die Einkommensverteilung bzw. die Einkommenskonzentration ist maßgeblich durch die Entwicklung der Höchsteinkommen geprägt (Leigh, 2007). International zeigt sich, dass in zahlreichen Ländern der Einkommensanteil der obersten 10% der Beschäftigten seit den 1980er Jahren wieder stark zugenommen hat (Atkinson – Piketty, 2010). Diese Entwicklung ist für die USA besonders gut dokumentiert, Atkinson – Piketty – Saez (2011) sprechen von einem U-förmigen Verlauf⁶ der Einkommensanteile der obersten 10% zwischen 1917 und 2007. Auch in Kontinentaleuropa ist eine Zunahme der Einkommenskonzentration seit Ende der 1980er Jahre gegeben, wenngleich weniger dramatisch als in den USA. Für Deutschland zeigten Bach – Corneo – Steiner (2009) auf der Grundlage der Einkommenssteuerstatistik, dass in den vergangenen zehn Jahren die Einkommenskonzentration – durch die steigenden Einkommensanteile des obersten Dezils bzw. des obersten Perzentils – enorm zugenommen hat.

In diesem Zeitraum veränderten sich auch die Entlohnungsstrukturen der Unternehmen in Richtung leistungsbezogene Modelle. Atkinson (2007) spricht darüber hinaus auch von hohen Renditen, die in Spitzenpositionen lukriert werden können, besonders im Bereich der Finanzdienstleistungen. Damit steigen die Einkommensungleichheiten besonders in Ländern, die einen ausgeprägten Finanzsektor aufweisen.

Verteilung der Bruttoeinkommen

Diese internationalen Trends der in den vergangenen Jahrzehnten wieder steigenden Einkommensdisparitäten finden auch in den Einkommensdaten der Lohnsteuerstatistik Bestätigung.

⁶ 1927 erzielten die Top-10% fast 50% des Gesamteinkommens, zwischen 1942 und 1982 sank dieser Anteil auf knapp 30% und stieg bis 2007 wieder auf knapp unter 50% an (Atkinson – Piketty – Saez, 2011).

Einkommensdisparitäten können anhand unterschiedlicher Maßzahlen diskutiert werden. Zum einen zeigt der Gini-Koeffizient das Ausmaß der Ungleichheit an: Würden alle Beschäftigten idente Einkommen beziehen, hätte der Gini-Koeffizient den Wert null; würde eine Person das gesamte Einkommen beziehen, würde der Koeffizient den Wert eins annehmen. Je näher der Wert bei eins liegt, desto größer ist die Einkommensungleichheit, desto mehr Einkommen konzentriert sich auf eine kleine Gruppe von Personen oder Haushalten. Die Schichtung der EinkommensbezieherInnen oder der Haushalte nach ihrer Einkommenshöhe und ihre Untergliederung in gleich große Personen-/Haushaltsgruppen (Quintile, Dezile etc.) geben einen weiteren Einblick in die Verteilungssituation.

Auf der Grundlage der Lohnsteuerstatistik zeigt

sich eine deutliche Zunahme der Einkommensungleichheiten: In den vergangenen 34 Jahren stieg der Gini-Koeffizient für die Lohneinkommen der ArbeitnehmerInnen um 30% auf 0,452 an. Einen deutlichen Anstieg gab es von 2008 auf 2010. In den vergangenen 15 Jahren erhöhte sich die Teilzeitquote der unselbstständig beschäftigten Frauen von 27,2% auf 44,3%, jene der Männer von 2,8% auf 7,3%. Die Zunahme der Ungleichheiten steht im Zusammenhang mit dieser Teilzeitquotendynamik. Aber auch die Einkommensentwicklung der ganzjährig beschäftigten Männer mit der genannten geringen Teilzeitquote zeigt steigende Einkommensungleichheiten: In dieser Gruppe stieg die Einkommensungleichheit von 1995 bis 2010 um 9,8% an, bei allen lohnsteuerpflichtigen Aktivbeschäftigten erhöhte sich der Gini-Koeffizient um 10,3%.

Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen, 1976-2010

	Gini-Koeffizient										
	1976	1982	1987	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
ArbeitnehmerInnen	0,349	0,364	0,350	0,410	0,433	0,441	0,443	0,446	0,448	0,451	0,452
Männer mit ganzjährigen Bezügen				0,302	0,320	0,316	0,319	0,323	0,327	0,331	0,332
ArbeitnehmerInnen insgesamt	Einkommensanteile in %										
1. Quintil	4,8	4,5	5,4	2,9	2,5	2,2	2,2	2,2	2,1	2,0	2,0
2. Quintil	12,7	12,4	12,7	10,9	10,2	9,5	9,5	9,4	9,4	9,2	9,2
3. Quintil	18,3	18,0	17,7	17,7	17,4	17,2	17,1	17,0	17,0	16,9	16,8
4. Quintil	24,0	23,9	23,1	24,1	24,2	24,5	24,5	24,4	24,4	24,5	24,6
5. Quintil	40,2	41,2	41,0	44,4	45,7	46,5	46,7	46,9	47,1	47,4	47,4

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen

Quintilsgrenzen (Bruttojahresbezüge): 1. Quintil 1.898 EUR, 2. Quintil 10.654 EUR, 3. Quintil 11.141 EUR, 4. Quintil 28.998 EUR, 5. Quintil: 45.152 EUR, Durchschnittsjahreseinkommen 19.569 EUR.

Die Veränderungen der Einkommensanteile in den Einkommensquintilen⁷ zeigen, ob die steigende Einkommensungleichheit durch die Zunahme von Niedrig- oder Hochlöhnen verursacht ist. Die 20% der Lohnsteuerpflichtigen mit den geringsten Einkommen bezogen 2010 2% des gesamten lohnsteuerpflichtigen Einkommens, jene 20% mit den höchsten Einkommen hinge-

gen erzielten fast die Hälfte (47,4%) des Gesamteinkommens. In das vierte Quintil flossen 24,6% der Einkommen, während die unteren drei Quintile jeweils deutlich weniger als 20% Einkommensanteil haben. In den vergangenen 15 Jahren reduzierte sich im untersten Quintil der Einkommensanteil um 30%, im 2. Quintil um 16%, im 3. Quintil um 5%. Im 4. Quintil wurde der Anteil

⁷ Bei der Quintilsberechnung liegt eine Gleichverteilung vor, wenn jedes Quintil (Fünftel der EinkommensbezieherInnen) genau 20% aller Einkommen verdient, liegt der Wert darunter (darüber), so verdient das entsprechende Quintil unterdurchschnittlich (überdurchschnittlich).

an der gesamten Lohn- und Gehaltssumme um 2% und im obersten Quintil um 7% gesteigert.

Die Beitragsgrundlagenstatistik des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger zeigt – erwartungsgemäß durch die Nichterfassung der Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage – kleinere Einkommensungleichheiten. Der Gini-Koeffizient liegt um fast ein Drittel unter dem entsprechenden Verteilungsmaß auf Basis der Lohnsteuerdaten.

Verteilung der Nettoeinkommen

Nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer ergibt sich das den Beschäftigten tatsächlich zur Verfügung stehende Nettoeinkommen. Durch die Höchstbeitragsgrundlage belasten die Sozialversicherungsbeiträge geringere Einkommen relativ stärker als Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage, Sozialversicherungsabgaben wirken regressiv. Die Lohn- bzw. Einkommenssteuer hingegen wirkt progressiv, sie belastet durch die Steuertarifgestaltung obere Einkommensgruppen relativ stärker als untere Einkommensgruppen (Guger – Marterbauer, 2009).

Insgesamt sind die Nettoeinkommen der unselbstständig Beschäftigten egalitärer verteilt als ihre Bruttobezüge. Entlang der Quintile liegt der Anteil am Gesamtnettoeinkommen im 1. bis zum 4. Quintil höher und nur im 5. Quintil der HöchsteinkommensbezieherInnen um 3,7 Prozentpunkte geringer als der entsprechende Anteil am Bruttoeinkommen. Aber auch bei

der Nettobetrachtung zeigt sich die steigende Ungleichheit innerhalb der Lohneinkommen: Zwischen 1995 und 2010 sank der Einkommensanteil im untersten Quintil von 3,4% auf 2,6%, im 2. Quintil von 12,1% auf 10,7% am Gesamteinkommen. Das 3. und 4. Quintil entwickelten sich relativ stabil. Der Nettoeinkommensanteil der 20% der Beschäftigten mit den höchsten Bezügen erhöhte sich von 42,1% auf 43,7%. Die SpitzenverdienerInnen innerhalb dieser Gruppe, die obersten 1% der unselbstständig Beschäftigten, hatten innerhalb der vergangenen 15 Jahre Anteilszuwächse von 35,2%. Die steigende Einkommensungleichheit steht damit in einem engen Zusammenhang mit der Konzentration der Einkommen im obersten Bereich.

Im Jahr 2010 lagen in Österreich die durchschnittlichen Bruttobezüge der unselbstständig (Voll- und Teilzeit) Beschäftigten bei monatlich 2.326 EUR, netto waren das 1.633 EUR. Das Einkommen variiert zwischen 208 EUR im 1. Quintil und 3.559 EUR im 5. Quintil. Das sehr geringe Erwerbseinkommen im untersten Quintil kann alleine nicht interpretiert werden. In diesem Quintil finden sich TransferbezieherInnen (Arbeitslosengeld, Kinderbetreuungsgeld etc.) ebenso wie BerufseinsteigerInnen und unterjährig Beschäftigte. Die Einkommenssituation dieser Einkommensgruppe braucht eine gemeinsame Betrachtung mit den Transfers, diese stehen in der Lohnsteuerstatistik allerdings nicht zur Verfügung. Die Brutto- wie Nettoeinkommen wuchsen zwischen 1995 und 2010 im 4. und 5. Quintil deutlich stärker als die Lohnsteuereinkommen insgesamt.

Verteilung der Brutto- und Nettobezüge der ArbeitnehmerInnen insgesamt, 1995 und 2010 im Vergleich

	Verteilung der Bruttobezüge			Verteilung der Nettobezüge		
	1995	2005 ¹⁾	2010	1995	2005 ¹⁾	2010
	Anteile in %			Anteile in %		
1. Quintil	2,9	2,2	2,0	3,4	2,8	2,6
2. Quintil	10,9	9,5	9,2	12,1	11,0	10,7
3. Quintil	17,7	17,2	16,8	18,2	18,5	18,3
4. Quintil	24,1	24,5	24,6	24,2	24,7	24,8
5. Quintil	44,4	46,5	47,4	42,1	43,0	43,7
Oberste 5%	17,7	18,8	19,2	16,7	16,9	17,3
Oberste 1%	5,9	6,5	6,7	4,0	5,7	5,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen

1) Referenzjahr 2005, deflationiert mit dem Konsumdeflator, auf Basis von Vorjahrespreisen.

In den vergangenen 15 Jahren wuchsen die Durchschnittseinkommen insgesamt mit 3,2% nur ein wenig stärker als das allgemeine Konsumpreinsniveau. Diese schwache Entwicklung der Realeinkommen ist auf die Heterogenisierung der Beschäftigungsformen (Teilzeitquote, freie DienstnehmerInnen etc.) zurückzuführen. Da die Beschäftigungszuwächse zum überwiegenden Teil Teilzeitjobs mit entsprechend geringen Einkommensniveaus sind, entwickelt sich der Durchschnittsverdienst deutlich geringer als die Einkommen der Vollzeitbeschäftigungs-

verhältnisse. Allein in diesen 15 Jahren nahm die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen um knapp 380.000 auf 746.400, jene der Männer um 85.400 auf 135.800 zu. Im selben Zeitraum erhöhten sich die kollektivvertraglichen Mindestlöhne um rund 40%, die Verbraucherpreise stiegen um 30%. Die Zunahme der atypischen Beschäftigungsformen wird sich auch in naher Zukunft fortsetzen, sodass die durchschnittliche Einkommensentwicklung und die Spreizung der Einkommensschere auch in Hinkunft davon mitbestimmt sein werden.

Höhe und Entwicklung der Brutto- und Nettobezüge ArbeitnehmerInnen insgesamt, 1995 und 2010 im Vergleich

	Bruttomonatsbezug		Nettomonatsbezug		Bruttobezüge		Nettobezüge	
	Nominell	Real	Nominell	Real	Nominelle	Real ¹⁾	Nominelle	Real ¹⁾
	2010		2010		1995-2010		1995-2010	
	in EUR		in EUR		Veränderung in %		Veränderung in %	
1. Quintil	235	214	208	190	-7,7	-27,8	-2,9	-24,0
2. Quintil	1.068	974	875	798	10,7	-13,3	13,0	-11,5
3. Quintil	1.958	1.786	1.492	1.360	25,6	-1,7	28,1	0,3
4. Quintil	2.856	2.604	2.020	1.842	34,5	5,2	30,3	2,0
5. Quintil	5.512	5.026	3.559	3.246	40,7	10,2	32,1	3,4
Oberste 5%	8.946	8.158	5.637	5.141	43,4	12,2	31,5	2,9
Oberste 1%	15.620	14.244	9.681	8.829	50,1	17,5	35,2	5,8
Insgesamt	2.326	2.121	1.633	1.489	31,9	3,2	28,0	0,2

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen

1) Referenzjahr 2005, deflationiert mit dem Konsumdeflator, auf Basis von Vorjahrespreisen.

12.3 ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER HAUSHALTSEINKOMMEN

Neben den individuellen Arbeitseinkommen werden die Konsummöglichkeiten und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung wesentlich von staatlichen Abgaben- und Transfersystemen geprägt, die sich vielfach aus dem Haushaltszusammenhang ergeben. Zudem entscheiden Einzelpersonen in Abhängigkeit von zahlreichen haushaltsspezifischen Faktoren (Größe des Haushalts, Betreuungspflichten, Vermögen, Einkommen der restlichen Haushaltsmitglieder, sonstige Einkünfte, Bedürfnisse und Präferenzen), ob und in welchem Ausmaß sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Die Unterscheidung zwischen der Personen- und der Haushaltsebene spielt daher eine entscheidende Rolle für die Beurteilung der Einkommenssituation der Bevölkerung, auch weil erst auf der Haushaltsebene die volle Wirkung der staatlichen Umverteilungspolitik durch Steuern und öffentliche Transferleistungen zum Tragen kommt. Die Verteilung der Bruttoeinkommen wird durch die Aktivitäten des Staates in beträchtlichem Ausmaß korrigiert. Das trifft besonders dann zu, wenn man neben den Transfers auch die öffentlichen Dienstleistungen (z. B. im Gesundheits- und Bildungsbereich) heranzieht. Ein Vergleich der Einkommensverteilung vor und nach Steuern und Transfers belegt die große Rolle der staatlichen Umverteilung in Österreich und der EU (vgl. Guger – Marterbauer, 2009 und Abschnitt 12.4).

Während vom Abgabensystem insgesamt in Österreich keine nennenswerten umverteilenden Wirkungen ausgehen, kommen die Staatsausgaben gemessen am Einkommen den unteren Einkommensschichten in deutlich höherem Maß zugute als den oberen Einkommensgruppen (Guger – Marterbauer, 2009). So fließt mehr als die Hälfte der Sozialausgaben in das untere Einkommensdrittel. Anspruch und Höhe von Sozialleistungen ergeben sich vielfach aus dem Familien- bzw. Haushaltszusammenhang. Die Umverteilungswirkung der öffentlichen Hand

kann daher nur anhand der Haushaltseinkommen beurteilt werden.

Bis Ende der 1990er Jahre wurden in Österreich Haushaltseinkommen nur im Mikrozensus erfasst, seither zuerst im Europäischen Haushaltspanel (ECHP) und ab 2003 im Rahmen der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Um mehrere Bruchstellen zu vermeiden, werden an dieser Stelle nur Daten aus Mikrozensus und EU-SILC verwendet, letztere werden auch zur Analyse der relativen Verteilungsposition Österreichs in der EU im nächsten Abschnitt 12.4 herangezogen. Die Vergleichbarkeit über die Zeit stellt dennoch in mehrfacher Hinsicht ein Problem dar. Zum einen sind die Ergebnisse aus Mikrozensus und EU-SILC nicht unmittelbar miteinander vergleichbar. Zum anderen wurden für beide Stichprobenerhebungen über die Jahre Änderungen im Erhebungskonzept durchgeführt, was beispielsweise für die erheblichen Unterschiede in den EU-SILC Ergebnissen für 2003 gegenüber den Folgejahren eine Rolle spielt.⁸

Zur Beurteilung der Einkommensverteilung zwischen den privaten Haushalten werden im Folgenden unterschiedliche statistische Maße herangezogen. Zusätzlich zum Gini-Koeffizienten wird als zweites Maß zur Bestimmung der Einkommensungleichheit der Interquartilsabstand der Haushaltseinkommen berechnet. Dieser gibt an, um wie viel das verfügbare Einkommen eines Haushaltes an der Grenze des dritten und vierten Einkommensviertels (also eines Haushaltes, der gerade noch zu den reichsten 25% aller Haushalte zählt) von jenem eines Haushaltes an der Grenze vom ersten zum zweiten Einkommensviertel abweicht. Für die Berechnungen in diesem Abschnitt werden, sofern nicht anders vermerkt, die Einkommen der unselbstständigen Haushalte⁹ nach Steuern und Transfers betrachtet (also das verfügbare Nettohaushaltseinkommen).

⁸ Die Auswertungsergebnisse aus EU-SILC für das Jahr 2003 werden demnach nicht für die nachfolgenden Darstellungen herangezogen.

Die folgende Übersicht zeigt die Veränderung des Interquartilsabstands der verfügbaren Nettohaushaltseinkommen der unselbstständig erwerbstätigen Haushalte in Österreich seit 1983. Während der Abstand zwischen der Obergrenze des dritten Quartils und der Obergrenze des ersten Quartils in den 1980er Jahren von 84% auf 100% deutlich anstieg, fiel der weitere Anstieg in den 1990er Jahren laut Mikrozensus nur noch relativ schwach aus (1999: 103%). Auf Grundlage der Einkommensdaten im EU-SILC zeigt sich innerhalb des letzten Jahrzehntes ein deutlicher Anstieg im Interquartilsabstand – besonders zwischen den beiden Perioden 2004 bis 2006 und 2007 bis 2008 (+ sechs Prozentpunkte). In der Periode 2009/2010 verlangsamte sich dieser Trend jedoch wieder (+ zwei Prozentpunkte)⁹.

Diese Abschwächung des Trends zur steigenden Einkommensungleichheit dürfte dabei auch auf den Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 zurückzuführen sein, da bedingt durch Arbeitszeitreduktionen insbesondere in der exportorientierten Sachgütererzeugung die Jahresnettoeinkommen in ArbeiterInnenhaushalten rückläufig waren. Bestätigt wird diese Entwicklung durch die Betrachtung der Entwicklung der Jahresnettoeinkommen getrennt für ArbeiterInnen- und Angestelltenhaushalte. Dabei zeigt sich in den EU-SILC Daten eine relativ stabile Entwicklung des Interquartilsabstandes bei Angestelltenhaushalten in den Jahren 2008 bis 2010, während der Abstand bei ArbeiterInnenhaushalten im Jahr 2010 deutlich abfiel.

Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 1983 bis 2010, Unselbstständig Beschäftigte

	Relative Interquartilsabstände ⁹ in %						
	Mikrozensus				EU-SILC		
	1983	1991	1997	1999	2004/06	2007/08	2009/10
Nettohaushaltseinkommen	84	100	104	103	98	104	106
Gewichtete Nettoeinkommen pro Kopf (Äquivalenzeinkommen)	82	83	73	72	65	70	67

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus 1983 bis 1999, Sonderprogramme und EU-SILC: 2003 bis 2010 (Einkommensangabe des Vorjahres); WIFO-Berechnungen

¹) Interquartilsabstand: Differenz Obergrenze 3. Quartil/Obergrenze 1. Quartil

Auch die Haushaltsstruktur hat einen wesentlichen Einfluss auf die Einkommensverteilung. So können Änderungen in der Anzahl und Größe der Haushalte sowie in der Anzahl von Beschäftigten je Haushalt die zeitliche Entwicklung von Ungleichheitsmaßen stark beeinflussen. Bereinigt um die Haushaltsgröße und die Haushaltszusammensetzung (Anzahl von Erwachsenen und Kindern im Haushalt) zeigen die gewichteten Netto-Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen) eine merkliche Verringerung der Einkommensungleichheit im Laufe der 1990er Jahre. Insgesamt über alle Haushalte der Unselbstständig

digen verringerte sich der Interquartilsabstand laut Mikrozensus von 83% (1991) auf 72% (1999). Geht man vom EU-SILC Wert für die Periode 2004 bis 2006 (65%) aus, kam es im letzten Jahrzehnt tendenziell zu einer Steigerung der Ungleichheit (2007 bis 2008: 70%), die in den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise allerdings wieder etwas rückläufig scheint (2009 und 2010: 67%). Die Schwankungen im Interquartilsabstand der Haushaltsnettoeinkommen dürften aber zum Teil auch auf die relativ kleine Stichprobe zurückzuführen sein, die der EU-SILC Erhebung zugrunde liegt.

⁹ Die Abgrenzung von Haushalten nach unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit erfolgt in Bezug auf die Form des Haupteinkommens im Haushalt.

¹⁰ Die Einkommensinformationen der EU-SILC-Erhebung beziehen sich jeweils auf das Vorjahr, also auf die Jahre 2003 bis 2009. Um starke Schwankungen im Interquartilsabstand auf Grund der kleinen Stichprobe zu vermeiden, werden die Einkommensinformationen des EU-SILC über jeweils zwei (bzw. drei) Jahre gemittelt.

DIE ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Die folgende Übersicht zeigt die Veränderung des Gini-Koeffizienten der Nettohaushaltseinkommen in den Jahren 2004 bis 2010. Betrachtet man die Bevölkerung insgesamt (also inklusive selbstständiger Haushalte) sank der Gini-Koeffizient von 0,331 im Jahr 2004 auf 0,326 im Jahr 2006 und stieg danach wieder leicht an (2010: 0,333). Für die Haushalte ohne Selbstständige zeigt sich hingegen seit 2004 ein durchgehender, wenn auch schwacher Anstieg der Einkommensungleichheit. Im letzten verfügbaren Jahr kam es auf Ebene der Haushalte ohne Selbstständige sogar zu einem relativ starken Anstieg des Gini-Koeffizienten von 0,277 auf 0,284.

Zudem beschreibt die folgende Übersicht die Entwicklung der Einkommensanteile der Haushalte entlang der fünf Quintile der Einkommensverteilung (jeweils ein Fünftel aller privaten Haushalte) unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße und -zusammensetzung (Netto-

Äquivalenzeinkommen)¹¹. Dabei zeigt sich eine leichte Abnahme der Einkommensanteile der unteren Quintile bis 2007. Während mit Ausnahme des vierten Quintils der Verlauf der Einkommensanteile bis 2008 weitgehend konstant blieb, erhöhte sich der Einkommensanteil des vierten Quintils leicht um 0,4 Prozentpunkte. Im Jahr 2010 fiel der Einkommensanteil des dritten und vierten Quintils recht deutlich (-0,3 bzw. 0,5 Prozentpunkte) insbesondere zugunsten des obersten Quintils (+0,8 Prozentpunkte). Während das oberste Quintil damit wieder jenen Einkommensanteil erreicht, den es vor der Krise im Jahr 2007 hatte, fallen die Einkommensanteile des zweiten, dritten und vierten Quintils sogar unter das Niveau des Jahres 2004 zurück. Diese Ergebnisse müssen allerdings angesichts der vergleichsweise geringfügigen Schwankungen und des Stichprobenfehlers mit Vorsicht interpretiert werden.

Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2004 bis 2010

	Gini-Koeffizient ¹⁾						
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Alle Personen	0,331	0,327	0,326	0,331	0,330	0,329	0,333
Ohne Selbstständige	0,271	0,272	0,272	0,277	0,277	0,277	0,284
	Quintile ²⁾						
1. Quintil	10,6	10,4	10,3	10,3	10,5	10,5	10,8
2. Quintil	15,1	15,1	15,1	14,9	14,9	14,9	14,7
3. Quintil	18,4	18,5	18,4	18,1	18,3	18,3	18,0
4. Quintil	22,3	22,5	22,6	22,4	22,6	22,5	22,0
5. Quintil	33,7	33,6	33,5	34,3	33,7	33,7	34,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC, WIFO-Berechnungen

1) Nettohaushaltseinkommen

2) Netto-Äquivalenzeinkommen ohne Selbstständige

12.4 VERTEILUNGSPPOSITION ÖSTERREICHS IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

Innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte ist die Ungleichheit der Einkommensverteilung in den meisten Ländern der OECD gestiegen. Im Durchschnitt aller OECD Länder stieg der Gini-Koeffi-

zient der verfügbaren Haushaltseinkommen seit Mitte der 1980er Jahre um etwa 10% (von 0,290 auf 0,316), wobei eine deutliche Variation zwischen den Mitgliedstaaten der OECD zu beob-

¹¹ Bei einer kompletten Gleichverteilung der Einkommen über alle Haushalte würde der Einkommensanteil jedes Quintils genau 20% ausmachen.

achten war (OECD, 2011). Auch innerhalb der europäischen Staaten zeigen sich deutliche Unterschiede in der Einkommensentwicklung innerhalb der letzten Jahrzehnte: so stiegen die niedrigen Einkommen (unteres Einkommensdezil) in manchen Ländern langsamer als die oberen Einkommensdezile (unter anderem in Österreich, Dänemark, Finnland, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Schweden), während sich in anderen Ländern eine entgegengesetzte Entwicklung zeigte (Belgien, Frankreich, Griechenland, Portugal und Spanien) (OECD, 2011).

Wie im Abschnitt 12.2 zur Entwicklung der persönlichen Einkommensverteilung dargestellt, wird das Ausmaß der Ungleichheit von individuellen Arbeitseinkommen innerhalb der Erwerbsbevölkerung neben der Variation der Stundenlöhne der Beschäftigten, die sich unter anderem durch unterschiedliche Qualifikationsniveaus, Arbeitserfahrung und den Wirtschaftszweig ergeben, erheblich von Unterschieden im Beschäftigungsmaß (Arbeitsstunden pro Woche) und institutionellen Mechanismen wie Mindestlöhnen, dem Grad der kollektivvertraglichen Lohnverhandlung und Beschäftigungsschutzbestimmungen geprägt (vgl. Abschnitt 12.2).

Unterschiede in der Verteilung der verfügbaren Einkommen der Haushalte zwischen einzelnen Ländern hängen zudem von Unterschieden in der allgemeinen Beschäftigungsquote (auch von Teilzeit- und Frauenbeschäftigungsquoten) und der Haushaltszusammensetzung ab (OECD, 2011). In dem Ausmaß, in dem beispielsweise Teilzeit- und Frauenbeschäftigungsquoten zwischen einzelnen Ländern variieren, ergeben sich auch Unterschiede im Ausmaß der Einkommensungleichheit zwischen den Haushalten. So ist beispielsweise die Frauenerwerbsquote in Schweden, Dänemark, den Niederlanden und Finnland deutlich über dem EU-Schnitt, wäh-

rend die Einkommensungleichheit dieser Länder gleichzeitig deutlich unterdurchschnittlich ist. Umgekehrt zeigt sich für Griechenland, Ungarn, Spanien, Polen und Rumänien eine überdurchschnittliche Einkommensungleichheit bei gleichzeitig niedrigen Frauenerwerbsquoten. Nicht zuletzt wird das verfügbare Einkommen der Haushalte erheblich durch die nationalen Steuer- und Transfersysteme beeinflusst. In Summe führen nationale Unterschiede in all diesen Bereichen zu einer erheblichen Heterogenität in der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen einzelner Länder¹².

Der folgende Abschnitt analysiert die gegenwärtige, relative Verteilungsposition Österreichs im europäischen Vergleich. Dabei stehen die Einkommensunterschiede auf Haushaltsebene sowie zwischen den Geschlechtern innerhalb der Europäischen Union im Vordergrund. Als Datengrundlage für die Analyse dient die Europäische Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), die für alle Länder der Europäischen Union vergleichbare Daten zur Einkommenssituation der Bevölkerung liefert.

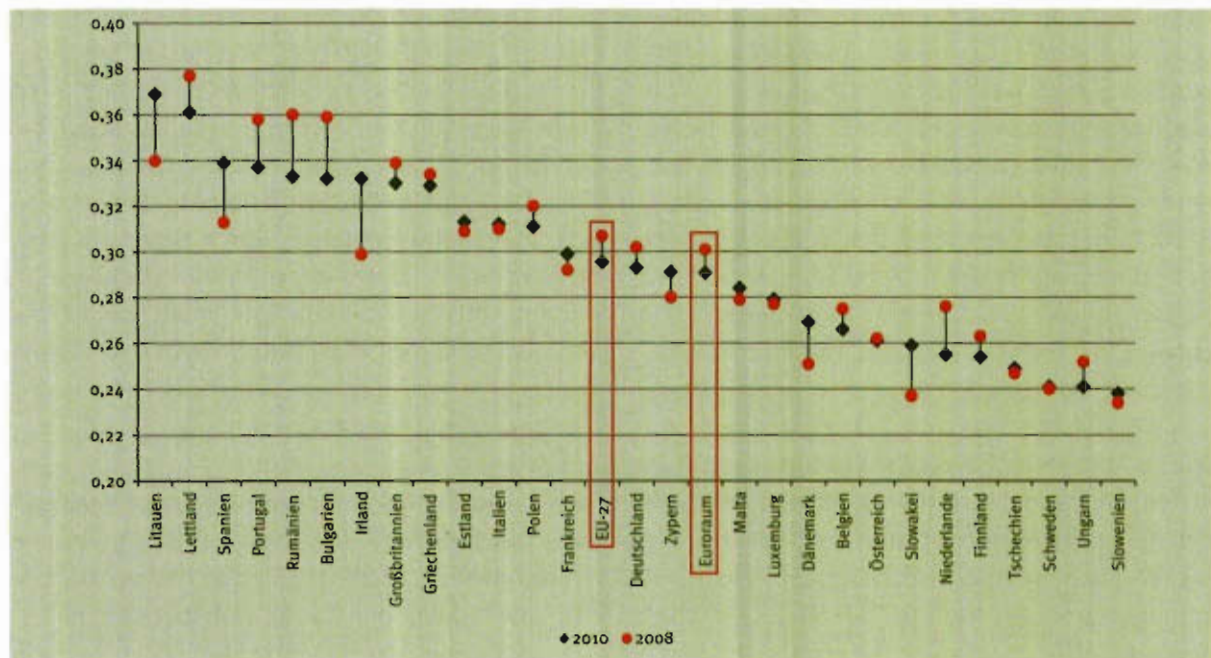
12.4.1 VERTEILUNGSPPOSITION AUF HAUSHALTSEBENE

Die folgende Abbildung zeigt die Verteilungsposition der Mitgliedsländer der Europäischen Union auf Basis der EU-SILC Daten der Jahre 2008 und 2010¹³. Als Maß für die Einkommensungleichheit dient dabei der Gini-Koeffizient auf Basis der verfügbaren Netto-Haushaltsäquivalenzeinkommen. Insgesamt erweist sich die Ungleichheit der Einkommensverteilung innerhalb der EU als relativ heterogen, sowohl in Bezug auf die Variation des Gini-Koeffizienten im Jahr 2010, als auch in Bezug auf die Veränderung der Einkommensverteilung seit der Krise im Jahr 2008.

¹² Eine detaillierte Analyse der Einflussfaktoren, die zu Unterschieden in der Einkommensverteilung einzelner Länder führen, geht über den Rahmen dieses Berichtes hinaus. Im Folgenden wird daher die relative Verteilungsposition Österreichs in der EU deskriptiv beschrieben.

¹³ Die Ergebnisse der EU-SILC-Erhebungen beziehen sich jeweils auf die Einkommen des Vorjahres. Der nachfolgende Vergleich der Einkommensverteilung bezieht sich daher auf die Einkommen der Jahre 2007 und 2009.

Entwicklung der Einkommensungleichheit in der EU, Gini-Koeffizient



Quelle: Eurostat

Gini-Koeffizient auf Haushaltsebene bereinigt um Haushaltsgröße

Sehr hohe Einkommensungleichheiten weisen dabei insbesondere Litauen und Lettland auf. Neben Großbritannien und Irland zeigen sich zudem in den meisten südlichen europäischen Ländern überdurchschnittliche Einkommensungleichheiten: in Spanien, Portugal, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Italien liegt der Gini-Koeffizient deutlich über dem Durchschnitt der EU-27. Weit unterdurchschnittlich hingegen ist die Einkommensungleichheit in den meisten nord- und mitteleuropäischen Staaten, insbesondere in Slowenien, Schweden, Ungarn, der Tschechien, Finnland und den Niederlanden. Auch Österreich liegt mit einem Gini-Koeffizienten von 0,261 deutlich unter dem EU-27 Durchschnitt von 0,295. Dies deutet auf eine gewisse Segmentierung innerhalb der Europäischen Union hin, mit (im Bezug auf die Verteilung von Haushaltseinkommen) egalitäreren Ländern in Mittel- und Nordeuropa und „polarisierteren“ Ländern in West- und Südeuropa sowie den neuen Mitgliedstaaten am Baltikum.

Neben der hohen Heterogenität hinsichtlich der Einkommensverteilung im Jahr 2010 zeigen

sich zudem in den Jahren seit Beginn der Krise deutliche länderspezifische Unterschiede in der Entwicklung der Einkommensverteilung (vgl. de Beer, 2012): Während in einigen Ländern mit ohnehin hohen Einkommensungleichheiten der Gini-Koeffizient in den Jahren 2008 bis 2010 weiter gestiegen ist (Litauen, Spanien und Irland), fällt er im Vergleichszeitraum in einigen Ländern mit relativ niedriger Ungleichheit weiter (Ungarn, Finnland, Niederlande und Belgien). Daneben zeigen sich einige starke Veränderungen innerhalb der letzten drei Jahre; insbesondere in Litauen, Spanien, Irland, Dänemark und der Slowakei ist die Ungleichheit der Einkommen seit der Krise stark gestiegen, während sie in Lettland, Portugal, Rumänien, Bulgarien und in den Niederlanden deutlich gesunken ist. Für Österreich, Slowenien, Schweden, die Tschechien und Luxemburg bleibt die Einkommensungleichheit hingegen auch nach der Krise auf vergleichsweise geringem Niveau stabil.

Die folgende Abbildung zeigt für 24 Staaten der EU¹⁴ das Ausmaß der Veränderung der Einkom-

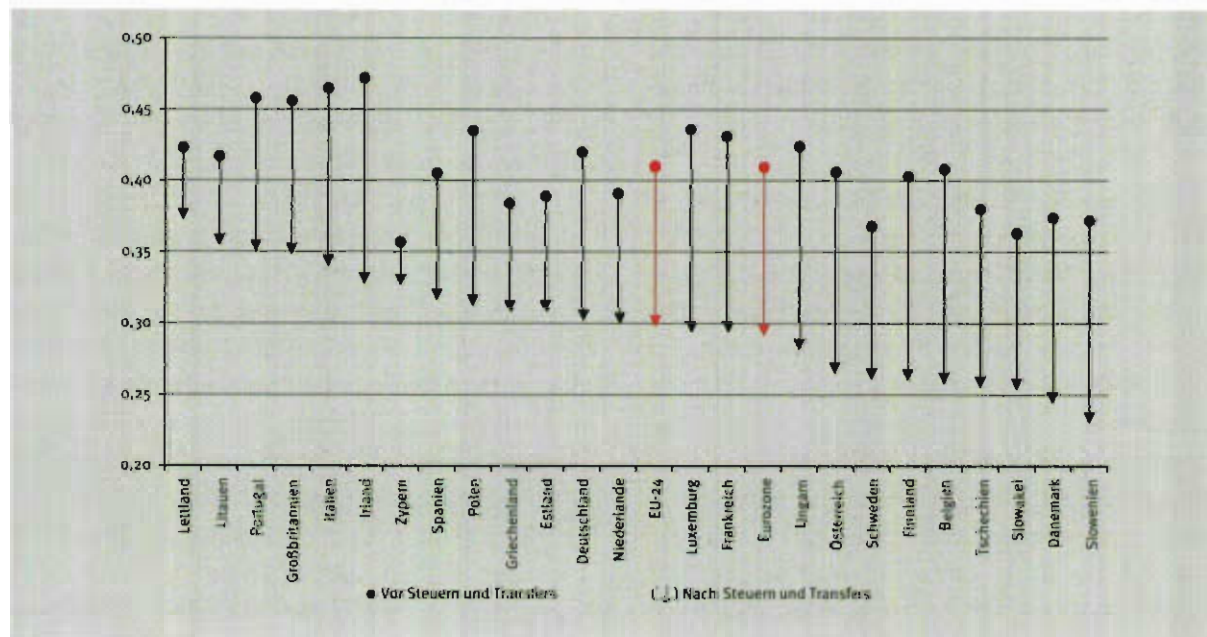
¹⁴ Für die Länder Bulgarien, Malta und Rumänien sind keine Werte vor Steuern und Transfers verfügbar.

mensungleichheit, die sich durch Steuern und Transfers ergibt. Dazu werden die Gini-Koeffizienten der einzelnen Länder bezogen auf das Primäreinkommen (Haushaltseinkommen vor Steuern und Transfers) der Haushalte dargestellt und den Gini-Koeffizienten der Haushaltseinkommen nach Steuern und Transfers gegenübergestellt. Die Differenz der Werte zeigt das Ausmaß, in dem die staatliche Umverteilung zur Abnahme der Einkommensungleichheit zwischen den Haushalten beiträgt.

In allen Staaten zeigt sich eine sehr große Bedeutung der öffentlichen Hand im Umverteilungsprozess durch Steuern und Transfers. In der gesamten Eurozone verringert sich der Gini-Koeffizient

gemessen an den Primäreinkommen (Haushaltseinkommen vor Steuern und Transfers) von 0,410 auf 0,296 (-27,8%). Besonders deutlich ist diese Abnahme dabei in Slowenien (-38,2%), Belgien (-37,3%), Finnland (-36,0%), Österreich (-35,7%), Dänemark (-35,0%) und Ungarn (-34,2%). Schwächer ausgeprägt ist die Umverteilungswirkung hingegen in Zypern (-9,5%), Lettland (-12,1%), Litauen (-16,1%), Griechenland (-20,1%), Estland (-21,3%), Spanien (-22,7%), den Niederlanden (-24%), Portugal (-24,2%) und Großbritannien (-24,3%). Innerhalb der Europäischen Union herrschen demnach beträchtliche Unterschiede im Ausmaß der Umverteilung der Primäreinkommen durch den Staat.

Einkommensungleichheit vor und nach Steuern und Transfers in der EU (2008), Gini-Koeffizient



Quelle: OECD Income Distribution and Poverty Database. Werte für Lettland, Litauen, Irland und Zypern beziehen sich auf 2007 (Q: Atkinson – Marlier, 2010)

12.4.2 VERTEILUNGSPPOSITION NACH GESCHLECHT

Der folgende Vergleich des geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiedes (Gender Pay Gap – GPG) zwischen einzelnen Ländern basiert auf der Betrachtung von durchschnittlichen

Bruttostundenlöhnen von Frauen und Männern in den Mitgliedsstaaten der EU.

Der Gender Pay Gap gibt dabei die prozentuelle Abweichung des durchschnittlichen Bruttostundenlohnes aller beschäftigten Frauen von jenem der Männer innerhalb eines Landes an.¹⁵

¹⁵ Betrachtet werden dabei Beschäftigte in Betrieben mit mindestens zehn Beschäftigten in den NACE Wirtschaftsklassen B bis S ohne O (öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung).

DIE ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

Unterschiede bezüglich Alter, Ausbildung, Tätigkeitsbereich, Berufserfahrung oder anderen Determinanten der Lohnhöhe werden im Folgenden nicht berücksichtigt, obwohl sie von hoher Relevanz sind (vgl. Abschnitt 12.2 bzw. Plantenga und Remery (2006)). Es wird also der „unbereinigte“ Gender Pay Gap betrachtet, der Aufschluss über Unterschiede in den realisierten Arbeitseinkommen gibt, die unabhängig von Position, Alter oder Arbeitsmarkterfahrung von Männern und Frauen bezogen werden.

Die Betrachtung von Stundenlöhnen bereinigt die gemessenen Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen um Unterschiede im Beschäftigungsausmaß, verstellt aber gleichzeitig den Blick auf Unterschiede im Zugang von Frauen und Männern zu (regulären) Vollzeitbeschäftigungen. Daher wird dem Gender Pay Gap auch ein Vergleich der Erwerbs- und Teilzeitquoten gegenübergestellt, wodurch die Erwerbsposition der Frauen in der EU detaillierter dargestellt und verglichen werden kann.

Im Vergleich des Gender Pay Gap gemeinsam mit den Teilzeitquoten von Frauen und Männern und der Frauenerwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen für die fünf Staaten der EU mit den niedrigsten bzw. höchsten geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenzen zeigt sich, dass einige Länder mit sehr niedrigen geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenzen gleichzeitig niedrige Frauenerwerbsquoten aufweisen. So weist Malta zwar einen vergleichsweise geringen Gender Pay Gap auf (Frauen verdienen hier im Durchschnitt um 6,1% weniger als Männer), dies aber zulasten einer allgemein geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen (39,3% im Vergleich zu 58,2% im EU-Durchschnitt). Ähnlich ist das Bild für Italien

und Polen; hier liegen sowohl der Gender Pay Gap als auch die Frauenerwerbsquote deutlich unter dem EU-Durchschnitt (dieser beträgt etwa 16,4%). Hohe Frauenerwerbsquoten und geringe geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede schließen sich jedoch nicht zwangsläufig aus, so weist Slowenien den geringsten GPG innerhalb der EU auf (Frauen verdienen hier im Durchschnitt um 4,4% weniger als Männer) – bei einer überdurchschnittlichen Frauenerwerbsquote (62,6%).

In Tschechien, Österreich und Deutschland zeigt sich hingegen ein GPG weit über dem europäischen Durchschnitt, bei gleichzeitig ebenso hohen Frauenerwerbsbeteiligungen. Dies deutet auf eine relativ starke geschlechtsspezifische Segregation der Arbeitsmärkte in diesen Ländern hin. So ist die Beschäftigungskonzentration von Frauen im Dienstleistungsbereich – beispielsweise im Einzelhandel, Gesundheits- und Sozialberufen – in Österreich nach wie vor hoch und im Zeitverlauf kaum rückläufig (Horvath et al., 2012). In dem Maße, in dem das Einkommensniveau in Berufen, in denen Frauen überrepräsentiert sind, von jenem in Berufen mit hohen Männeranteilen divergiert, prägt diese geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes auch den Gender Pay Gap. Der Zusammenhang zwischen der Teilzeitquote der Frauen und dem GPG ist innerhalb der EU hingegen nur sehr schwach, die Korrelation beträgt 0,003.¹⁶ Während in Ländern wie Österreich und Deutschland der überdurchschnittliche GPG mit ebenfalls überdurchschnittlichen Frauenteilzeitquoten und Teilzeitquotendifferenzen zwischen Frauen und Männern („Teilzeitgap“) verbunden ist, zeigen andere Länder wie Belgien und Italien unterdurchschnittliche GPGs trotz markanter Teilzeitquotendifferenzen zwischen Frauen und Männern.

¹⁶ Die Unterscheidung von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung basiert in EU-SILC auf der spontanen Antwort auf die Frage, ob eine Person vollzeit- oder teilzeiterwerbstätig ist und nicht auf einer klaren Stundenabgrenzung.

Übersicht 11: Gender Pay Gap (GPG¹⁾) in der Eurozone, 2010

	Gender Pay Gap	Teilzeitquote		Teilzeitgap	Erwerbsquote Frauen
	in % 2010	Männer (in %) 2010	Frauen (in %) 2010	In Prozentpunkten 2010	15-64 Jahre 2010
Slowenien	4,4	8,6	14,7	6,1	62,6
Italien	5,5	5,5	29,0	23,5	46,1
Malta	6,1	6,0	25,0	19,0	39,3
Belgien	8,6	9,0	42,3	33,3	56,5
Polen	9,8	5,7	11,5	5,8	53,0
Zypern	21,0	6,5	12,7	6,2	63,0
Griechenland	22,0	3,7	10,4	6,7	48,1
Deutschland	23,1	9,7	45,5	35,8	66,1
Österreich	25,5	9,0	43,8	34,8	66,4
Tschechien	25,5	2,9	9,9	7,0	56,3
Estland	27,6	7,1	14,5	7,4	60,6
EU-27	16,4	8,7	31,9	23,2	58,2
Euroraum	16,8	8,4	35,3	26,9	57,9

Quelle: EUROSTAT

1) GPG ist der Unterschied in den durchschnittlichen Brutto-Stundenverdiensten der männlichen und weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Die Werte des GPG 2010 für Estland und Griechenland beziehen sich auf 2008, für Polen auf 2009.

12.5 LITERATUR

ALTZINGER, W., BERKA, CH., HUMER, ST., MOSER, M., Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich 1957-2009, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 37. Jahrgang, 2011/4, S. 513-529 und 38. Jahrgang, 2012/1, S. 77-102.

ATKINSON, A., B., The distribution of earnings in OECD countries, in: *International Labour Review*, 2007, 146(1-2), pp. 41-60.

ATKINSON, A., B., PIKETTY, T., SAEZ, E., Top Incomes in the Long Run of History, in: *Journal of Economic Literature*, 2011, 49(1), pp. 3-71.

ATKINSON, A., B., PIKETTY, T., *Top Incomes: A Global Perspective*, Oxford, 2010.

ATKINSON, A., MARLIER, E., *Income and Living Conditions in Europe*, Luxemburg: Publications Office of the European Union, 2010.

BACH, S., CORNEO, C., STEINER, V., From bottom to top: The entire income distribution in Germany 1992-2003, in: *Review of Income and Wealth*, 2009, (55), pp. 303-330.

BIFFL, G., Die ökonomische Situation der Frauen in Österreich, in: *Frauenbericht 2010*, Wien, 2010, S. 465-502.

BLAU, F. D., KAHN, L. M., Understanding international differences in the gender pay gap, *Journal of Labor Economics*, 2003, 21(1), pp. 106-144.

BÖHEIM, R., HIMPELE, K., MAHRINGER, H., ZULEHNER, CH., *The Gender Pay Gap in Austria: Tamensi Movetur!* WIFO-Working Papers, 2011, (394).

BREUSS, F., *Globalization, EU-Enlargement and Income Distribution*, WIFO-Working Paper No. 296, 2007.

DIE ENTWICKLUNG UND VERTEILUNG DER EINKOMMEN

- COENEN, G., STRAUB, R., Non-Ricardian Households and Fiscal Policy in an Estimated DSGE Model of the Euro Area, *Computing in Economics and Finance* 2005, 102, Society for Computational Economics, 2005.
- DAVIDSSON, J., NACZYK, M., The Ins and Outs of Dualisation: A Literature Review, REC-WP 02/2009.
- DE BEER, P., The impact of the crisis on earnings and income distribution in the EU, European trade union institute, working paper 2012.01, 2012.
- DUSTMANN, CH., LUDSTECK, J., SCHÖNBERT, U., Revisiting the German Wage Structure, IZA Discussion Paper, No. 2685, 2007.
- FELIPE, J., KUMAR, U., Unit Labor Costs in the Eurozone: The Competitiveness Debate Again Levy Economics Institute, Working Paper No. 651, 2011.
- GALÍ, J., LÓPEZ-SALIDO, D., VALLÉS, J., Understanding the Effects of Government Spending on Consumption *Journal of the European Economic Association*, vol. 5(1), 227-270, 2007.
- GEISBERGER, T., Geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsunterschiede, *Statistische Nachrichten*, 2007/7, S. 633-642.
- GUGER, A., MARTERBAUER, M., Umverteilung durch den Staat, WIFO-Monatsbericht, 2009, (11).
- GUNDERT, ST., MAYER, K., U., Gender segregation in training and social mobility of women in West Germany. In: *European Sociological Review*, 2012, 28(1), S. 59-81.
- HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER (HV), *Statistisches Handbuch der österreichischen Sozialversicherungsträger* 2011, Wien, 2011.
- HORVATH, T., HUEMER, U., KRATENA, K., MAHRINGER, H., Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer – Berufliche und Sektorale Veränderung 2010 bis 2016, WIFO-Monographie, Jänner, 2012.
- HUBER, P., Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen; Teilbericht 2: Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt, WIFO-Monografie, August 2010.
- KELLER, B., SEIFERT, H., Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität, *WSI Mitteilungen*, 2006, (5), S. 235-240.
- LEIGH, A., How Closely Do Top Income Shares Track Other Measures of Inequality?, in: *Economic Journal*, 2007, (117), pp. 619-633.
- LUTZ, H., MAHRINGER, H., Niedriglohnbeschäftigung – Brücke in dauerhafte Beschäftigung oder Niedriglohnfalle?, WIFO-Monographie, Februar 2010.
- MÖLLER, J., SCHMILLEN, A., Verteilung von Arbeitslosigkeit im Erwerbsleben. Hohe Konzentration auf wenige – steigendes Risiko für alle, IAB-Kurzbericht, 2008, (24).
- OECD, *Divided we stand – Why inequality keeps rising*, OECD publishing, 2011.
- OECD, *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*, Paris, 2008.
- OLIVETTI, C., PETRONGOLO, B., Unequal Pay or Unequal Employment? A Cross-Country Analysis of Gender Gaps, *Journal of Labor Economics*, 2008, 26(4), pp. 621-654.
- PENSIONSVERSICHERUNGSANSTALT, *Jahresbericht 2010*, Wien, 2011.
- PLANTENGA, J., REMERY, C., The gender pay gap. Origins and policy responses. A comparative review of thirty European countries, 2006.
- SCHMID, G., *Übergänge am Arbeitsmarkt. Arbeit, nicht nur Arbeitslosigkeit versichern*, Berlin, 2011.
- SCHWEIZER, T., Einkunftsentwicklung und -verteilung gemäß Einkommenssteuerstatistik, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2006, 32 (2), S. 167-190.

SELK, M., Geschlecht und Berufswahl: Ein Beitrag zur Theoriebildung und empirischen Erfassung geschlechtsspezifischen Berufswahlverhaltens, Europäische Hochschulschriften, Reihe 22, Soziologie, 96, Frankfurt, 1984.

STATISTIK AUSTRIA, Arbeitskräfteerhebung 2010, Wien 2011.

WIFO, Prognose für 2012 und 2013: Euro-Raum vorübergehend in Rezession, WIFO-Monographie, März 2012.

13. FAKTEN ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH

Michael Andreasch
 Pirmin Fessler
 Peter Mooslechner
 Martin Schürz¹

Oesterreichische Nationalbank

Inhalt

13.1	Einleitung und Zusammenfassung	248
13.2	Selbsteinschätzungen zur Position des eigenen Haushalts in der Vermögensverteilung in Österreich	249
13.3	Vermögensverteilung in Österreich	252
13.4	Sozioökonomische Charakteristika	257
13.4.1	Formen des Vermögens	259
13.4.2	Höhe des Vermögens der privaten Haushalte	260
13.4.3	Sozioökonomische Charakteristika der vier Haushaltsgruppen	261
13.5	Anhang	263
13.6	Literatur	265

¹ Abteilung für Statistik · Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, michael.andreasch@oenb.at; Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, pirmin.fessler@oenb.at, martin.schuerz@oenb.at; Hauptabteilung Volkswirtschaft, peter.mooslechner@oenb.at.

13. FAKTEN ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH

13.1 EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG

Das Household Finance and Consumption Network (HFCN) des Euroraums wurde im Dezember 2006 von der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken des Eurosystems gegründet. In diesem Rahmen werden Daten zu Einkommen, Vermögen, Verschuldung und Ausgaben der privaten Haushalte von den Nationalbanken in allen Ländern des Euroraums erhoben. Die EZB initiierte dieses Projekt mit dem Ziel, wichtige Erkenntnisse zum geldpolitischen Transmissionsmechanismus und zur Finanzmarktstabilität zu gewinnen.²

Wie die Krise gezeigt hat, kann ein kleiner, hoch verschuldeter Teil der Bevölkerung einen bedeutenden Einfluss auf Marktentwicklungen haben. Deshalb werden die Hauptanwendungsfelder der Analyse neben dem Transmissionsmechanismus der Geldpolitik, der Haushaltsverschuldung und Vermögenseffekten auf den Konsum auch Mikrosimulationen zur Analyse von finanzieller Instabilität sein³. Tatsächlich wurde es vor der Krise verabsäumt, entsprechende Daten zur Mikroanalyse von Finanzmarktstabilität und Transmissionsmechanismus zu erheben. Spätestens seit Beginn der Krise ist klar, dass derartige Daten unverzichtbar für eine fundierte Geld- und Finanzmarktstabilitätspolitik sind (siehe HFCN Final Report).

Der Household Finance and Consumption Survey (HFCS) wurde in einer ersten Welle auf Initiative der EZB im Jahr 2010 harmonisiert in allen Ländern des Euroraums von den jeweiligen nationalen Zentralbanken durchgeführt.⁴ Der umfangreiche Datensatz wird der wissenschaftlichen Forschungsge-

meinschaft im Jahr 2013 von der EZB zur Verfügung gestellt werden. Mit dem HFCS gibt es für Österreich erstmals eine Datenquelle, die Sachvermögen, Finanzvermögen und Verschuldung der privaten Haushalte in einem Datensatz enthält und so eine umfassende Darstellung der Vermögensverteilung in Österreich zulässt.

Dieser Beitrag fokussiert auf die Fakten zur Verteilung des Vermögens in Österreich. Vorab sei darauf hingewiesen, dass es sich beim HFCS um eine freiwillige Haushaltserhebung handelt. Insbesondere der obere Rand der Verteilung und das Finanzvermögen können deshalb nur unzureichend abgedeckt werden. Schätzungen auf Basis der HFCS-Daten zur Vermögensverteilung können daher nur als Untergrenze der tatsächlichen Ungleichverteilung angesehen werden (siehe auch Sozialbericht 2009/2010).

Ein kurzer Überblick zu der in diesem Beitrag verwendeten HFCS-Vermögensdefinition⁵ findet sich im Anhang. Ausführliche Informationen und eine detaillierte Dokumentation zu den methodischen Grundlagen des HFCS in Österreich finden sich auf www.hfcs.at sowie in den beiden Erstpublikationen „Household Finance and Consumption Survey in Österreich 2010: Erste Ergebnisse“ und „Household Finance and Consumption Survey in Österreich 2010: Methodische Grundlagen“.

Der HFCS zielt primär auf den Haushalt und nicht auf Personen ab. Dies ist bei Erhebungen zur finanziellen Situation sinnvoll, da wichtige Vermögenskomponenten, insbesondere der Haupt-

² „The main purpose of the HFCS is to investigate key policy questions about the economic behaviour of households for which knowledge about distributional aspects, i.e. about how economic events and policy decisions affect different household wealth and income classes, is of the essence.“ (Manual of procedures for the conduct of the Household Finance and Consumption Survey)

³ Siehe dazu Eurosystem HFCN 2009.

⁴ Die erste Welle 2010 wurde ohne Estland und Irland durchgeführt.

⁵ Das Bruttovermögen setzt sich zusammen aus Sachvermögen (Immobilien, Fahrzeuge, Wertgegenstände) und Finanzvermögen (Konten, Spareinlagen, Aktien, Fonds etc.). Nach Abzug der Verschuldung (besicherte und unbesicherte Kredite) ergibt sich das Nettovermögen.

Wohnsitz, von einem Haushalt meist gemeinsam genutzt werden. Zu einem Haushalt gehören alle Personen innerhalb einer Wohneinheit, die sich Lebenshaltungskosten und sonstige Ausgaben teilen. Nicht dazu zählen Personen, die in Anstalten, wie Spitälern, Alters- und Pflegeheimen, Studentenheimen, Internaten, Klöstern, Gefängnissen, Kasernen und dergleichen leben (für Details siehe OeNB „Household Finance and Consumption Survey in Österreich 2010: Methodische Grundlagen“).

Der HFCS in Österreich belegt, dass die vermögenschtesten 5% der Haushalte fast die Hälfte des gesamten Bruttovermögens halten, während die untere Hälfte der Haushalte 4% des Bruttovermögens ihr Eigen nennen kann. Während es sich bei der unteren Hälfte der VermögensbesitzerInnen vorrangig um MieterInnen handelt (83%), deren (niedriges) Vermögen (Median Nettovermögen: rund 11.000 EUR) vor allem aus einem Auto und einem Sparbuch besteht, verfügen die obersten 5% der Haushalte in der Vermögensverteilung im Median über rund 1,7 Mio. EUR an Nettovermögen und ein meist breit diversifiziertes Portfolio.

Der Besitz von Wohneigentum markiert eine Trennlinie in der Vermögensverteilung. 48% der Befragten besitzen ihren Hauptwohnsitz im Eigentum. Doch während in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung nur 8% der Haushalte im Eigentum leben, sind es in der oberen Hälfte je-

weils mehr als 86%. Diese Unterschiede zeigen sich auch auf der Verschuldungsseite. Während hohe Verschuldung vorrangig durch den Erwerb von Wohneigentum entstanden ist und daher primär auch von relativ vermögenschteren Haushalten gehalten wird, sind vermögenschärmere Haushalte eher zu Konsumzwecken verschuldet.

Abschnitt 13.2 beschäftigt sich mit der Selbsteinschätzung der Haushalte in Bezug auf ihre Positionierung in der Vermögensverteilung. Abschnitt 13.3 liefert ausgewählte Daten zur Vermögensverteilung in Österreich. In Abschnitt 13.4 werden Haushaltsgruppen anhand ihres Anteils am Bruttovermögen in Österreich definiert und deren Zusammensetzung anhand sozioökonomischer Variablen charakterisiert.

Aus einer Verteilungsperspektive ist es verfehlt, Einheiten der Gesellschaft isoliert zu betrachten. Stets müssen auch die Abstände der Gruppen zueinander und die soziale Durchlässigkeit beachtet werden. So muss die „Mitte“ in Relation zu „Oben“ bzw. zu „Unten“ analysiert werden – allein „die Reichen“ oder „die Armen“ zu betrachten, wäre aus einer Verteilungsperspektive verkürzt. Verteilungsanalysen werden häufig mit normativen Gesichtspunkten in Verbindung gebracht. Diese Implikationen werden im vorliegenden Beitrag zum Sozialbericht bewusst ausgespart, es wird ausschließlich auf die Erhebungsergebnisse abgestellt.

13.2 SELBSTEINSCHÄTZUNGEN ZUR POSITION DES EIGENEN HAUSHALTS IN DER VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH

Menschen die Position ihres Haushalts in der Vermögensverteilung selbst einschätzen zu lassen, erlaubt eine Reihe von Fragestellungen zu erforschen, wie z.B. das Wissen über die Vermögensverteilung, die Wahrnehmung von Vermögensungleichheit sowie den Zusammenhang von subjektiven Wahrnehmungen von Vermögen und Verteilung und Einstellungen zu Steuerfragen.

Die konkrete Frage im Rahmen der Erhebung hierzu lautete:

„Wenn Sie das gesamte Nettovermögen Ihres Haushalts in Betracht ziehen, was denken Sie, in welchem Bereich der Verteilung Sie sich befinden? Bitte ordnen Sie sich einer der Kategorien von 1 bis 10 zu, wobei sich die 1 auf die niedrigsten 10% und 10 auf die höchsten 10% der Haushaltsvermögen in Österreich beziehen.“

Wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass diese Frage erst am Ende des Interviews nach einer Reihe

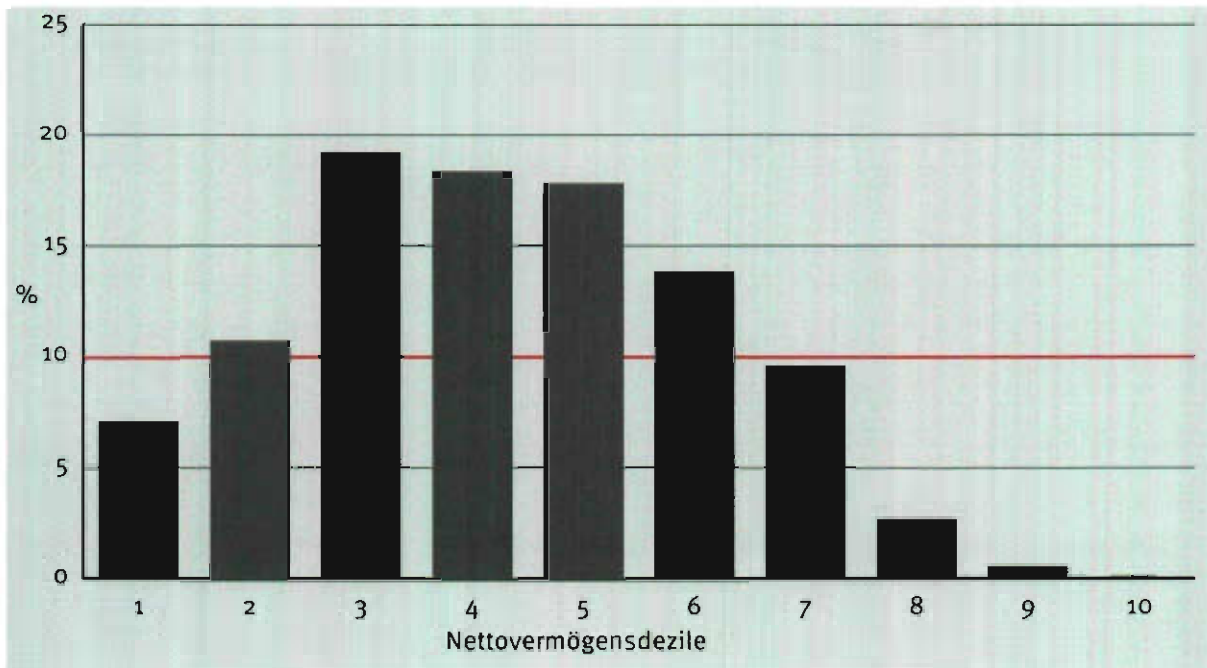
von detaillierten Erkundigungen zu den Vermögensverhältnissen gestellt wurde. Damit war sichergestellt, dass ein unmittelbarer Zusammenhang mit der Kenntnis aller Vermögenskomponenten des Haushalts bestand. Die Befragten hatten zudem zuvor auch eine Gesamteinschätzung ihres Haushaltsvermögens gegeben. Die Einschätzungen erfolgten demnach in einem thematisch eng abgegrenzten Kontext, der gute Voraussetzungen für eine differenzierte Beantwortung bot. So konnte sichergestellt werden, dass etwa Einkommen nicht mit Vermögen verwechselt wurde, dass Personen bestimmte Vermögenskomponenten nicht vergaßen oder dass sie bei schwierigeren Kalkulationen zu den Werten von Vermögenskomponenten überfordert gewesen wären. Mögliche Fehlwahrnehmungen sollten demnach nicht aus Unkenntnis der eigenen Vermögensverhältnisse resultieren, sondern andere Ursachen haben.

Es ist davon auszugehen, dass in Österreich eine wichtige mögliche Ursache von Diskrepanzen zwischen subjektiver und objektiver Position in der Vermögensverteilung das vergleichsweise geringe Wissen in Bezug auf die Vermögensverteilung sein wird. Im Gegensatz zu anderen Ländern (USA, Großbritannien, Spanien, Italien, Deutschland usw.) ist die Datenlage zur Vermögensverteilung in Österreich besonders schlecht. Mit dem HFCS liegen im Jahr 2012 erstmals Daten zur Vermögensverteilung vor. Dies zeigt, dass dieses Thema wissenschaftlich und wirtschaftspolitisch bislang kaum von Be-

deutung war. Die Debatte um Vermögenssteuern (mögliche Bemessungsgrundlagen, Freibeträge und Steuersätze) verdeutlicht zudem, dass das Thema Vermögensverteilung „datenfern“ diskutiert wurde. Daher steht zu vermuten, dass Menschen nur wenig Wissen über die Verteilung des Vermögens in Österreich haben und es entsprechend schwierig sein könnte, den eigenen Haushalt richtig in die gesamte Vermögensverteilung einzuordnen. Eine weit verbreitete mangelnde Kenntnis über die Vermögensungleichheit in Österreich würde aber nahelegen, dass die Ergebnisse in ihrer Fehleranfälligkeit breit streuen.

Die folgende Grafik veranschaulicht die Selbsteinschätzung der Befragten in Bezug auf die Position ihres Haushalts in der Nettovermögensverteilung. Die horizontale Linie drückt die tatsächliche Besetzung der Dezile (Zehntel) aus, d.h. jeweils 10% der Haushalte befinden sich tatsächlich in der jeweiligen Vermögensklasse. Es zeigt sich, dass die Mitte der Vermögensverteilung zu einer Art Sehnsuchtsort wird. Nur wenige Vermögensarme wissen (oder geben zu), dass sie vermögensarm sind, noch weniger Vermögensreiche wissen (oder geben zu), dass sie vermögensreich sind. Dabei verschätzen sich die Vermögensarmen nach oben und die Vermögensreichen nach unten. Doch verkennen letztere viel stärker ihre Position in der Verteilung. Die Mitte unterschätzt hingegen ihre Position nur leicht. Sie glaubt jedenfalls nicht, wie manchmal behauptet wird, dass sie zu den Vermögenden zählen würde.

Selbsteinschätzung der befragten Haushalte bezüglich ihrer Position in der Vermögensverteilung



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

In Österreich zählt sich fast niemand zum obersten Fünftel der Vermögensverteilung. Dieser Bereich der Vermögensverteilung, der von den vermögensreichsten 20% besetzt ist, wird in deren Wahrnehmung von anderen ausgefüllt. Die Vermögensreichen schätzen sich demnach selbst nicht als reich ein. Dies kann mehrere Gründe haben: Erstens, die Vermögenden wissen tatsächlich nicht, dass sie im Vergleich zu anderen reich sind. So geben noch Befragte mit einigen 100.000 EUR an Vermögen an, dass ihr Haushalt in der Mitte der Haushaltspopulation zu reihen sei. Möglich ist zweitens auch, dass die Vermögensreichen eine Ahnung von ihrem relativen Reichtum haben, aber zur Mitte zählen wollen, um nicht am Rand zu stehen. Bei den Vermögensreichen könnte es drittens auch die Furcht vor Neid sein, bei den

Vermögensarmen die Scham, im gesellschaftlichen Statuswettbewerb nicht mithalten, die die Fehlpositionierungen in der Mitte begründen.

Die folgende Tabelle schlüsselt den Grad der Abweichung der Selbsteinschätzung in Nettovermögensdezilen von den tatsächlichen Nettovermögensdezilen auf. Der Prozentsatz der Haushalte, die sich in das Nettovermögensdezil einordnen, in dem sie sich tatsächlich befinden, sinkt stark mit zunehmendem Nettovermögen. So ordnen sich 29% der Befragten, die in einem Haushalt im untersten Nettovermögensdezil leben, auch in diesem untersten Dezil ein. Bei den obersten vier Dezilen der vermögendsten Haushalte sind dies hingegen jeweils nur weniger als 10%, im 9. und 10. Dezil sind es sogar weniger als 1%.

Selbsteinschätzung nach Nettovermögensdezilen¹⁾

Tatsächliches Dezil	Alle Haushalte		Haushalte mit Fehleinschätzung	
	Richtige Einschätzungen in %	Durchschnittliche Verschätzung in Dezillen	Durchschnittlich geschätztes Dezil	
1	29,0	1,6	3	
2	24,5	1,1	3	
3	24,5	0,7	4	
4	21,0	0,2	4	
5	21,7	-0,9	4	
6	19,1	-1,6	4	
7	9,6	-2,3	4	
8	2,0	-3,1	5	
9	0,7	-3,6	5	
10	0,6	-4,3	6	

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

¹⁾ 2,99% der Haushalte beantworteten diese Frage mit „keine Antwort“ oder „Weiß nicht“. Diese Daten wurden nicht imputiert und sind von der Analyse ausgeschlossen. Es sind jedoch keine besonderen Muster der Nicht-Beantwortung über die verschiedenen Vermögensdezile zu erkennen.

Werden jene Haushalte betrachtet, die sich verschätzen, zeigt sich, dass sich diese Haushalte vom unteren Rand der Verteilung bis ins 7. Dezil durchschnittlich knapp unter die Mitte der Verteilung einschätzen (3. bis 4. Dezil). Hingegen ordnen sich die Haushalte im 8. und 9. Dezil durchschnittlich in das 5. Dezil ein. Die Top-10% der Haushalte vermuten sich durchschnittlich im 6. Dezil, und damit zwar knapp über der Mitte, aber immer noch weit unter ihrer tatsächlichen Position.

Diese abweichenden Einschätzungen sind besonders bei den Vermögenden so ausgeprägt, dass eine vertiefte Untersuchung der Ursachen angestellt werden muss. Jedenfalls kontrastieren die Ergebnisse mit den Befunden der Financial Literacy-Forschung, wonach einkommensstärkere, besser ausgebildete Personen auch ein höheres Finanzwissen hätten und folglich

die Vermögensverteilung besser einschätzen können sollten.

In diesem Abschnitt wurde gezeigt, dass sich die Haushalte in ihrer Selbsteinschätzung hinsichtlich der relativen Bedeutung ihres Vermögens in der Gesellschaft stark verschätzen. Die Abweichungen sind nicht zufällig verteilt, sondern deutlich zur Mitte hin verzerrt. Dieser Effekt ist besonders für die Vermögenden ausgeprägt. Dies bedeutet nicht unbedingt, dass sich fast alle der Mitte zugehörig fühlen, sondern kann auch so interpretiert werden, dass fast alle – aus unterschiedlichen Gründen – zur Mitte gezählt werden wollen.

Die selbst wahrgenommene Vermögensungleichheit in Österreich erweist sich damit als deutlich geringer als die erhobene tatsächliche Ungleichheit der Vermögensverteilung.

13.3 VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH

Die folgende Abbildung zeigt die Zusammensetzung des Nettovermögens im HFCS an (Definiti-

onen zu den einzelnen Vermögensbestandteilen finden sich im Anhang).

Vermögensbilanz der privaten Haushalte nach HFCS

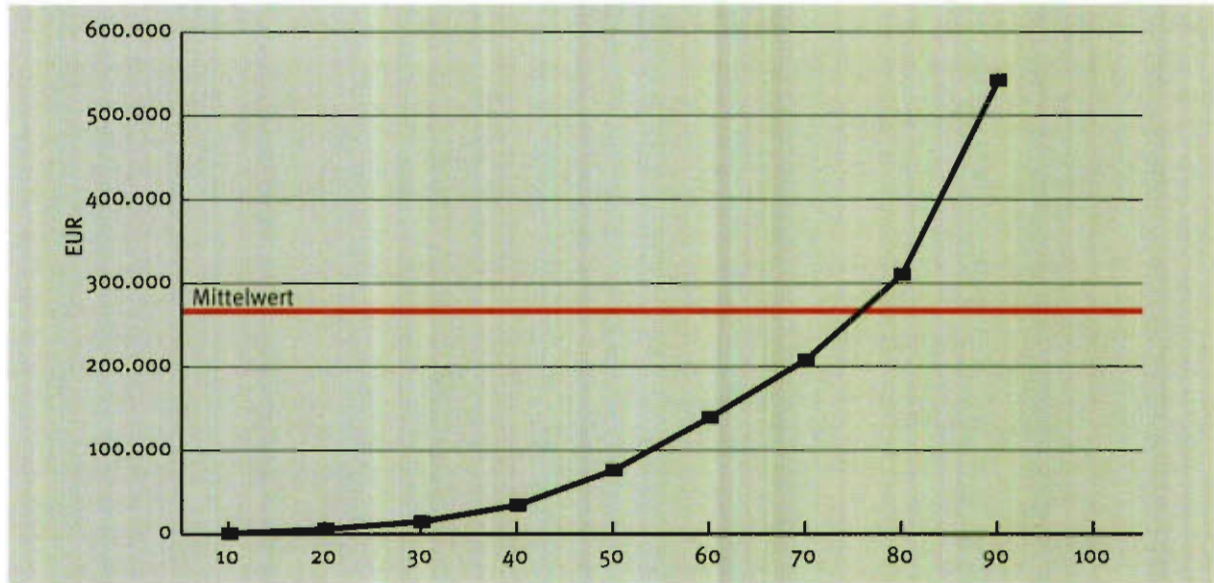


In der folgenden Grafik wird die ausgeprägte Ungleichheit der Verteilung des Nettovermögens in Österreich gezeigt. Ein Zehntel der Haushalte in Österreich verfügt über ein Nettovermögen von weniger als rund 1.000 EUR. Rund die Hälfte der

Haushalte besitzt weniger als rund 76.000 EUR. Mehr als drei Viertel aller Haushalte liegen unter dem Mittelwert von rund 265.000 EUR und nur ein Zehntel der Haushalte verfügt über ein Vermögen von mehr als rund 542.000 EUR.

Verteilung des Nettovermögens in Österreich 2010

Perzentile und Mittelwert des Nettovermögens

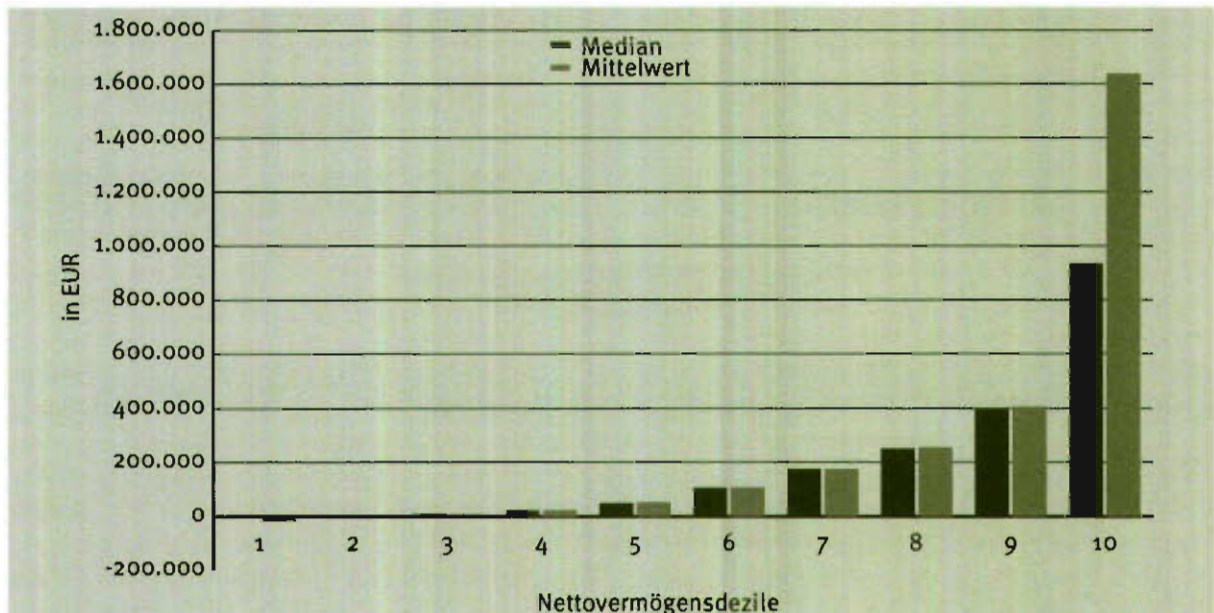


Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

Eine Darstellung innerhalb der Dezile lässt erkennen, dass es einen kleinen Anteil an Haushalten mit negativen Nettovermögen gibt. So liegt der Mittelwert innerhalb des 1. Dezils der Nettovermögensverteilung bei -18.000 EUR. Demgegenüber zeigt sich eine ausgeprägte Streuung nach

oben. Innerhalb des 9. Dezils liegen Median und Mittelwert noch nahe bei 400.000 EUR, doch innerhalb des 10. Dezils halten die Haushalte im Median 935.000 EUR, aber im Durchschnitt schon über 1,6 Mio. EUR an Nettovermögen.

Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens nach Nettovermögensdezilen



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

Das bekannteste und am meisten verwendete Maß der Einkommens- und Vermögensverteilung ist der Gini-Koeffizient. Er nimmt im Allgemeinen einen Wert zwischen 0 und 1 an, wobei 0 eine Gleichverteilung und 1 eine Verteilung bedeutet, in der eine Person/ein Haushalt alles und die anderen Personen/Haushalte nichts haben. Je näher der Gini-Koeffizient bei eins liegt, desto ungleicher ist die Verteilung. Beim Nettovermögen finden sich aufgrund von Verschuldung jedoch auch negative Werte; daher kann der Gini-Koeffizient theoretisch auch größer als 1 sein.

Es werden hier die Gini-Koeffizienten für alle Vermögenskomponenten angeführt:

Sachvermögen ist mit einem Gini-Koeffizienten von 0,77 insbesondere aufgrund der Zweiteilung in EigenheimbesitzerInnen und MieterInnen sowie aufgrund des relativ hohen Prozentsatzes von Haushalten ohne Sachvermögen ungleicher verteilt als das Finanzvermögen, das einen Gini-Koeffizienten von 0,74 aufweist.

Beim Finanzvermögen ist freilich von einer besonders starken unzureichenden Erfassung im oberen Bereich auszugehen. Mehr als 64% aller Haushalte sind nicht verschuldet. Sie gehen folglich mit einem Wert von null in die Berechnung ein und begründen den hohen Wert des Gini-Koeffizienten von 0,90 bei der Verschuldung.

Die Gini-Koeffizienten aller Vermögenskomponenten liegen demnach in Österreich über 0,70. Ein Gini-Koeffizient von 0,70 wird etwa auch dann erreicht, wenn in einer Grundgesamtheit von 100 Haushalten 99 Haushalte 1 EUR und ein Haushalt 250 EUR an Vermögen hätte. Zu bedenken gilt es aber, dass es unendlich viele verschiedene Verteilungen gibt, die einen bestimmten Gini-Koeffizienten erzeugen können. Tatsächlich erlaubt die Konzentration auf eine Maßzahl in der Betrachtung nur einen eingeschränkten Blick auf die Verteilung.⁶

Die Probleme bei der Erfassung des oberen Vermögensbereichs zeigen, dass die Robustheit' der Maßzahlen zur Charakterisierung der Vermögensverteilung besonders wichtig ist. Deshalb erfolgt im Folgenden eine Konzentration auf verständliche und – im Vergleich zu den auf Lorenzkurven basierten Maßen wie dem Gini-Koeffizienten – robuste Verteilungsmaße, wie Perzentil-Ratios (Cowell und Victoria-Feser, 1996). Die Perzentil-Ratios erlauben eine intuitiv anschauliche Interpretation der Ergebnisse.

Die folgende Tabelle zeigt neben den Gini-Koeffizienten drei Perzentil-Ratios. Die erste Perzentil-Ratio (P75/P25) misst die Streuung der mittleren 50% der Haushalte, die zweite (P90/P50) jene von der Mitte der Verteilung bis zu den Top-10%. P90/P10 umspannt die gesamte Verteilung, mit Ausnahme der „Reichsten“ und der „Ärmsten“ in beiden Randdezilen.

Verteilungsmaße der Vermögenskomponenten

	Gini-Koeffizient	Perzentil-Ratio		
		P75/P25	P90/P50	P90/P10
Sachvermögen	0,77	75,8	9,2	- ¹⁾
Finanzvermögen	0,74	11,1	7,8	196,5
Bruttovermögen	0,73	22,4	6,2	233,7
Verschuldung	0,90	-	-	-
Nettovermögen²⁾	0,76	24,3	7,1	581,1

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

1) Nenner Null bzw. Vermögenskomponente nicht vorhanden

2) Da das Nettovermögen negative Werte beinhaltet, ist der Gini nicht bei 1 begrenzt.

6 Neben dem Gini-Koeffizienten gibt es eine Vielzahl anderer Verteilungsmaßzahlen (z. B. Atkinson-Index, Theil-Koeffizient, Variationskoeffizient usw.), die unterschiedlich sensibel auf Veränderungen in verschiedenen Bereichen der Verteilung reagieren. Analysen der Veränderungen der Verteilung über die Zeit sind aber derzeit noch nicht möglich.

7 Eine derartige Maßzahl wird als robust bezeichnet, wenn sie eine beschränkte „Influence Function“ aufweist, d. h. dass die Veränderung eines Datenpunkts keine großen Auswirkungen auf die Maßzahl hat (vgl. Huber, 2004).

FAKTEN ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH

Die P75/P25-Ratio liegt mit 75,8 beim Sachvermögen besonders hoch. Dies spiegelt die Zweiteilung der Vermögensverteilung in EigenheimbesitzerInnen und MieterInnen wider. Beim Finanzvermögen ist die P75/P25-Ratio hingegen vergleichsweise niedrig. Der Haushalt, der an der Grenze zum obersten Quartil liegt, verfügt über 11,1-mal so viel an Finanzvermögen wie jener, der an der Grenze zwischen dem ersten und dem zweiten Quartil liegt. Das Bruttovermögen streut demgegenüber in der Mitte mit einem Wert von 22,4 vergleichsweise mehr.

Das Finanzvermögen hingegen streut im oberen Teil der Vermögensverteilung mehr als das Bruttovermögen. Die P90/P50-Ratio liegt bei 7,8 beim Finanzvermögen, im Vergleich zu 6,2 beim Bruttovermögen.

Besonders deutlich wird die Ungleichheit der Vermögensverteilung an der P90/P10-Ratio. Wird das Vermögen jenes Haushalts, der die Grenze zu den 10% der vermögensreichsten Haushalte bildet, in Verhältnis zum Vermögen des Haushalts gesetzt, der die Grenze zu den 10% der vermögensärmsten Haushalten bildet, verfügt der vermögensreichere Haushalt um das 233,7-fache des Bruttovermögens des vermögensärmeren Haushalts. Beim Nettovermögen liegt dieser Wert schon beim 581,1-fachen. Diese robuste Maßzahl wird auch durch Erfassungs-

probleme am oberen Rand kaum beeinträchtigt.

Jene Haushalte, die ihren Hauptwohnsitz im Eigentum besitzen, haben auch deutlich höhere Nettovermögenswerte. So macht der Mittelwert der EigentümerInnen beim Nettovermögen mit rund 487.000 EUR fast das 10-Fache des Wertes der MieterInnen aus. Der Median bei den MieterInnen liegt nur bei rund 11.000 EUR. Die Mittelwert-Median-Ratio ist bei den MieterInnen deutlich höher, da es sich um eine sehr heterogene Gruppe handelt. In der Gruppe der „unentgeltlichen HauptwohnsitznutzerInnen“ finden sich auch einige sehr vermögende Haushalte, deshalb ist die Streuung, gemessen an der Mittelwert-Median-Ratio, beträchtlich.

Der Verbreitungsgrad von Finanz- und Sachvermögen unterscheidet sich enorm. Fast alle Haushalte besitzen zumindest ein geringes Finanzvermögen, beim Immobilieneigentum ist dies nicht so. Zwar ist etwa die Hälfte der Haushalte ImmobilieneigentümerInnen, aber ein großer Anteil der Bevölkerung wohnt in Mietwohnungen und hat auch kein Eigentum an Nebenimmobilien (Wochenendhäuser, Schrebergärten usw.). Fehlendes Hauptwohnsitzeigentum kennzeichnet Haushalte mit niedrigem Nettovermögen und Hauptwohnsitzeigentum charakterisiert solche mit höherem Nettovermögen.

Nettovermögen nach Hauptwohnsitz

	Anteil in %	Median in EUR	Mittelwert	Mittelwert-Median- Ratio
(Teil) Eigentum	47,7	241.213	487.422	2,0
Miete	46,5	11.487	51.568	4,5
Unentgeltlich	5,8	12.652	145.560	11,5

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

13.4 SOZIOÖKONOMISCHE CHARAKTERISTIKA

Aus Verteilungsperspektive interessieren besonders die relativen Anteile einzelner Haushaltsgruppen am Gesamtvolumen des Vermögens. Aus einer medialen Perspektive hingegen faszinieren absolute Vermögensbeträge und Reichenzählungen: „Wie viele Milliarden Euro haben die reichsten 100 Personen?“ oder „Wie viele MillionärInnen gibt es in Österreich?“ sind hierfür häufig anzutreffende Fragestellungen.

Diese medial interessante Betrachtungsweise hat eine Reihe von analytischen Nachteilen: Der kleinste Mangel ist wohl der, dass „MillionärInnen“ ja nicht Personen mit einem genau bestimmten Vermögensbetrag bezeichnet, sondern damit eher ein kulturell diffuses Verständnis von Reichtum artikuliert wird. Dieses Verständnis ist losgelöst von der konkreten Kaufkraft. Bereits Schilling-MillionärInnen wurden als reich erachtet. In Euro müssten sie de facto aber viel mehr an Vermögen haben bzw. würden sie nicht mehr als MillionärInnen gesehen. Trotzdem blieb der mediale/politische Kristallisationspunkt „die ominöse Million“ und nicht der „70.000 EUR-Haushalt“. Ein wichtigerer Nachteil einer Millionärsbetrachtung ist, dass ein Fokus auf Personenzahlen nicht zu wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen führen kann. Denn es steht nicht zu erwarten, dass die Politik eine bestimmte Anzahl von MillionärInnen oder MilliardärInnen (z.B. weniger oder mehr als hundert MilliardärInnen in Österreich) in der Gesellschaft zum Ziel hat. Durchaus zu vermuten steht aber, dass es Vorstellungen zur sozialen Kohäsion gibt, d.h. zu Fragen des sozialen Zusammenhalts einer Gesellschaft. Hierfür stellt Vermögen eine zentrale Komponente dar.

Einschränkend ist anzumerken, dass es aus der Gruppe der MilliardärInnen keine Haushalte in der HFCS-Stichprobe gibt. Sogar in der weltweit umfassendsten Vermögenserhebung – jener der

US-Notenbank FED – besitzt der Haushalt mit dem maximalen Vermögenswert nur umgerechnet etwas über 1 Mrd. EUR, und dies obwohl die FED in Zusammenarbeit dem US-Finanzministerium eine Spezialstichprobe für die Vermögenden gezogen hat.

Im folgenden Abschnitt unterteilen wir die Haushalte der HFCS-Stichprobe in vier Gruppen nach ihrer Position in der Bruttovermögensverteilung. Das Bruttovermögen wird gewählt, weil es eine einfachere Betrachtung in Bezug auf die Anteile spezifischer Gruppen zulässt. Während beim Bruttovermögen die aufsummierten Anteile der Haushaltsgruppen niemals größer als 100% sein können, gilt dies beim Nettovermögen aufgrund der negativen Werte nicht, was eine Interpretation der resultierenden Anteile erschwert (ähnliche Probleme bestehen bei der Interpretation des Gini-Koeffizienten, siehe Abschnitt 13.3). Das Nettovermögen wird dann anhand der zuvor nach dem Bruttovermögen definierten vier Haushaltsgruppen betrachtet:

- » **„untere Hälfte“** (0–50): Haushalte, die weniger Vermögen als der mittlere (Median) Haushalt besitzen (bis rund 93.000 EUR⁸)
- » **„obere Mitte“** (51–80): Haushalte, die über mehr Vermögen als der mittlere (Median) Haushalt verfügen, aber nicht zum Top-Fünftel gehören (ab rund 93.000 bis rund 331.000 EUR)
- » **„Vermögende“** (80–95): Haushalte, die zum Top-Fünftel, aber nicht zu den Top-5% gehören (ab rund 331.000 EUR bis rund 979.000 EUR)
- » **„Top-5%“** Haushalte ab rund 979.000 EUR an Bruttovermögen

Für eine leicht zugängliche Einführung in die Thematik der Vermögensverteilung in Österreich hat die Definition und Analyse der hier gewählten Haushaltsgruppen eine Reihe von Vorzügen:

⁸ Bei den angegebenen Grenzen handelt es sich jeweils um den Erwartungswert über alle fünf multiple imputierten Samples.

FAKTEN ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH

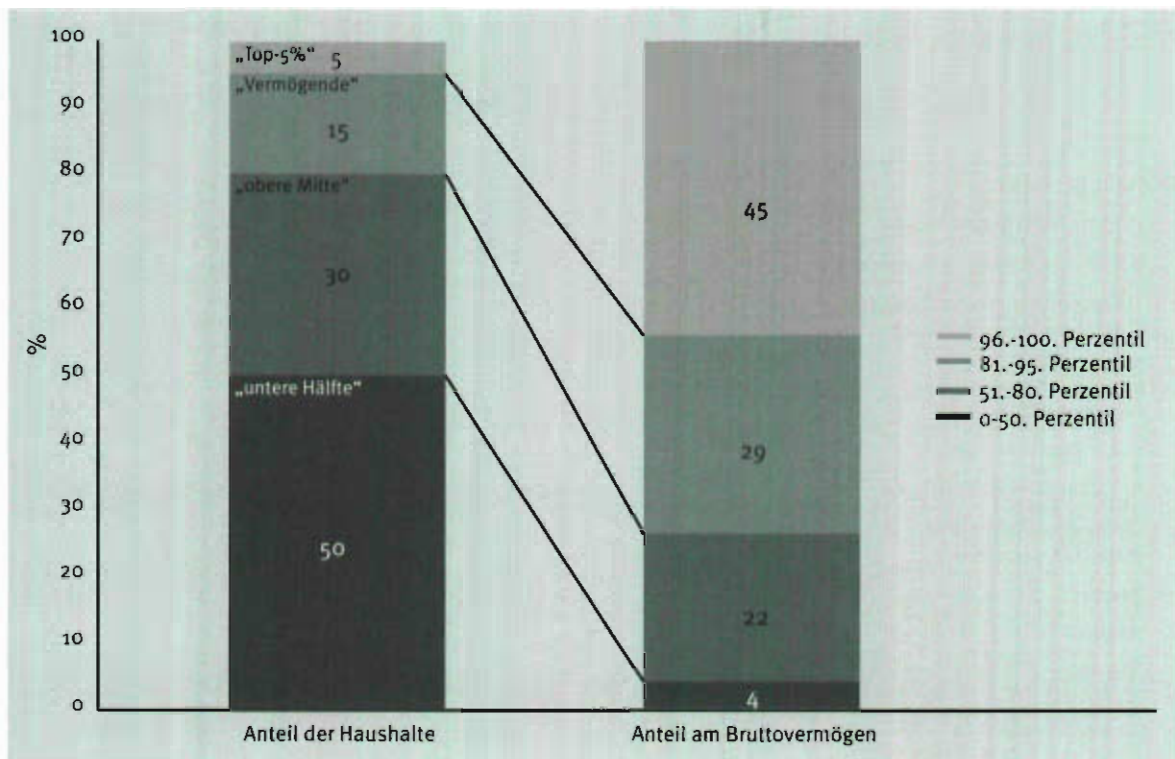
1. Im Vordergrund dieser Gliederung stehen direkt die Vermögenspositionen der Haushalte. Eine Unterteilung nach Einkommensklassen wurde gerne – oft nur aus Gründen der Datenverfügbarkeit – für die Charakterisierung der Mitte herangezogen, entspricht aber nicht den Fragestellungen.
2. Die vier ad hoc definierten Haushaltsgruppen lassen sich trotz der unterschiedlichen Anzahl der Haushalte je Gruppe hinsichtlich ihrer Vermögenspositionen klar voneinander abgrenzen. Einerseits unterscheiden sie sich nach der Höhe und andererseits nach der Zusammensetzung des Vermögens. Die Anteile der jeweiligen Haushaltsgruppen am gesamten Vermögen divergieren beträchtlich.
3. Eine vollständige Betrachtung über die gesamte Vermögensverteilung anhand dieser vier Haushaltsgruppen vermeidet eine Auswahl einzelner Einheiten (Mitte, Reiche, Arme usw.). Dies ermöglicht eine relationale gesellschaftliche Perspektive, die für wirtschaftspolitische Themen entscheidend ist. Damit wird vermieden, dass nicht definierten Einheiten – etwa „die Mittelschicht“, „die Häuselbauer“ oder „die Reichen“ – unbegründet in der Betrachtung der Vermögensverteilung eine spezielle Rolle zugeordnet wird.

Die vier Gruppen könnten vereinfachend als „Vermögensarme“, „Eigenheimbesitzer“, „Vermögende“ und „VermögensmillionärInnen“ charakterisiert werden. Um ideologischen Kontroversen auszuweichen, werden diese Bezeichnungen aber in der folgenden Darstellung vermieden. Bewusst erfolgt auch keine Veröffentlichung des Anteils des obersten 1% der Vermögensverteilung. Einerseits ist die Unsicherheit, die mit dieser Maßzahl verbunden ist, ohne ein Oversampling der reichen Haushalte – wie es etwa in den USA oder in Spanien durch eine Zusammenarbeit mit den Steuerbehörden durchgeführt werden kann – sehr groß. Andererseits besteht auch

im österreichischen HFCS am oberen Rand ein Erfassungsproblem. Obwohl diese Schwierigkeit zwar bei allen Vermögenserhebungen besteht, können deswegen schon kleine Unterschiede bei der Erfassung zu großen Unterschieden derartiger Maßzahlen führen. Der Survey of Consumer Finances (SCF) für die USA, der besonders Vermögenden (finanzielle und organisatorische) Anreize zur Teilnahme bietet, erreicht eine recht gute Erfassung von Vermögenden. Ein Vergleich der beiden US-Surveys SCF und Panel Study of Income Dynamics (PSID) zeigt, dass es bei Erhebungen, denen dies nur in geringerem Ausmaß gelingt, zu groben Unterschätzungen in Bezug auf den Anteil des Top-1% kommen kann. Auch Ländervergleiche im Euroraum für derartige Maßzahlen sollten daher mit Vorsicht beurteilt und im Hinblick auf die Unterschiede in der Erhebung der Daten untersucht werden. Über die Vermögen der besonders Reichen in Österreich gibt es nur wenig Informationen bzw. teilweise anekdotische Evidenz aus Vermögensberichten (Valluga, Boston Global Consulting, McKinsey). Diese würde jedenfalls auf eine weit höhere Vermögenskonzentration als jene hindeuten, die durch den HFCS abgebildet werden kann (siehe Sozialbericht 2009/2010).

Die Anteile der vier Haushaltsgruppen am gesamten Vermögen in Österreich unterscheiden sich beträchtlich voneinander. So verfügt die gesamte untere Hälfte der Haushalte über rund 4% des gesamten Bruttovermögens. Die obere Mitte (30% der Haushalte) hält rund 22% des gesamten Bruttovermögens, die Vermögenden (15% der Haushalte) besitzen rund 29% und die Top-5% halten rund 45% des gesamten Bruttovermögens. Anders ausgedrückt: die kleinste Gruppe (Top-5%) besitzt fast die Hälfte des gesamten Bruttovermögens, während die größte Gruppe (untere Hälfte) nur einen minimalen Anteil am gesamten Bruttovermögen hat.

Verteilung des Bruttovermögens in Österreich



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

13.4.1 FORMEN DES VERMÖGENS

Nicht nur bei der Höhe des Vermögens zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den vier Haushaltsgruppen, sondern auch bei der Vermögenszusammensetzung. Die folgende Tabelle zeigt den Anteil der Haushalte, die eine bestimmte Vermögenskomponente halten, nach den vier definierten Haushaltsgruppen.

Beim Sachvermögen ist es der Hauptwohnsitz, der die Eigentumsverhältnisse prägt. Nur rund 8% der unteren Hälfte sind HauptwohnsitzigentümerInnen. In den anderen Gruppen sind es hingegen rund 86% (obere Mitte) und mehr.

Die Unternehmensbeteiligungen sind eine Domäne der vermögenden Haushalte. Rund ein Viertel der Vermögenden und rund 68% der Top-5% haben Unternehmensbeteiligungen, während nur rund 2% in der unteren Hälfte eine solche Vermögensform ihr Eigen nennen.

Beim Finanzvermögen sind die Partizipationsraten generell hoch. Girokonten sind nahezu über-

all verbreitet. Aber auch Sparkonten (Sparbücher, Bausparverträge) und Lebensversicherungen sind relativ häufig. Bei den Sparkonten handelt es sich jedoch nicht um die typische Sparvariante der unteren Hälfte der Vermögensverteilung, sondern um eine generell weit verbreitete Form des Sparens, die in ihrer Bedeutung entsprechend der Höhe des Nettovermögens der Haushalte noch steigt (siehe Andreasch et al., 2012). Hingegen werden Fonds, Aktien, Anleihen und anderes Finanzvermögen vor allem von den vermögenden Haushaltsgruppen gehalten.

Besicherte Verschuldung findet sich in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung kaum. Schließlich gibt es in dieser Gruppe kaum Haushalte, die einen Hauptwohnsitz besitzen. Die untere Hälfte hat – relativ betrachtet – am häufigsten das Konto überzogen und am ehesten einen unbesicherten Kredit. Während im oberen Bereich der Vermögensverteilung höhere und besicherte Kredite vorherrschen, sind es unten eher niedrigere Konsumkredite.

FAKTEN ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH

Subkomponenten des Nettovermögens nach Haushaltsgruppen, Partizipation in %

		alle Haushalte	„untere Hälfte“ 0-50	„obere Mitte“ 51-80	„Vermögende“ 81-95	„Top-5%“ 96-100
		Partizipation in %				
Sachvermögen	Kraftfahrzeuge	74,9	58,6	89,1	93,7	96,8
	Hauptwohnsitz	47,7	7,5	85,7	92,0	89,9
	Andere Wertgegenstände	23,6	18,4	25,2	34,7	33,3
	Weiteres Immobilienvermögen	13,4	3,1	14,8	33,2	50,1
	Unternehmensbeteiligungen (inkl. Landwirtschaften)	9,4	1,8	4,7	24,4	68,4
Finanzvermögen	Girokonto	99,0	98,5	99,8	98,8	99,4
	Sparkonten	87,1	79,2	94,2	96,0	97,3
	Bausparvertrag	54,7	44,0	60,8	70,7	76,8
	Lebensversicherungen	38,0	26,6	41,3	61,1	62,1
	Geld, das andere dem Haushalt schulden	10,3	11,8	7,3	9,7	16,1
	Fonds	10,0	3,3	11,7	21,9	30,1
	Aktien	5,3	1,6	6,1	13,8	12,3
	Anleihen	3,5	0,5	3,8	9,5	13,3
	Anderes Finanzvermögen	2,3	1,0	1,1	4,7	14,3
	Verschuldung	Besicherte Verschuldung	18,4	1,7	33,1	37,2
Hauptwohnsitz		16,6	1,3	31,0	33,6	33,0
Andere Immobilien		2,4	0,4	2,2	6,9	9,8
Unbesicherte Verschuldung		21,4	27,4	15,0	16,7	12,9
Konto überzogen		13,6	17,1	9,7	11,0	10,4
Unbesicherter Kredit		11,1	16,1	6,4	6,5	2,6
Rückstand auf Kreditkarte		1,5	1,1	1,5	2,5	(x)

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

Anmerkung: Die Präzision der Schätzer ist für die Gruppe der Top-5% und für Komponenten mit sehr geringer Partizipation gering. Die Partizipationsraten sollten lediglich als Trend relativ zu den anderen Gruppen verstanden werden. Anteile, für die es nicht in allen fünf multiple imputierten Samples Beobachtungen gibt, werden nicht angezeigt (x).

13.4.2 HÖHE DES VERMÖGENS DER PRIVATEN HAUSHALTE

Die Vorteile einer Betrachtung der Vermögenshöhe anhand der Bruttovermögensverteilung und nach den definierten Haushaltsgruppen bestehen auch darin, dass – anders als etwa in der Darstellung nach Dezilen – Details zu der großen Gruppe der weniger vermögenden Haushalte sichtbar werden. Eine ähnliche Herangehensweise wurde auch in einer rezenten Studie der FED gewählt, die auf die untere Hälfte der Haushalte fokussiert (Kennickell, 2012).

Die folgende Tabelle verdeutlicht, dass trotz der signifikant positiven Korrelation zwischen Brut-

tovermögen und Verschuldung – die sich insbesondere durch den schuldenfinanzierten Kauf von Wohneigentum ergibt – das Nettovermögen signifikant positiv mit dem Bruttovermögen korreliert. Dass Haushalte, die ein hohes Bruttovermögen halten, auch tendenziell höhere Schulden aufweisen, verschiebt ihre Position in der Nettovermögensverteilung gegenüber jener in der Bruttovermögensverteilung nur beschränkt. Die obere Mitte verfügt im Median über ein Nettovermögen von 179.000 EUR. Dies ist das 16,3-Fache des Medians der unteren Hälfte. Die Vermögenden verfügen schon über das 42,2-Fache und die Top-5% über das 155,3-Fache Nettovermögen der unteren Hälfte. Auch hierbei handelt es sich um besonders robuste Maßzah-

len, da sie die unscharfen Ränder der Verteilung nicht tangieren. Die unteren 25% und die oberen

2,5% der Haushalte werden in die Berechnung nicht einbezogen.

Vermögen und Einkommen der Haushaltsgruppen in EUR

Haushaltsgruppen nach Bruttovermögensperzentilen		„untere Hälfte“	„obere Mitte“	„Vermögende“	„Top-5%“
		0-50	51-80	81-95	96-100
Bruttovermögen	Median	12.271	197.545	489.343	1.741.861
	Mittelwert	21.631	200.889	536.165	2.620.036
Nettovermögen	Median	10.953	178.642	461.693	1.701.137
	Mittelwert	18.486	177.723	497.461	2.571.464
Bruttojahreseinkommen	Median	24.068	37.006	57.274	71.342
	Mittelwert	29.334	45.475	68.461	107.411

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

Es bestätigt sich der Befund, dass von einer relativ gleichen Verteilung der Einkommen keineswegs auf eine relativ gleiche Verteilung der Vermögen geschlossen werden kann. Die entsprechenden Maßzahlen für das Bruttojahreseinkommen liegen nur beim 1,5-Fachen für die obere Mitte, beim 2,4-Fachen für die Vermögenden und beim 3-Fachen für die Top-5% im Vergleich zur unteren Hälfte.

Vermögende sind häufiger und viel höher verschuldet als weniger Vermögende. Die Verschul-

dungsquote eignet sich demnach nicht als Ungleichheitsmaß. Während es sich bei der Verschuldung der Haushalte im unteren Bereich der Vermögensverteilung vorrangig um unbesicherte Konsumkredite handelt, sind es bei den Vermögenden Haushalten vorrangig besicherte Kredite zum Erwerb von Wohneigentum. Die Belastung durch die Verschuldung ist hingegen trotz der niedrigeren absoluten Verschuldungshöhe für Haushalte in der unteren Hälfte höher (siehe dazu Fessler et al., 2012).

Verschuldung der Haushaltsgruppen

		„untere Hälfte“	„obere Mitte“	„Vermögende“	„Top-5%“
		0-50	51-80	81-95	96-100
Anteil der verschuldeten Haushalte in %		28,8	40,0	46,0	45,9
Verschuldung der verschuldeten Haushalte in EUR	Median	3.201	26.927	38.475	39.812
	Mittelwert	10.917	57.784	84.083	106.109

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

13.4.3 SOZIOÖKONOMISCHE CHARAKTERISTIKA DER VIER HAUSHALTSGRUPPEN

Eine Analyse der vier Haushaltsgruppen nach Alter, Bildung oder Berufen ist problematisch, da diese Charakteristika nur Personen, nicht aber Haushalten zugeordnet werden können. In der Literatur ist es üblich, eine sogenannte Referenzperson in einem Haushalt zu identifizieren, die

möglichst gut den gesamten Haushalt repräsentiert. Dabei wird – außer bei Ein-Personen-Haushalten – die Vielfalt der sozioökonomischen Charakteristika in einem Haushalt reduziert. Andere Beschreibungen die auf die Haushaltsebene zielen, wie etwa die Anzahl der Haushaltsmitglieder oder die Wohnsituation, sind leichter analysierbar, zeigen jedoch auch die große Heterogenität innerhalb der Haushaltsgruppen.

FAKTEN ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH

Die folgende Tabelle zeigt Mediane und Mittelwerte der Haushaltsgröße und die Wohnsituation der Haushalte nach den vier Haushaltsgruppen. Tendenziell sind es zwar die größeren Haushalte, die auch mehr Vermögen besitzen, aber die Vermögensunterschiede der Haushaltsgruppen lassen sich daraus nicht erklären. Haushalte mit doppelt oder dreimal so vielen Haushaltsmitgliedern haben nicht ein entsprechend proportional höheres Vermögen. Die MieterInnen

befinden sich größtenteils in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung. Die EigentümerInnen eines Hauptwohnsitzes hingegen gehören vor allem zu den anderen drei Haushaltsgruppen. Selbst unter den Top-5% gibt es noch Personen, die unentgeltlich wohnen. Hierbei dürfte es sich vor allem um Personen handeln, die die Immobilien zu einem späteren Zeitpunkt übertragen bekommen.

Wohnsituation der Haushaltsgruppen

Haushaltsgruppen		„untere Hälfte“ 0-50	„obere Mitte“ 51-80	„Vermögende“ 81-95	„Top-5%“ 96-100
Anzahl der Haushaltsmitglieder	Median	1	2	2	3
	Mittelwert	1,8	2,3	2,7	3,1
Hauptwohnsitz in %	EigentümerIn	7,5	85,7	92,0	89,9
	MieterIn	82,5	12,5	7,0	8,5
	Unentgeltlich	10,0	1,9	1,0	1,6

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

Als Referenzperson für die folgenden Betrachtungen dient die/der „KompetenzträgerIn“, d.h. jene Person im Haushalt, die am besten über die Finanzen im Haushalt Bescheid weiß.

In der oberen Mitte finden sich die ältesten Personen. Die Referenzpersonen der vermögenden Haushalte sind tendenziell jünger und jene der unteren Hälfte am jüngsten. Das Durchschnittsalter liegt aber in den vier Haushaltsgruppen relativ nahe beisammen.

Auch bei den Berufen zeigen sich keine starken Unterschiede, mit Ausnahme der Tatsache, dass besonders viele Selbstständige bei den Vermögenden und den Top-5% zu finden sind. Bei dieser Berufsgruppe erfüllt das Vermögen stärker als bei anderen auch die Funktion der Pensionsvorsorge, was die Vergleichbarkeit anhand der Berufsdimension einschränkt. PensionistInnen

gibt es in allen vier Haushaltsgruppen, aber besonders häufig in der oberen Mitte.

Die Bildung der Referenzperson steigt mit dem Vermögen. Es ist jedoch keine Kategorie, die die Top-5% von den Vermögenden eindeutig abgrenzen würde. In der obersten Haushaltsgruppe finden sich beispielsweise anteilmäßig weniger Personen mit tertiärem Bildungsabschluss als in der Gruppe der Vermögenden.

Die Vermögenspositionen der privaten Haushalte werden bestimmt durch Einkommen, Beruf, Bildung, Alter und Vermögenstransfers von Personen außerhalb des Haushalts. Einkommensstärkere Personen können mehr sparen; besser ausgebildete Personen haben meist höher bezahlte Anstellungen und ältere Personen hatten länger Zeit, Vermögen aufzubauen.

Sozioökonomische Merkmale der Referenzperson nach Haushaltsgruppen

Haushaltsgruppen		„untere Hälfte“	„obere Mitte“	„Vermögende“	„Top-5%“
		0-50	51-80	81-95	96-100
Alter der Referenzperson in Jahren	Median	47	55	51	51
	Mittelwert	48,6	54,4	52,4	51,0
Bildung der Referenzperson Anteile in %	maximal Pflichtschule	22,0	18,1	6,6	10,2
	Lehre, Berufsschule	39,4	40,2	30,8	31,6
	Mittelschule, Matura	28,5	28,1	39,5	37,3
	Universität, Fachhochschule	10,1	13,6	23,1	20,8
Beruf der Referenzperson Anteile in %	Unselbstständig	45,6	45,1	48,4	40,6
	Selbstständig	4,0	5,1	16,0	25,9
	Arbeitslos	7,6	2,5	1,8	1,8
	Ruhestand	34,7	41,6	29,7	24,2
	Anderer	8,1	5,7	4,1	7,6

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

Schlussbemerkungen

Die HFCS-Erhebung in Österreich unterschätzt die Vermögensungleichheit in Österreich. Das Problem einer unzureichenden statistischen Erfassung der besonders Vermögenden besteht fort. Insbesondere zu Stiftungsvermögen, Unternehmensbeteiligungen und bestimmten Komponenten des Finanzvermögens fehlen statistische Informationen, die eine vollständige Erfassung der Vermögensverteilung erst ermöglichen würden.

In diesem Kapitel wurde gezeigt, dass sich die Haushalte in ihrer Selbsteinschätzung hinsichtlich

der relativen Bedeutung ihres Vermögens in der Gesellschaft stark verschätzen. Die Fehleinschätzungen sind nicht zufällig verteilt, sondern deutlich zur Mitte hin verzerrt. Dieser Effekt ist besonders für die Vermögenden ausgeprägt. Dies bedeutet nicht unbedingt, dass sich fast alle der Mitte zugehörig fühlen, sondern kann auch so interpretiert werden, dass fast alle – aus unterschiedlichen Gründen – zur Mitte gezählt werden wollen.

Die selbst wahrgenommene Vermögensungleichheit in Österreich erweist sich damit als deutlich geringer als die erhobene tatsächliche Ungleichheit.

13.5 ANHANG

Vermögensdefinition

Bruttovermögen bezeichnet die Summe von Sach- und Finanzvermögen. Das Nettovermögen umfasst das gesamte Bruttovermögen ab-

züglich der gesamten Verbindlichkeiten eines Haushalts. Für eine detailliertere definitorische Darstellung des Vermögens siehe Fessler et al. (2012).

FAKTEN ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH

Definitionen der einzelnen Komponenten

Sachvermögen	
Hauptwohnsitz	Eine Immobilie, die der Haushalt im Eigentum hält und als Hauptwohnsitz nutzt.
Weitere Immobilien	Alle Arten von Immobilieneigentum, die vom Haushalt nicht als Hauptwohnsitz oder Unternehmensbestandteil genutzt werden, wie zum Beispiel Einfamilienhaus, Eigentumswohnung, Ferienwohnungen, Ferienhaus, Mehrfamilienhaus, Mietshaus, Appartements, Garagen, Bürogebäude, Hotels, sonstige gewerblich genutzte Immobilien (solange sie als Immobilie im Eigentum stehen und nicht als Teil eines in Eigentum befindlichen Unternehmens), Werksgebäude, Lager, landwirtschaftliche Betriebe, landwirtschaftliche Nutzfläche, Grundstücke. Hierzu zählen explizit auch Immobilien, die sich im Ausland befinden.
Unternehmenseigentum	Ein Unternehmen bzw. ein Betrieb, das bzw. der sich im Eigentum des Haushalts befindet und in dem zumindest ein Haushaltsmitglied aktiv tätig ist.
Fahrzeuge	Personenkraftwagen (Pkws) und andere Fahrzeuge wie z.B. Motorräder, Mopeds, Lastkraftwagen, Kleintransporter, Flugzeuge, Boote, Yachten, Wohnmobile.
Wertgegenstände	Gold, Goldmünzen, Antiquitäten, Kunstgegenstände, Schmuck, Sammlungen, sonstige wertvolle Gegenstände.
Finanzvermögen Zusätzlich zu den hier angeführten Komponenten wird im HFCS auf Personenebene auch das Pensionsvermögen aus betrieblicher sowie privater Pensionsvorsorge – insofern dies nicht unter anderen Komponenten schon eingeht – erhoben. Während das (unter diesem Titel zusätzlich genannte) kumulierte private Pensionsvorsorgevermögen aller Personen im Haushalt in das Finanzvermögen des Haushalts eingeht (nicht gesondert ausgewiesen), bleibt das betriebliche Pensionsvermögen ausgeschlossen.	
Girokonten (Gehaltskonten)	Guthaben auf den Bankkonten aller Haushaltsmitglieder, die eine jederzeitige Verfügungsmöglichkeit durch Einzahlung, Barabhebung, Überweisung oder Scheck aufweisen.
Spareinlagen	Guthaben auf allen Sparkonten (inklusive Bausparverträgen und Lebensversicherungen) aller Haushaltsmitglieder
Bausparverträge	Guthaben auf Bausparverträgen aller Haushaltsmitglieder
Lebensversicherung	Guthaben auf allen Lebensversicherungen wie klassische Lebensversicherung und fondsgebundene Lebensversicherung.
Investmentfonds	Guthaben eines Haushalts, das in (Investment-)Fonds gehalten wird. Diese Fonds sind ein „Korb“ vieler, zum Teil recht unterschiedlicher Wertpapiere. Ein Fondsanteil gibt der/dem EigentümerIn einen Anteil an diesem Korb und seinen Erträgen. In manchen Fällen werden durch den Fonds nur einzelne Projekte finanziert, wie z.B. Immobilien, Schiffe oder Filme. Gängige Typen von Fonds sind z.B. Aktienfonds, Rentenfonds, Geldmarktfonds, Dachfonds, Hedgefonds, „Exchange Traded Funds“ (ETF) und andere Fonds.
Festverzinsliche Wertpapiere	Guthaben eines Haushalts gehalten in Anleihen, wie Bundesanleihen, Bundesschatzbriefe, Finanzierungsschätze, Kommunalobligationen, Pfandscheine von Bund, Ländern und Gemeinden, Unternehmensanleihen oder Bankobligationen.
Börsennotierte Aktien	Guthaben eines Haushalts in an der Börse gehandelten Wertpapieren, das die/den AktionärIn (die/den EigentümerIn des Papiers) als TeilhaberIn an einer Aktiengesellschaft ausweist. Sie garantiert damit in der Regel einen Anspruch auf einen Teil des Ertrages des Unternehmens.
Schulden gegenüber dem Haushalt	Alle finanziellen Vermögensbestände, die einem Haushaltsmitglied geschuldet werden.
Sonstiges	Sonstiges finanzielles Vermögen inklusive stiller Beteiligungen (das heißt Unternehmensbeteiligungen bei denen kein Haushaltsmitglied eine Rolle in der Geschäftsführung innehat), treuhänderisch verwaltete Konten etc.
Schulden Der Zweck der Kreditaufnahme wird gesondert für alle Kredite ermittelt. Unter anderem werden von Selbstständigen auch Kredite zur „Finanzierung von Unternehmen oder einer beruflichen Tätigkeit“ aufgenommen. Diese finden sich zu einem geringen Prozentsatz in fast allen Verschuldungsarten, besonders häufig jedoch sind sie mit weiteren Immobilien besichert oder unbesichert.	
Hypothekarkredite	
Mit Hauptwohnsitz besichert	Alle Verpflichtungen eines Haushalts, die mit der Immobilie des Hauptwohnsitzes hypothekarisch besichert sind.

Fortsetzung Folgeseite

Mit weiteren Immobilien besichert	Alle Verpflichtungen eines Haushalts, die mit den Immobilien im Eigentum des Haushalts, die nicht als Hauptwohnsitz genutzt werden, hypothekarisch besichert sind.
Unbesicherte Kredite	
Überziehungskredite	Alle Verpflichtungen auf den Giro-/ Gehaltskonten (siehe oben) eines Haushalts.
Kreditkartenkredite	Ausstehende Verpflichtung, die über die monatliche Abrechnung hinausgeht.
Sonstige unbesicherte Kredite	Alle nicht besicherten Verpflichtungen für Konsum. Inkludiert sind auch noch nicht bezahlte Rechnungen, die mehr als 30 Tage überfällig sind, und Darlehen von Verwandten, Freunden, Arbeitgebern usw. (alle sonstigen privat eingegangen finanziellen Verbindlichkeiten).

13.6 LITERATUR

ALBACETE, N., Lindner, P., Wagner, K., Zottel, S. (2012). Household Finance and Consumption Survey, 2010: Methodische Grundlagen. In: Adendum zu Geldpolitik und Wirtschaft Q3/2012.

ANDREASCH, M., Fessler, P. und M. Schürz (2012). Spareinlagen in Österreich – Sicherheitssanker in Krisenzeiten. In: Geldpolitik und Wirtschaft Q2/2012. 86–99.

EUROSYSTEM HFCN 2009. Survey data on household finance and consumption. Research summary and policy use. ECB Occasional paper series. No 100. Jänner.

COWELL, F., und M. Victoria-Feser (1996). Robustness properties of inequality measures. In: *Econometrica: Journal of the Econometric Society*. 77-101

FESSLER, P. und M. Schürz (2009). Informationen zum kleinen Häuselbauer. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 36. Jahrgang, Heft 2 (2010). 181–198.

FESSLER, P., P. Mooslechner und M. Schürz (2012). Household Finance and Consumption Survey in Österreich 2010: Erste Ergebnisse. In: *Geldpolitik und Wirtschaft* Q3/2012.

FREDRIKSEN B.K. (2012). Less income inequality and more growth – are they compatible? Part 6. The distribution of wealth. OECD Economics Department. WP 920.

HUBER, P. (2004). *Robust statistics*. Wiley.

KENNICKELL, A. (2012). The Other, Other Half: Changes in the Finances of the Least Wealthy 50 Percent, 2007-2009. Finance and Economics Discussion Series. Divisions of Research & Statistics and Monetary Affairs. Federal Reserve Board, Washington, D.C.

SCHÜRZ, M. (2012). Kriterien zur Beurteilung von Vermögensverteilungen. In: *Arbeiterkammer Verteilungspolitik* (Hrsg.). 57–63.

14. ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Matthias Till
 Erika Baldaszi
 Franz Eiffe
 Thomas Glaser
 Richard Heuberger
 Elisabeth Kafka
 Nadja Lamei
 Magdalena Skina-Tabue

Statistik Austria

Inhalt

14.1	Der europäische Indikator zur Armut- und Ausgrenzungsgefährdung: Ergebnisse für Österreich	268
14.1.1	Definition der Armut- und Ausgrenzungsgefährdung	268
14.1.2	Armut- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich und der EU	269
14.2	Subgruppen der Armut- oder Ausgrenzungsgefährdeten	272
14.2.1	Armutgefährdung	272
14.2.2	Erhebliche materielle Deprivation	273
14.2.3	Personen in Haushalten mit keiner/sehr niedriger Erwerbsintensität	274
14.3	Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung	275
14.3.1	Indikatoren zu Erwerbsleben, Bildung, Gesundheit	277
14.3.2	Indikatoren zu Lebensstandard und Wohnraum	282
14.4	Nationale Indikatoren – Armut- und Ausgrenzungsgefährdung	287
14.5	Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armut- oder Ausgrenzungsrisiko	289
14.6	Glossar	294
14.7	Literatur	295

14. ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Gemäß der gemeinsamen Wachstumsstrategie „Europa 2020“ der europäischen Regierungen sollen innerhalb von zehn Jahren europaweit mindestens 20 Millionen der insgesamt 120 Millionen betroffenen Menschen aus sozialen Gefährdungslagen befreit werden, die im EU-Indikator „von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdete Personen“ abgebildet werden.¹ In

Ergänzung zu diesem Indikator werden in Österreich seit 2008 zusätzliche nationale Indikatoren für fünf Lebensbereiche veröffentlicht (siehe Abschnitt 14.3).² Dieser Beitrag setzt die nationale Armuts- und Sozialberichterstattung auf Basis von EU-SILC³ 2010 und der nationalen Indikatoren zum Monitoring sozialer Eingliederung für den Zeitraum 2008 bis 2010 fort.

14.1 DER EUROPÄISCHE INDIKATOR ZUR ARMUTS- UND AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG: ERGEBNISSE FÜR ÖSTERREICH

Im Juni 2010 haben sich die europäischen Regierungen auf eine neue Wachstumsstrategie („smart, sustainable and inclusive growth“) bis zum Jahr 2020 geeinigt. Die Wachstumsstrategie orientiert sich an den Lebensbedingungen der Menschen in der Europäischen Union. Mit der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung als ausdrücklichem sozialen Schwerpunkt der Strategie wird ein konkretes und quantifizierbares Ziel genannt.

14.1.1 DEFINITION DER ARMUTS- UND AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG

Die Zielgruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten umfasst all jene Personen, deren Haushalt ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle des jeweiligen Mitgliedstaats hat oder zumindest vier Merkmale für materielle Deprivation aufweist, sowie Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität.

Als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht gelten daher Personen, auf die zumindest eines der folgenden Merkmale zutrifft:

1. Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das geringer ist als 60% des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens (= Armutsgefährdete).
2. Personen, deren Haushalt vier oder mehr der folgenden neun auf EU-Ebene festgelegten Merkmale für erhebliche materielle Deprivation⁴ aufweist:
 - (i) es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten;
 - (ii) es ist finanziell nicht möglich, unerwartete Ausgaben zu tätigen;
 - (iii) es ist finanziell nicht möglich, einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren;
 - (iv) es ist finanziell nicht möglich, die Wohnung angemessen warm zu halten;
 - (v) es ist finanziell nicht möglich, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen;
 - (vi) ein PKW ist finanziell nicht leistbar;
 - (vii) eine Waschmaschine ist finanziell nicht leistbar;
 - (viii) ein Farbfernsehgerät ist finanziell nicht leistbar;
 - (ix) ein Telefon oder Mobiltelefon ist finanziell nicht leistbar.

1 Die Zielgruppe besteht aus 1.) den armutsgefährdeten Personen, 2.) den erheblich materiell deprivierten Personen und 3.) den Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität.

2 Die Auswahl der Indikatoren fand unter breiter Beteiligung von Fachleuten aus Sozialpartnerorganisationen sowie der Armutskonferenz, von Forschungseinrichtungen, Ministerien und der Bundesländer statt.

3 European Union Statistics on Income and Living Conditions

4 Bei der EU-Definition erheblicher materieller Deprivation werden andere Merkmale berücksichtigt als für die nationale Berichterstattung in Österreich (finanzielle Deprivation).

3. Personen, die jünger sind als 60 Jahre und in einem Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbstätigkeit leben. Dazu zählen jene Haushalte, in denen Personen im Erwerbsalter (hier: 18- bis 59-jährige Personen, ausgenommen Studierende) in geringem Ausmaß, das heißt weniger als 20% ihres Erwerbspotentials, erwerbstätig sind.

Mit der gemeinschaftlich akkordierten Definition dieses Zieles waren die Mitgliedstaaten aufgerufen, nationale Ziele zu formulieren. Während manche Staaten vorrangig Maßnahmen setzen, um die Zahl der Armutsgefährdeten zu verringern, werden in anderen eher Beschäftigungsziele anvisiert. Nationale Ziele können auch in Bezug auf andere Gefährdungslagen formuliert werden. Voraussetzung dafür ist aber, dass der Beitrag in Bezug auf die angestrebte Reduktion der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung quantifiziert werden kann.

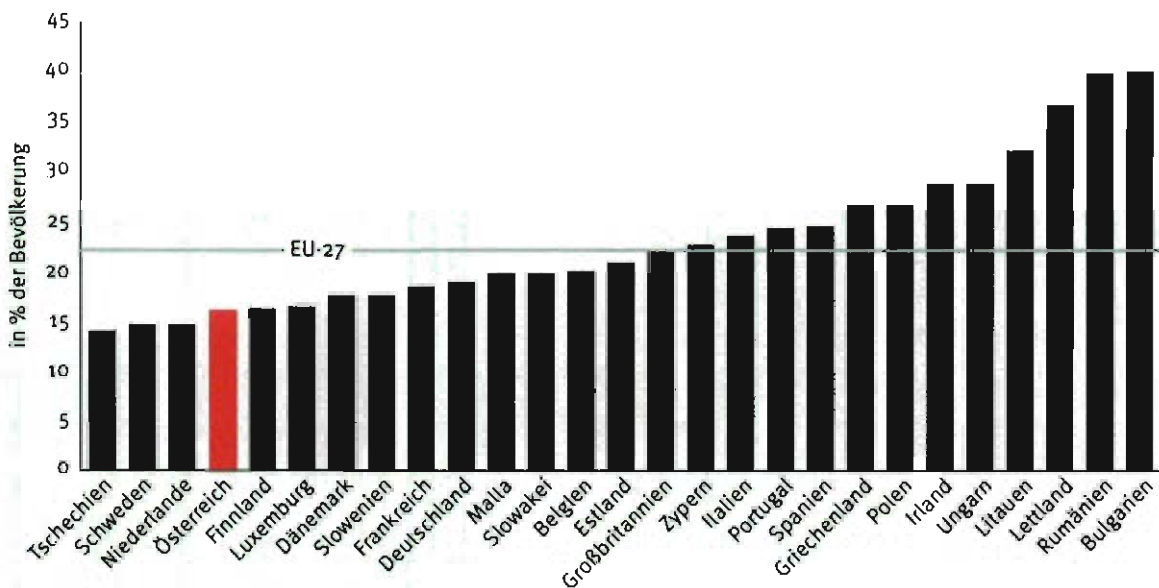
14.1.2 ARMUTS- UND AUSGRENZUNGS-GEFÄHRDUNG IN ÖSTERREICH UND DER EU

In Österreich beträgt die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten etwa 1,4 Millionen

Personen (EU-SILC 2010). Das entspricht 17% der Gesamtbevölkerung. Die Bundesregierung plant – wie im Nationalen Reformprogramm 2011 formuliert – innerhalb von zehn Jahren 235.000 Menschen aus diesen sozialen Gefährdungslagen zu bringen und somit eine Reduktion der derzeit Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten um 17% zu erreichen. Der Fokus der nationalen Ziele liegt auf einer Beschäftigungssteigerung und der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, insbesondere von erwerbsfähigen, arbeitsmarktfernen Personen sowie auf der Verbesserung der Qualität der Jobs. Besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, finanzielle Anreize für eine Beschäftigungsannahme und einen Verbleib in Beschäftigung in adäquater Form zu setzen (vgl. Bundeskanzleramt 2011, S. 27).

Im EU-Vergleich liegt Österreich an vierter Stelle jener Länder mit der geringsten Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung und deutlich unter dem EU-27-Durchschnitt von 23%. Niedrigere Quoten weisen Tschechien (14%), Schweden und die Niederlande (jeweils 15%) auf. Die höchsten Anteile an armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen haben Bulgarien (42%), Rumänien (41%) und Lettland (38%).

Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in den EU-27 Staaten 2010



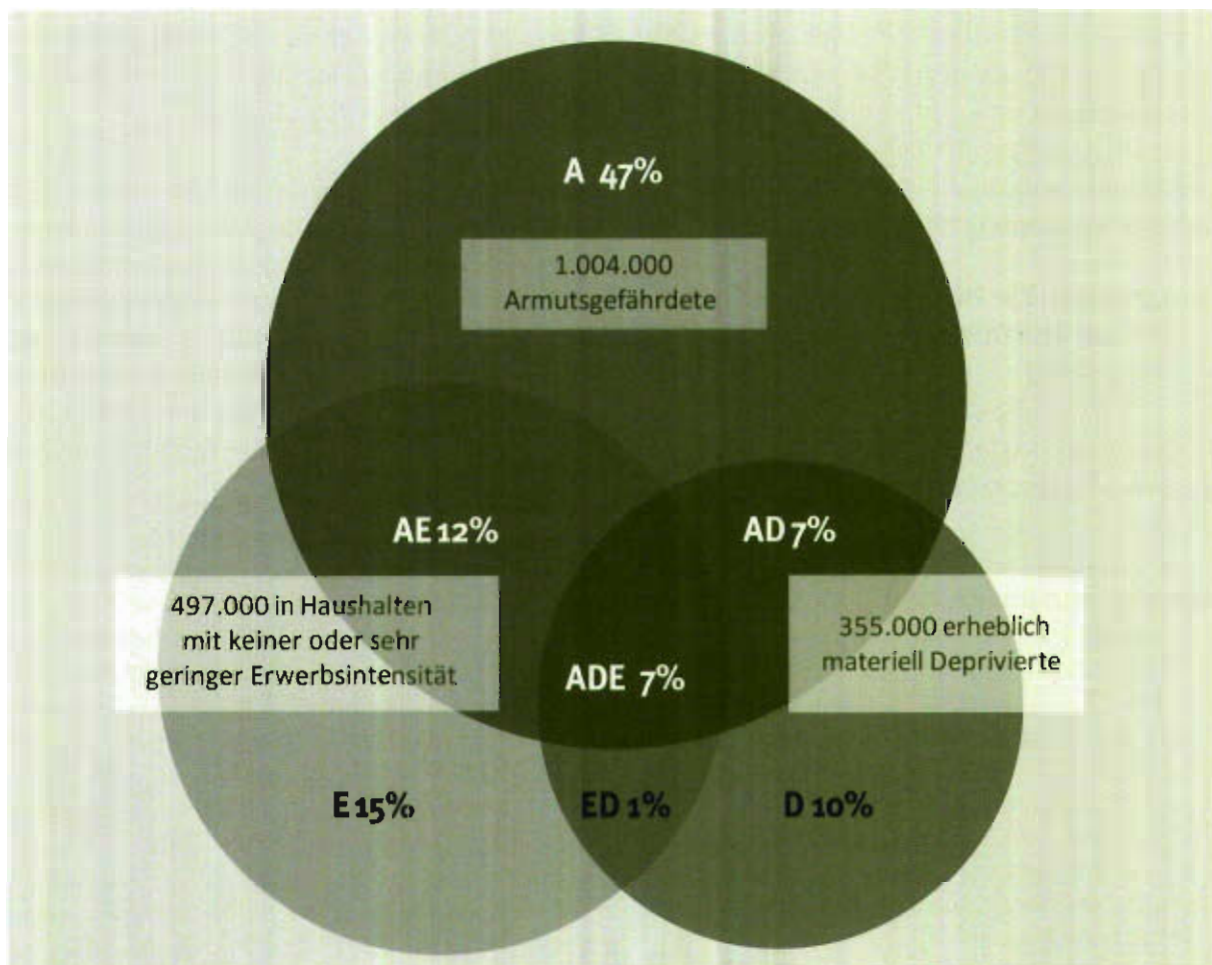
Quelle: Eurostat 2010, EU-SILC 2010

ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Die Gruppe der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen ergibt sich aus unterschiedlichen Kombinationen der drei genannten Gefährdungslagen (Einkommen unter der nationalen Armutsgefährdungsschwelle, Deprivation und keine/sehr niedrige Erwerbsintensität im Haushalt). Da Problemlagen teilweise überlappend auftreten, können insgesamt sieben mögliche Teilgruppen unterschieden werden, die in der folgenden Abbildung schematisch darge-

stellt sind. Nahezu drei Viertel der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten sind (nur) von einer der drei Gefährdungslagen betroffen (Gruppen A, D, E). Auf etwa 7% der Zielgruppe treffen alle drei Merkmale zu (Gruppe ADE: 99.000 Personen). Am häufigsten treten Armutsgefährdung und Erwerbslosigkeit gemeinsam auf (Gruppe AE): 12% der Zielgruppe sind von diesen beiden Problemen betroffen (166.000 Personen).

Die Europa 2020-Zielgruppe armuts- oder ausgrenzungsgefährdeter Personen in Österreich



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010

Definition der Teilgruppen und Größe der betroffenen Personengruppe; Schwankungsbreiten sind jeweils in Klammer angeführt:

A = Armutsgefährdung (ohne Deprivation und nicht in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität);

2010: 641.000 Personen (+/- 76.000 Personen)

AD = Armutsgefährdung UND Deprivation (nicht in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität);

2010: 97.000 Personen (+/- 25.000 Personen)

AE = Armutsgefährdung UND in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität (ohne Deprivation);

2010: 166.000 (+/- 36.000 Personen unter 60 Jahren)

ADE = Armutsgefährdung UND Deprivation UND in einem Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität;

2010: 99.000 (+/- 30.000 Personen unter 60 Jahren)

In Österreich war die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten von 2008 bis 2010 trotz Wirtschafts- und Finanzkrise rückläufig. Mit hochgerechnet 1,373 Millionen Armuts- oder

Ausgrenzungsgefährdeten (statistische Schwankungsbreite: plus/minus 106.000 Personen) im Jahr 2010 hat sich diese Zahl bereits gegenüber dem Ausgangsjahr 2008 um 159.000 verringert.

Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung in Österreich, EU-Indikatoren 2008-2010

	2008		2009		2010	
	In %	in 1.000	In %	in 1.000	In %	in 1.000
Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung ¹⁾	18,6	1.532	17,0	1.406	16,6	1.373
Armutsgefährdung ²⁾	12,4	1.018	12,0	993	12,1	1.004
Haushalte mit keiner/sehr niedriger Erwerbsintensität ³⁾	7,8	503	7,2	461	7,8	497
Erhebliche materielle Deprivation ⁴⁾	6,4	524	4,8	395	4,3	356

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

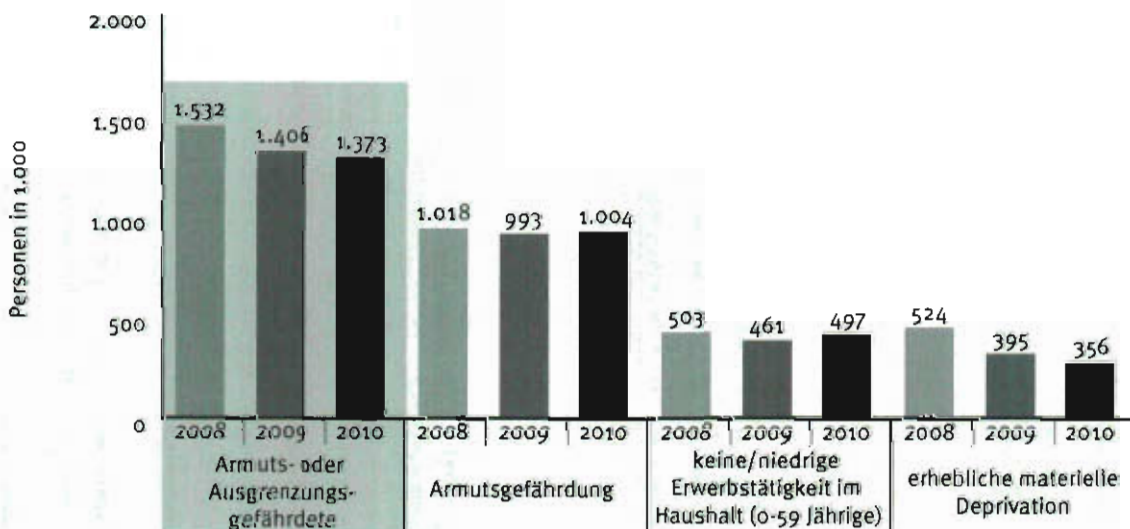
Anteile in % der Gesamtbevölkerung/der 0-59-Jährigen in Haushalten mit niedriger Erwerbsintensität

- 1) Armutsgef., erhebl. mat. Deprivation oder 0- bis 59-Jährige in (nahezu) erwerbslosen Haushalten
- 2) Haushaltseinkommen unter 60% des äquivalisierten Medianeinkommens
- 3) 0- bis 59-Jährige, deren 18- bis 59-jährige Haushaltsangehörige max. 20% des Jahres erwerbstätig sind.
497.000 Betroffene im Jahr 2010 entsprechen 6% der Gesamtbevölkerung
- 4) nach EU-Definition mindestens vier aus einer Liste von neun Merkmalen für Deprivation

Weder bei der Zahl der Armutsgefährdeten noch bei der Zahl der (nahezu) erwerbslosen Personen im Erwerbsalter gab es nachhaltige Veränderungen. Der Rückgang bei der Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten in diesem Zeitraum ist auf einen Rückgang bei den erheblich materiell deprivierten Personen von 524.000 auf 356.000 Betroffene zurückzuführen. Im Jahr 2008 – also

noch vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise – hatte die Deprivation ihren bisherigen Höchststand erreicht. Gründe dafür können in der in diesem Jahr außerordentlich starken Teuerung sowie der starken Verschuldung gesehen werden. Die Inflationsrate erreichte 2008 3,2% und betrug im Folgejahr nur mehr 0,5%, 2010 lag sie wieder etwas höher bei 1,8%.

Europa 2020-Zielgruppe und Teilgruppen in Österreich, 2008-2010



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

14.2 SUBGRUPPEN DER ARMUTS- ODER AUSGRENZUNGSGEFÄHRDETEN

14.2.1 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Die Armutsgefährdungsquote ist seit dem Europäischen Rat von Laeken im Jahr 2001 die zentrale Kenngröße zur Messung niedrigen Lebensstandards. Im Rahmen der Europa 2020-Strategie stellt sie einen der drei zentralen Indikatoren zur Definition der Zielgruppe armuts- oder ausgrenzungsgefährdeter Personen dar.

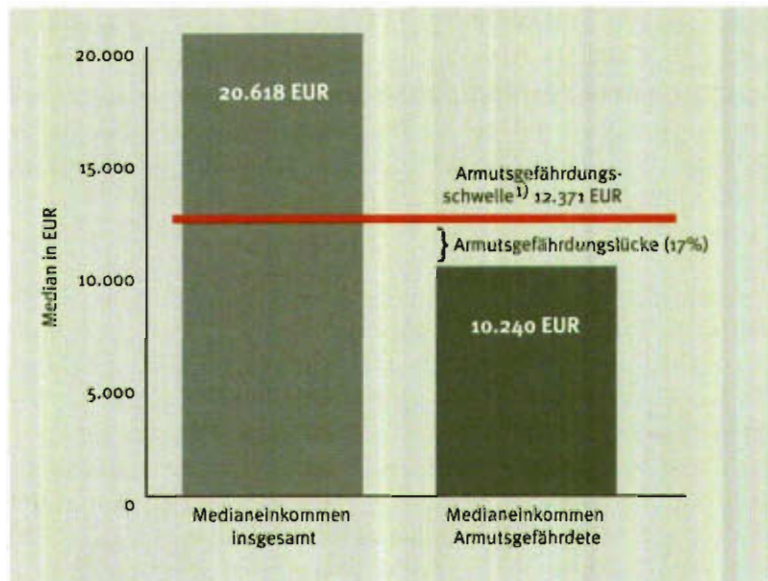
Die (nominelle) Armutsgefährdungsschwelle laut EU-SILC 2010 lag bei ein einem Jahreseinkommen von 12.371 EUR für einen Einpersonenhaushalt, das sind pro Monat 1.031 EUR (Jahreszwölftel; 884 EUR Jahresvierzehntel). Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt erhöht sich die Schwelle um 516 EUR pro Monat (Jahreszwölftel; 442 EUR Jahresvierzehntel), für jedes Kind um 309 EUR (Jahreszwölftel; 265 EUR Jahresvierzehntel).⁵

Nach den zuletzt verfügbaren Daten lag die Armutsgefährdungsquote 2010 in Österreich bei

12,1% der Gesamtbevölkerung. Unter Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbreite waren zwischen 912.000 und 1.096.000 Personen in österreichischen Privathaushalten von Armutsgefährdung betroffen.⁶

In Ergänzung zur Armutsgefährdungsquote kommt die Intensität der Betroffenheit von Armutsgefährdung durch den Wert der Armutsgefährdungslücke zum Ausdruck. Sie zeigt die Entfernung des armutsgefährdeten Hauhalts-einkommens zum Schwellenwert. Das (nominelle) Medianeinkommen der Armutsgefährdeten lag 2010 bei 10.240 EUR pro Jahr (im Falle eines Einpersonenhaushalts) und somit um 17% unter der Gefährdungsschwelle. Ein armutsgefährdeter Einpersonenhaushalt hätte somit im Mittel zusätzlich mindestens 2.131 EUR bzw. monatlich 177 EUR (Jahreszwölftel) benötigt, um die Armutsgefährdungsschwelle zu überwinden.

Armutsgefährdungslücke der äquivalisierten Medianeinkommen 2010 für Österreich



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

1) Jahreswert für 2010
(Jahreszwölftel 1.031 EUR,
Jahresvierzehntel 884 EUR)

⁵ Diese Beträge wurden gemäß der EU-Methode nicht wertberichtigt. Unter Berücksichtigung der Teuerung (Verbraucherpreisindex – VPI) bis Juni 2012 wären diese Werte um 2,4% anzupassen.

⁶ Anstaltshaushalte wie Alten- oder Pflegeheime und in anderen institutionellen Haushalten untergebrachte Personen (z.B. AsylwerberInnen) sowie Wohnungslose sind nicht Teil der Stichprobe von EU-SILC. Bestimmte Bevölkerungsgruppen, die einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind, wie MigrantInnen, Sozialhilfebeziehende oder Kranke sind in der Erhebung aus Gründen erschwerter Erreichbarkeit (Sprachbarrieren, Personen sind nicht befragbar oder nicht auffindbar, Scham etc.) unterrepräsentiert, was jedoch zum Teil Ausgleich in der Hochrechnung findet.

Trotz der internationalen Wirtschaftskrise hat sich das Ausmaß der Armutsgefährdung von 2008 bis 2010 nicht verändert. Die Quote liegt konstant bei ca. 12%. Im Gegensatz zur Mehrheit der EU-Staaten ist in Österreich trotz der

Wirtschafts- und Finanzkrise der Armutsgefährdungsschwellenwert real gestiegen, was in der Lohnentwicklung, der Steuerreform und einem Ausbau der Familienleistungen 2009 begründet sein kann.

Armutsgefährdungsschwelle und Armutsgefährdungslücke 2008-2010

	2008	2009	2010
Armutsgefährdungsschwelle, in EUR ¹⁾	11.406	11.931	12.371
Armutsgefährdungslücke, in % ²⁾	15,3	17,2	17,2

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

1) 60% des äquivalisierten Medianeinkommens; Jahreswert für Einpersonenhaushalte

2) das Medianeinkommen der Armutsgefährdeten liegt um ..% unter der Gefährdungsschwelle

14.2.2 ERHEBLICHE MATERIELLE DEPRIVATION

Mangelndes Einkommen gilt als eine wichtige Ursache für Armut, jedoch bleiben bei der Definition der Armutsgefährdungsschwelle die spezifischen Lebenshaltungskosten der Haushalte unberücksichtigt. Akute Armutslagen können aber auch dann auftreten, wenn die monatlichen Ausgaben eines Haushalts zum Beispiel für Wohnen, Heizung, Medikamente oder Kreditrückzahlungen zu hoch sind. Zudem spielt die Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen (etwa Gesundheitsdienste, Bildungsangebote, Kinderbetreuung) eine wichtige Rolle. Ein europaweiter Vergleich auf ausschließlicher Basis des monetären Einkommens kann dann irreführend sein – insbesondere auch im zeitlichen Verlauf –, wenn die Versorgung mit öffentlichen Gütern von Sparmaßnahmen betroffen ist, wie dies in vielen EU-Ländern derzeit zu beob-

achten ist. Die Erfassung von Einkommensungleichheit über die monetäre Armutsgefährdung wird daher durch den Indikator der „erheblichen materiellen Deprivation“ ergänzt, der die Finanzierbarkeit des täglichen Bedarfs misst und (insofern) Teilhabechancen innerhalb der Gesellschaft illustriert.

Im Jahr 2010 lebten in Österreich 4,3% der Gesamtbevölkerung (355.000 Personen) in Haushalten mit erheblicher materieller Deprivation. Diese ist nach EU-Definition durch das gleichzeitige Vorhandensein von mindestens vier Merkmalen materieller Deprivation charakterisiert. Von den jeweiligen einzelnen Deprivationsmerkmalen sind deutlich mehr Personen betroffen. So gibt etwa ein Viertel der Bevölkerung in der SILC-Befragung an, sich unerwartete Ausgaben nicht leisten zu können, 22% können es sich nicht leisten, zumindest eine Woche jährlich auf Urlaub zu fahren.

ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Die Benachteiligung ist umso größer, je mehr Probleme gleichzeitig auftreten. Anhand dieses Indikators können mehrfache Belastungen abgebildet werden. Beispielsweise können sich 63% der Personen mit erheblicher materieller Deprivation (222.000 Personen) kein Auto leisten und 38% können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten. In der Gesamtbevölkerung hätten hinge-

gen 94% kein Problem, sich ein Auto zu leisten, wenn sie eines benötigen bzw. haben 96% kein Problem, die Wohnung warm halten zu können. Der EU-Indikator enthält jedoch auch Merkmale, die für die österreichische Bevölkerung wenig Relevanz haben und bei denen geringe Betroffenheit in Österreich besteht (Leistbarkeit von Farbfernseher, Waschmaschine oder Mobiltelefon).

Verteilung der Merkmale für erhebliche materielle Deprivation nach EU-Definition in Österreich 2010

	Gesamtbevölkerung		Erheblich materiell deprivierte Haushalte	
	In 1.000	In %	In 1.000	In %
Insgesamt	8.283	100	355	100
Probleme bei unerwarteten Ausgaben	2.073	25	354	100
nicht auf Urlaub fahren können	1.858	22	347	98
nicht regelmäßig Fleisch essen können ¹⁾	724	9	265	74
Zahlungsrückstände ²⁾	596	7	244	69
sich kein Auto leisten können	487	6	222	63
Wohnung nicht warm halten können	313	4	135	38
sich keinen Fernseher leisten können	35	0	18	5
sich keine Waschmaschine leisten können	30	0	(19)	(5)
sich kein Telefon/Handy leisten können	(7)	(0)	(6)	(2)

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

Zahlen in Klammern sind unsichere Schätzungen: Die Zahl der Beobachtungen liegt unter 50 Beobachtungen oder die statistische Schwankungsbreite übersteigt 32% des Schätzwerts.

1) Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen

2) Zahlungsrückstände bei Miete, Gas, Strom oder Kreditkarten

Lesehilfe: 25% der Gesamtbevölkerung leben in Haushalten, die es sich nicht leisten können, unerwartete Ausgaben zu begleichen. Unter erheblich materiell deprivierten Haushalten sind 100% von dieser Einschränkung betroffen.

14.2.3 PERSONEN IN HAUSHALTEN MIT KEINER/SEHR NIEDRIGER ERWERBSINTENSITÄT

Der dritte Aspekt der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung beleuchtet die Integration der Haushalte in den Arbeitsmarkt. Fehlende Erwerbseinkommen einzelner Haushaltsmitglieder können durch Einkünfte anderer Haushaltsmitglieder ausgeglichen werden und haben nicht notwendigerweise unmittelbare Auswirkungen auf den Lebensstandard. Ist jedoch der gesamte Haushalt dem Arbeitsmarkt fern, das heißt, wird das Erwerbspotential der Personen im Erwerbsalter (hier: 18 bis 59 Jahre) nur zu ma-

ximal 20% ausgeschöpft, gelten alle Personen von 0 bis 59 Jahren in diesem Haushalt als ausgrenzungsgefährdet.

Nach den zuletzt verfügbaren Ergebnissen leben in Österreich 8% der unter 60-Jährigen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität (6% der Gesamtbevölkerung). Wie bei der Armutsgefährdung ist zu beachten, dass die Erwerbssituation des jeweiligen Vorjahres berücksichtigt wird und Arbeitsmarkteffekte daher mit zeitlicher Verzögerung wirksam werden und zudem die Konsequenzen materieller Deprivation durch eine gemeinsame Haushaltsführung abgeschwächt werden können.

Bis zum Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 gab es einen Rückgang der Zahl der (nahezu) erwerbslosen Haushalte, 2010 stieg der Wert wieder an. Da das für EU-SILC 2009 maßgebliche Jahr

2008 von einer Rekordbeschäftigung gekennzeichnet war, ist diese Entwicklung durchaus plausibel. Allerdings liegen die Veränderungen innerhalb der statistischen Schwankungsbreite.

14.3 NATIONALE INDIKATOREN FÜR SOZIALE EINGLIEDERUNG

Aus nationaler Sicht sind die europäischen Indikatoren und Ziele zur sozialen Eingliederung ein Kompromiss. Für die konkrete Umsetzung von Maßnahmen bedarf es Indikatoren, die den spezifischen nationalen Gegebenheiten Rechnung tragen. Dies zeigen die Erfahrungen aus Frankreich, Irland, den Niederlanden oder Belgien (vgl. Walker 2009). In Österreich wurden nationale Indikatoren unter Beteiligung von ExpertInnen aus Sozialpartnerorganisationen, der Armutskonferenz, Forschungseinrichtungen, Ministerien und der Bundesländer festgelegt und von der Statistik Austria regelmäßig veröffentlicht (vgl. BMASK 2009). Diese Indikatoren wurden von der Statistik Austria und dem BMASK im Jahr 2012 in Zusammenarbeit mit der nationalen Armutsplattform aktualisiert bzw. zum Teil neu entwickelt. Aktuell liegen 20 Indikatoren zu folgenden fünf Bereichen vor: Haushaltseinkommen und Lebensstandard, Wohnraum, Erwerbsleben, Bildungschancen und Gesundheit. Die Lebensumstände, auf die sich die europäischen und nationalen Indikatoren Österreichs beziehen, hängen eng zusammen. Eine Verbesserung der durch die nationalen Indikatoren erfassten Lebensumstände bedeutet daher auch, dass sich die Situation der Europa 2020-Zielgruppe entscheidend verbessert. Es sind auch ursächliche Wirkungszusammenhänge anzunehmen: So ist plausibel, dass eine Verringerung der Zahl arbeitsmarktfremder Personen die Zahl der Armutgefährdeten reduziert oder eine Senkung der Wohnkostenbelastung zu geringerer Depri-

vation führt. Allerdings gehen die nationalen Indikatoren – gerade im Bereich der Wohnraumversorgung – deutlich über die europäischen Indikatoren hinaus und ermöglichen eine gezielte inhaltliche Schwerpunktsetzung.

Die Entwicklung des europäischen Leitindikators zur Armut- und Ausgrenzungsgefährdung seit 2008 ist für Österreich besonders im Licht der international angespannten wirtschaftlichen Lage durchaus positiv zu beurteilen. Auch die nationalen Indikatoren zeigen bisher keine gravierenden, durch die Wirtschaftskrise unmittelbar ausgelösten, negativen Tendenzen. Im Gegenteil zeigt beispielsweise die Entwicklung des Medianeinkommens besonders für Familien oder der Wohnungsbelag von Mehrpersonenhaushalten zum Teil erhebliche Verbesserungen.

Die nationalen Indikatoren zeichnen ein wesentlich differenzierteres Bild der sozialen Teilhabe und decken wachsende Polarisierungen auf. So verloren in den letzten Jahren jene Gruppen zusätzlich an Boden, die bereits von Benachteiligungen betroffen waren. Dies zeigt sich vor allem in einem seit 2005 kontinuierlich verlaufenden Anstieg von manifester Armut und verfestigter Deprivation. Da diese Entwicklung bereits in den Jahren vor der Wirtschaftskrise eingesetzt hat, muss von einem längerfristigen sozialen Prozess ausgegangen werden, dem beispielsweise durch kurzfristige Transferleistungen kaum nachhaltig entgegengewirkt werden kann.

ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Nationale Eingliederungsindikatoren, Stand 2012

Nationale Indikatoren ¹⁾ Berichtsjahr 2010	Absolut (gerundet)	in %	Verbesserung/ Verschlechterung von 2008 bis 2010
HAUSHALTSEINKOMMEN UND LEBENSSTANDARD			
1. MANIFESTE ARMUT (in 1.000 / % der Bevölkerung)	511	6,2	0
2. PREISBEREINIGTES STANDARDISIERTES MEDIANEINKOMMEN (in EUR (Preise 2007) / Steigerung zum Vorjahr)	19.889	3,2	0
3. EINKOMMENSLÜCKE (in Mio. EUR / % vom BIP)	2.004	0,7	--
4. VERFESTIGTE DEPRIVATION (in 1.000 / % der Bevölkerung)	855	10,6	--
5. MASSIVE ZAHLUNGSPROBLEME (in 1.000 / % der Bevölkerung)	150	1,8	0
WOHNRAUM			
6. ÜBERBELAG IN MEHRPERSONENHAUSHALTEN (in 1.000 / % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	453	5,5	++
7. SEHR HOHER WOHNUNGS-AUFWAND (in 1.000 / % der Bevölkerung)	1.460	17,6	0
8. PREKÄRE WOHNQUALITÄT (in 1.000 / % der Bevölkerung)	273	3,3	+
9. BELASTUNG DURCH WOHN-UMGEBUNG (in 1.000 / % der Bevölkerung)	842	10,2	-
10. REGISTRIERTE WOHNUNGSLOSIGKEIT (in 1.000 / % der Bevölkerung)	12	0,2	-
ERWERBSLEBEN			
11. ARBEITSMARKTFERNENQUOTE (in 1.000 / % der 18- bis 59-jährigen; ohne Pension / nicht in Ausbildung)	654	14,8	0
12. HAUSHALTSEINKOMMEN AUS ERWERBSARBEIT UNTER ARMUTSGE- FÄHRDUNGSSCHWELLE (in 1.000 / % der Personen in Erwerbshaushalten)	1.126	18,2	0
13. LÖHNE UNTER ZWEI DRITTEL DES BRUTTOMEDIANLOHNES (in 1.000 / % der Erwerbstätigen)	417	13,7	+
14. ERWERBSHINDERNISSE DURCH BETREUUNGSPFLICHTEN (in 1.000 / % der 18-59-jährigen; ohne Pension / nicht in Ausbildung)	82	1,9	--
15. LANGZEITBESCHÄFTIGUNGSLOSE (in 1.000)	74	-	--
BILDUNGSCHANCEN			
16. BILDUNGS-AKTIVITÄT (in 1.000 / in % der Bevölkerung ab 15 Jahren)	2.520	36,3	+
17. BESUCH VORSCHULISCHER BILDUNGSEINRICHTUNGEN (in 1.000 / in % der 0- bis 4-jährigen)	179	45,7	+
18. BILDUNGSFERNE JUGENDLICHE (in 1.000 / in % des Schuljahrgangs)	7	7,2	0
GESUNDHEIT			
19. MEHRFACHE GESUNDHEITLICHE EINSCHRÄNKUNG (in 1.000 / in % der Bevölkerung ab 16 Jahren)	630	9,1	+
20. SOZIALE LEBENSERWARTUNGS-DIFFERENZEN ²⁾ (Unterschied in der ferneren Lebenserwartung zum Alter 35 zwischen höchstem und niedrigstem Bildungsstand)	4,2 Jahre	-	

Quelle: Statistik Austria

1) Definition der Indikatoren im Glossar

2) Referenzjahr 2006

Ausmaß der Veränderung von 2008 bis 2010: ++ Verbesserung > 10%; + Verbesserung von 6 bis 10%; 0 -5 bis +5%; - Verschlechterung um 6 bis 10%; -- Verschlechterung > 10%

14.3.1 INDIKATOREN ZU ERWERBSLEBEN, BILDUNG, GESUNDHEIT

Schlüsselressourcen für die aktive soziale Teilhabe sind Erwerbsarbeit, Bildung und Gesundheit. Kritisch war in den Jahren von 2008 bis 2010 dabei vor allem die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Unter den hier ausgewählten Indikatoren ist besonders eine sehr starke Zunahme bei der Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen zu bemerken. Auch der Anteil der Personen mit Erwerbshindernissen aufgrund von Betreuungsverpflichtungen hat sich etwas erhöht und die Zahl der arbeitsmarktfernen Personen hat sich von 2008 bis 2010 kaum mehr verringert. Daraus ergab sich schließlich auch keine substantielle Verbesserung bei der Absicherung durch das Erwerbseinkommen der privaten Haushalte hinsichtlich der Armutsgefährdungsschwelle. Deutlich zurückgegangen ist allerdings der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Stundenlohn unter einer Schwelle von zwei Drittel des Bruttomedianlohnes.

Durchwegs positiv war in den Jahren von 2008 bis 2010 die Entwicklung der hier ausgewählten Bildungsindikatoren. Der Anteil der bildungsaktiven Bevölkerung hat sich deutlich erhöht, ebenso die Besuchsquoten bei vorschulischen Betreuungseinrichtungen. Der Anteil der bildungsfernen Jugendlichen in den Jahrgängen am Ende der Schulpflicht hat sich zumindest leicht verringert.

Die Entwicklung im Bereich Gesundheit ist vor allem aus längerfristiger Perspektive zu beurteilen. Hier ist zuerst auf die Tatsache zu verweisen, dass bei Personen, die keinen weiterführenden Schulabschluss erlangen, die Lebenserwartung um mehr als vier Jahre gegenüber jenen Personen verkürzt ist, die in diesem Alter einen Hochschulabschluss vorweisen können. Aus kurzfristiger Perspektive ist eine leichte Verbesserung hinsichtlich der Zahl der Personen mit mehrfacher gesundheitlicher Einschränkung zu bemerken, wobei starke soziale Differenzierungen weiterhin bestehen.

Auch wenn die hier ausgewählten Gesundheits- und Bildungsindikatoren insgesamt tendenziell eher auf eine Verbesserung hinweisen, bleibt unklar, ob diese Entwicklung den wachsenden Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt ausreichend gerecht werden kann.

Erwerbsleben

Die Entwicklung des Arbeitsmarkts verlief im Berichtszeitraum 2008 bis 2010 zum Teil kritisch. Besonders problematisch sind dabei die langfristigen Folgen der Beschäftigungslosigkeit, sowohl für die finanzielle Absicherung als auch für die Chance auf Wiedereinstieg in das Berufsleben.

Nationale Indikatoren zum Bereich „Erwerbsleben“ 2008-2010

	2008		2009		2010	
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Arbeitsmarktfernenquote ¹⁾	15,5	675	13,7	597	14,8	654
Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle ²⁾	17,7	1.086	17,1	1.056	18,2	1.126
Löhne unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns ³⁾	15,2	462	14,9	446	13,7	417
Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten ⁴⁾	1,8	78	2,0	86	1,9	82
Vorgemerkte Langzeitbeschäftigungslose ⁵⁾	-	54	-	58	-	74

(Quelle: Statistik Austria, EU-SILC, Arbeitskräfteerhebung; AMS Datawarehouse)

Definitionen: siehe Glossar

1) 18-59-jährige; ohne Pension / nicht in Ausbildung

2) Personen in Erwerbshaushalten

3) Unselbstständige, ohne Lehrlinge

4) 18-59-jährige; ohne Pension / nicht in Ausbildung

5) Personen mit AMS-Vormerkung

Die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen hat seit 2008 um 37% zugenommen und betraf im Jahr 2010 74.000 Personen. Gleichzeitig ist die Zahl der Personen mit Erwerbshindernissen aufgrund von Betreuungspflichten leicht gestiegen und umfasste im Jahr 2010 78.000 Frauen und 4.000 Männer. Für die Mehrheit der Personen im Erwerbsalter hat sich die Erwerbssituation insgesamt jedoch leicht verbessert. So hat sich beispielsweise die Quote der Arbeitsmarktfernen von 2008 bis 2010 um 3% auf nunmehr 654.000 Personen verringert. Zugleich hat sich die Zahl der Personen mit Löhnen unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns um 10% verringert. Im Jahr

2010 erhielten 417.000 Personen zwischen 18 und 59 Jahren einen Stundenlohn von weniger als 7,99 EUR.

Bildung

Drei nationale Indikatoren nehmen unterschiedliche Aspekte der Bildungsteilnahme in den Blick: das Ausmaß der schulischen, beruflichen oder freizeitbezogenen Bildungsaktivität, der Anteil der bildungsfernen Jugendlichen und der Besuch vorschulischer Betreuungseinrichtungen. Bei allen Indikatoren gab es im Vergleich zum Jahr 2008 Verbesserungen.

Nationale Indikatoren zum Bereich „Bildung“ 2008-2010

	2008		2009		2010	
	In %	In 1.000	In %	In 1.000	In %	In 1.000
Bildungsaktivität ¹⁾	34,2	2.347	35,3	2.438	36,3	2.520
Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen ²⁾	42,0	167	44,4	175	45,7	179
Bildungsferne Jugendliche ³⁾	7,4	7.251	7,6	7.410	7,2	6.926

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC, Kindertagesheimstatistik, Schulstatistik

Definitionen: siehe Glossar

1) Bevölkerung ab 16 Jahren

2) Kinder bis vier Jahre

3) Jugendliche, die im vorangegangenen Jahr ihre Schulpflicht beendet haben.

Der Indikator „Bildungsaktivität“ fokussiert auf den Zeitraum eines gesamten Jahres (Vorjahr der Befragung) und umfasst neben formaler auch berufliche und freizeitbezogene Bildungsaktivitäten. Seit 2008 hat die Bildungsaktivität der Bevölkerung ab 16 Jahren zugenommen. Im Jahr 2010 nahmen 2,5 Millionen Personen dieser Altersgruppe an Bildungsaktivitäten teil, das sind 36% der Bevölkerung ab 16 Jahren.

Nahezu alle Altersgruppen wiesen eine steigende Bildungsaktivität im Beobachtungszeitraum auf. Lediglich die Gruppe im Alter von 64 Jahren und darüber stagnierte bei unter 7%. Über dem

Durchschnitt lag das Wachstum der Bildungsaktivität bei den 45- bis 64-Jährigen (2008: 27%, 2010: 31%).

Die verstärkte Bildungsaktivität steht in engem Zusammenhang mit den Aktivitäten für berufsbezogene Ausbildung. Im Laufe des Jahres 2010 waren laut EU-SILC 2010 21% der Bevölkerung ab 16 Jahren in solche Aktivitäten einbezogen (auch AMS Kurse). Zugenommen hat aber auch die Teilnahme an Freizeitkursen (2010: 865.000 Personen). Die Beteiligung an formalen Bildungsaktivitäten hat sich seit 2008 hingegen nicht verändert (2010: 12,5% bzw. 861.000 Personen).

Soziale Differenzierung des Indikators „Bildungsaktivität“ 2008-2010

	Bildungsaktive Personen in % ¹⁾		
	2008	2009	2010
Insgesamt	34,2	35,3	36,3
Geschlecht			
Männer (ab 18 Jahren)	33,0	34,1	35,2
Frauen (ab 18 Jahren)	31,1	32,1	34,1
Alter			
Unter 18 Jahren	94,6	95,8	97,6
18-24 Jahre	66,3	67,4	69,8
25-44 Jahre	40,7	41,6	43,4
45-64 Jahre	27,0	29,0	31,4
Über 64 Jahre	6,7	6,7	6,5
Höchste abgeschlossene formale Bildung			
Pflichtschule	24,7	25,2	23,5
Lehre/ Mittlere Schule	26,1	27,0	28,3
Matura	52,3	56,3	58,8
Hochschule	63,6	64,3	65,8

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

1) nur Personen ab 16 Jahren

Die Bildungsaktivität dient nicht nur dem Aufbau arbeitsmarktrelevanter Qualifikation, sondern erhöht auch die Wahrscheinlichkeit, später Aus- und Weiterbildungen zu besuchen. Tatsächlich ist der Anteil der Bildungsaktiven bei Personen, die bereits über einen Hochschulabschluss verfügen (65,8%), beinahe dreimal so hoch wie bei Personen ohne weiterführenden Schulabschluss (23,5%).

Im Umkehrschluss ist davon auszugehen, dass eine vorzeitige Beendigung der Bildungslaufbahn später ein nur mit großem Aufwand behebbares Hindernis darstellt. Die nationalen Indikatoren berücksichtigen deshalb auch die Gruppe von Jugendlichen eines Jahrganges, die im Jahr nach Beendigung der Schulpflicht bzw. in ihrem

15. Lebensjahr keine weiterführende Ausbildung absolviert. Dabei handelt es sich um eine verhältnismäßig kleine Gruppe. Von den 96.125 Jugendlichen, die im Schuljahr 2008/09 im letzten Jahr der Schulpflicht waren, besuchten 6.926 im folgenden Schuljahr (2009/10) keine weitere Ausbildung mehr. Das entspricht 7,2% des gesamten Jahrganges. Diese Gruppe der Bildungsfernen umfasst auch 1.500 Jugendliche, die noch keinen Pflichtschulabschluss erreicht haben. Die Aussichten auf Aufnahme einer Beschäftigung oder Fortsetzung des Ausbildungsweges sind für diese Gruppe besonders problematisch. Der Jahrgangsanteil der bildungsfernen Jugendlichen verdoppelt sich gegenüber dem Durchschnitt, wenn die Umgangssprache nicht Deutsch ist.

Jugendliche im Alter von 14 Jahren ohne weitere Ausbildung nach Abschluss der Schulpflicht 2008/2009

	Gesamt	Geschlecht		Umgangssprache	
		männlich	weiblich	Deutsch	nicht Deutsch
Insgesamt (absolut)	96.125	49.335	46.790	80.100	16.025
Ohne weitere Ausbildung im Schuljahr 2009/2010 (in %)	7,2	7,8	6,6	5,9	13,8
... davon Abschluss der Sekundarstufe I erreicht (in %)	5,6	5,9	5,4	4,9	9,5
... davon Abschluss der Sekundarstufe I nicht erreicht (in %)	1,6	1,9	1,2	1,0	4,3

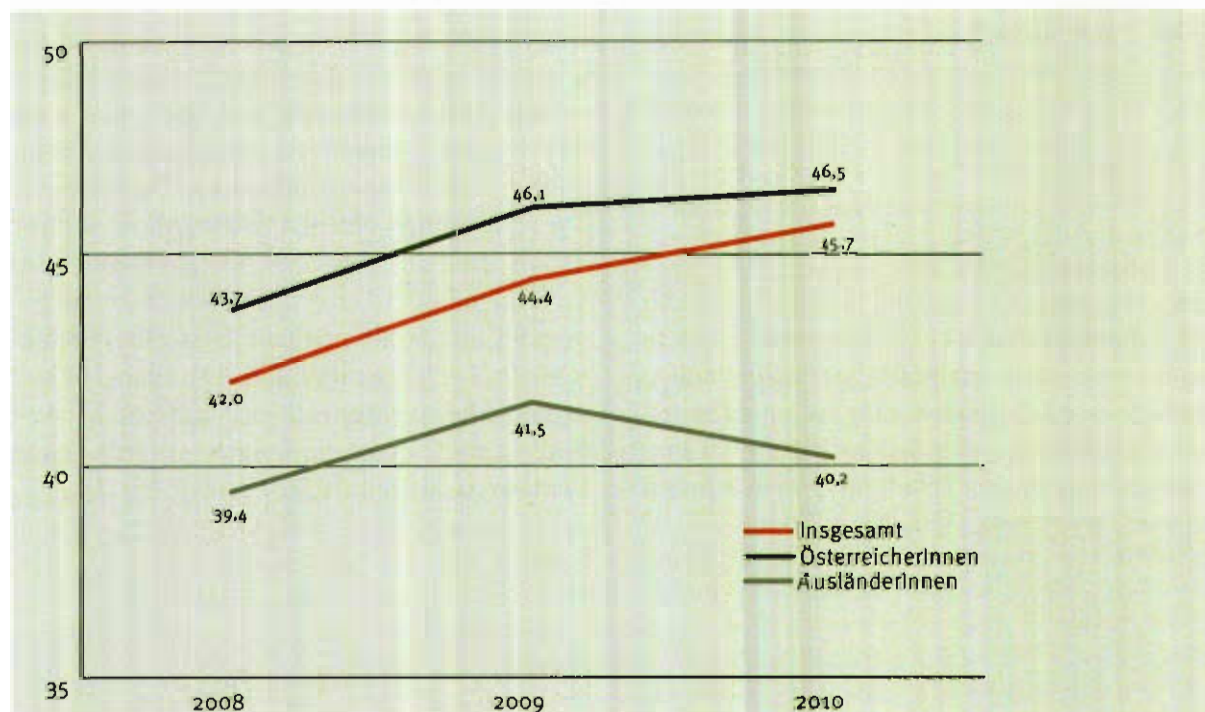
Quelle: Statistik Austria, Schulstatistik

Lesehilfe: Von den Jugendlichen mit nicht-deutscher Umgangssprache, die 2008/2009 im letzten Jahr ihrer Schulpflicht waren, besuchten 9,5% 2009/2010 keine weitere Ausbildung, haben aber einen Abschluss der Sekundarstufe I erreicht.

Spätere Bildungschancen können bereits im Vorschulalter entscheidend geprägt werden. Insbesondere gilt dies für Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache. Andererseits sind geeignete Kinderbetreuungsmöglichkeiten eine wichtige Voraussetzung für die Erwerbsbeteiligung bzw. den Wiedereinstieg von Eltern. Das verpflichtende Vorschuljahr gilt erst für die 5-jährigen, dennoch war in den letzten Jahren auch ein kontinuierlicher Anstieg der Betreuungsquote bei den 0- bis

4-jährigen zu verzeichnen. Im Jahr 2010 wurden bereits 46% dieser Altersgruppe in einem Kindergarten oder einer ähnlichen Einrichtung betreut. Die Betreuungsquoten sind unabhängig von der Staatsbürgerschaft zuletzt um über sechs Prozentpunkte gestiegen, sind jedoch bei Kindern mit österreichischer Staatsbürgerschaft höher als bei Kindern mit ausländischer Staatsbürgerschaft.

Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen nach Staatsbürgerschaft 2008-2010



Quelle: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik

Gesundheit

Mehrfache gesundheitliche Einschränkungen können laut EU-SILC durch eine chronische Krankheit, einen sehr schlechten allgemeinen Gesundheitszustand oder Einschränkungen bei alltäglichen Tätigkeiten bestehen. Wer davon betroffen ist, hat nicht nur erschwerte Erwerbsmöglichkeiten, sondern sieht sich häufig erhöhten Lebenshaltungskosten für medizinische Versorgung oder Pflege gegenüber. In den Jahren von 2008 bis 2010 ist die Quote für mehrfache gesundheitliche Einschränkungen von 10% auf 9% der Bevölkerung ab 16 Jahren (630.000 Be-

troffene) zurückgegangen. Dieser Anteil nimmt mit dem Alter deutlich zu und erreicht bei den Personen ab 65 Jahren bereits über 20%. Diese Quote ist etwa siebenmal so hoch wie jene der 25- bis 44-Jährigen, von denen lediglich knapp 3% betroffen sind. Gesundheitliche Einschränkungen weisen aber auch einen starken Zusammenhang mit dem Bildungsstand auf. Der Anteil der mehrfachen gesundheitlichen Einschränkungen ist beispielsweise für Personen, die über keinen weiterführenden Bildungsabschluss nach Abschluss der Pflichtschule verfügen, viermal so hoch wie für Personen mit Matura.

Soziale Differenzierung des Indikators „Mehrfache gesundheitliche Einschränkung“ 2010

	Mehrfach gesundheitlich eingeschränkte Personen ¹⁾ in %
Insgesamt	9,1
Alter	
18-24 Jahre	(1,1)
25-44 Jahre	2,9
45-64 Jahre	10,3
über 64 Jahre	22,3
Höchste abgeschlossene formale Bildung	
Pflichtschule	16,3
Lehre/ Mittlere Schule	8,6
Matura	4,0
Hochschule	(2,1)

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

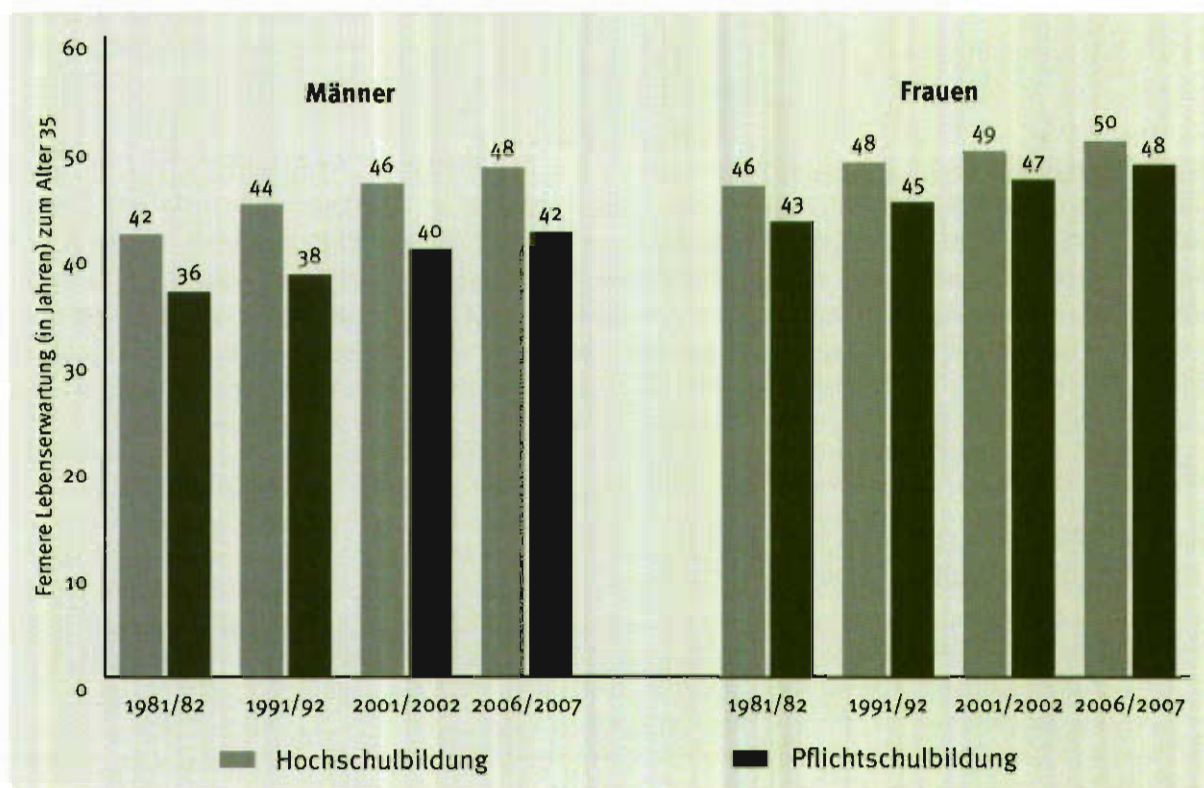
Zahlen in Klammern sind unsichere Schätzungen: Die Zahl der Beobachtungen liegt unter 50 Beobachtungen oder die statistische Schwankungsbreite übersteigt 32% des Schätzwerts.

1) Anteil an der Bevölkerung ab 16 Jahren

Die sozialen Gesundheitsfaktoren spiegeln sich auch langfristig in gravierenden Unterschieden der ferneren Lebenserwartung wider. Diese ist zwar langfristig für alle Bildungsschichten kontinuierlich gestiegen, Personen ohne weiterführenden Schulabschluss leben aber nach wie vor um vier Jahre kürzer als Personen mit Hochschulabschluss (vgl. Klotz 2007). Die bildungsabhän-

gige Differenz der ferneren Lebenserwartung im Alter von 35 Jahren betrug bei Männern im Jahr 2006 sechs, bei Frauen zwei Jahre. Die Lebenserwartungsdifferenz verringerte sich von 1991 bis 2006, und zwar bei den Frauen in stärkerem Ausmaß als bei den Männern, wo sie annähernd gleich blieb.

Fernere Lebenserwartung nach höchstem Bildungsabschluss



Quelle: Statistik Austria, Verknüpfung von Daten der Volkszählungen mit Daten der Todesursachenstatistik

14.3.2 INDIKATOREN ZU LEBENSSTANDARD UND WOHNRAUM

Im Bereich des Lebensstandards gab es auffällige Verschlechterungen bei den Indikatoren zu manifester Armut und verfestigter Deprivation. Auch die Einkommenslücke hat zugenommen. Dies deutet auf eine Verschiebung von Problemlagen und eine stärkere Polarisierung innerhalb der Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten hin. Gleichzeitig blieb die Zahl der Personen mit massiven Zahlungsproblemen unverändert und selbst in Krisenzeiten gab es reale Kaufkraftzuwächse.

Auch bei den fünf nationalen Indikatoren zum Wohnen gab es bei zwei Indikatoren Anzeichen für Verschlechterungen. Vor allem die Zahl der registrierten Wohnungslosen sowie subjektiv

empfundene Belastungen durch Kriminalität, Lärm oder Umweltbelastungen in der Wohnumgebung zeigen steigende Tendenzen. Gleichzeitig gab es eine deutlich spürbare Entlastung hinsichtlich des Wohnungsüberbelags in Mehrpersonenhaushalten sowie Verbesserungen bei der Ausstattungsqualität des Wohnraumes. Diese Qualitätsverbesserungen gehen mit einem moderaten Anstieg bei der Zahl von Personen mit sehr hohem Wohnungsaufwand einher.

Lebensstandard

Die insgesamt positive Entwicklung der Einkommen zeigt, dass die monetären Sicherungsmechanismen in Österreich auch in Krisenzeiten gut funktioniert haben. Gleichzeitig weisen einige Indikatoren darauf hin, dass die Situation der benachteiligten Bevölkerungsgruppen längerfristig schwieriger geworden ist.

Nationale Indikatoren zum Bereich „Lebensstandard“ 2008-2010

	2008		2009		2010	
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Manifeste Armut ¹⁾	6,0	492	5,9	488	6,2	511
Standardisiertes Haushaltseinkommen ²⁾	2,5	19.010	1,4	19.272	3,2	19.889
Einkommenslücke ³⁾	0,6	1.752	0,7	2.048	0,7	2.004
Verfestigte Deprivation ⁴⁾	9,0	713	11,9	957	10,6	855
Massive Zahlungsprobleme ⁵⁾	2,1	171	1,7	143	1,8	150

Quelle: Statistik Austria(EU-SILC); KSV1870 (Kleinkreditevidenz)

Definitionen: siehe Glossar

- 1) Definition von finanzieller Deprivation nach nationaler Definition, siehe Glossar
- 2) preisbereinigte Steigerungsrate/Standardisiertes Haushaltseinkommen in EUR (Preise 2007)
- 3) % des BIP/Mio. EUR
- 4) nationale Definition, siehe Glossar
- 5) Zahlen aus dem Jahr 2008 sind nicht vergleichbar (Löschfristen des KSV wurden verkürzt).

In den Jahren von 2008 bis 2010 stieg das preisbereinigte standardisierte Medianeinkommen der Privathaushalte trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise um durchschnittlich 2,4%. Dieser Wert entspricht der Kaufkraftsteigerung gegenüber dem durchschnittlichen Verbraucherpreisindex. Die in EU-SILC 2010 erfassten Einkommen beziehen sich auf das Jahr 2009, also jenes Jahr, in dem die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise die österreichische Realwirtschaft erfassten. Der Anstieg im Vergleich zu 2008 zeigt, dass die Auswirkungen der Krise einerseits durch relativ hohe Lohnabschlüsse im Herbst 2008, andererseits durch die Steuerreform sowie durch Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete (wie Kurzarbeit, Bildungskarenz, Altersteilzeit und die Einrichtungen von Jugendstiftungen) abgefedert werden konnten.

Dennoch waren die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für bestimmte Bevölkerungsgruppen stärker spürbar: Vor allem Jugendliche und die vorwiegend männlichen Beschäftigten in exportorientierten Bereichen der Sachgütererzeugung waren primär von der Krise betroffen. Im weiteren Verlauf zählten auch Frauen im Dienstleistungsbereich dazu (vgl. Mahringer 2009). Bei der Entwicklung der Haushaltseinkommen kann die Haushaltssituation eine verstärkende oder kompensierende Rolle spielen: So zählen Männer zwischen 20 und 39 Jahren, Männer

über 65 Jahre und Personen mit maximal Pflichtschulabschluss zu jenen Gruppen, deren Medianeinkommen im Jahresvergleich lediglich eine geringfügige Steigerung erfahren hat (BMASK 2011, 160). Alleinlebende Männer erlitten im Jahr 2010 sogar Kaufkraftverluste gegenüber dem Jahr 2009.

Kaufkraftzuwächse gab es vor allem bei Familien. Zwischen 2008 und 2010 stieg beispielsweise das standardisierte Einkommen von Haushalten mit mindestens drei Kindern um durchschnittlich 2,9% pro Jahr. Hingegen konnten die standardisierten Einkommen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten im Zeitraum seit 2008 kaum an Kaufkraft zulegen. Dabei ist der Warenkorb der unteren Einkommen stärker von Ausgaben für Wohnen und Lebensmittel dominiert als der für den Verbraucherpreisindex maßgebliche durchschnittliche Warenkorb. Die Preisentwicklung dieser Güter lag meist über dem Durchschnitt, sodass tendenziell von realen Kaufkraftverlusten für die Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten auszugehen ist. Der Zuwachs für die nicht von Armut oder sozialer Ausgrenzung Betroffenen liegt mit durchschnittlich 2,3% ebenfalls knapp unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Tatsächlich erklärt sich der Kaufkraftgewinn der Gesamtbevölkerung durch eine Verringerung der Zahl von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten.

Soziale Differenzierung der preisbereinigten standardisierten Haushaltseinkommen

	Preisbereinigtes stand. Haushaltseinkommen durchschnittliche Steigerung von 2008 bis 2010 in %
Insgesamt	2,4
Nicht-Armuts-/Ausgrenzungsgefährdete	2,3
Armuts-/Ausgrenzungsgefährdete	1,7
Höchste abgeschlossene formale Bildung	
Pflichtschule	1,6
Lehre/Mittlere Schule	1,9
Matura	2,9
Hochschule	2,9
Alter	
Unter 18 Jahren	2,4
18-24 Jahre	2,2
25-44 Jahre	2,4
45-64 Jahre	2,2
Über 64 Jahre	1,6
Haushalt	
Alleinlebende Männer	0,3
Alleinlebende Frauen	1,7
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	2,1
Ein-Eltern-Haushalt	4,0
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	2,8
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	2,1
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	2,9
Staatsbürgerschaft/ Geburtsland	
Geburtsland und Staatsbürgerschaft Österreich	2,3
Geburtsland oder Staatsbürgerschaft EU-27/EFTA	3,2
Geburtsland oder Staatsbürgerschaft Drittstaaten	0,6
Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen¹⁾	1,3

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

1) ab 16 Jahren

Die Preisbereinigung erfolgte mittels Verbraucherpreisindex 2005.

Die größte Teilgruppe unter den Ausgrenzungsgefährdeten sind Personen mit Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle; ihre Zahl blieb seit 2008 nahezu unverändert. Jedoch hat sich die kumulierte Einkommenslücke von 2008 bis 2010 um 14% erhöht und erreichte im Jahr 2010 einen Gesamtbetrag von zwei Milliarden EUR bzw. 0,74% des Bruttoinlandsprodukts.

Obwohl die Einkommensentwicklung für die Gesamtbevölkerung eher günstig war, gab es bereits in den Jahren vor der Wirtschaftskrise Anzeichen für

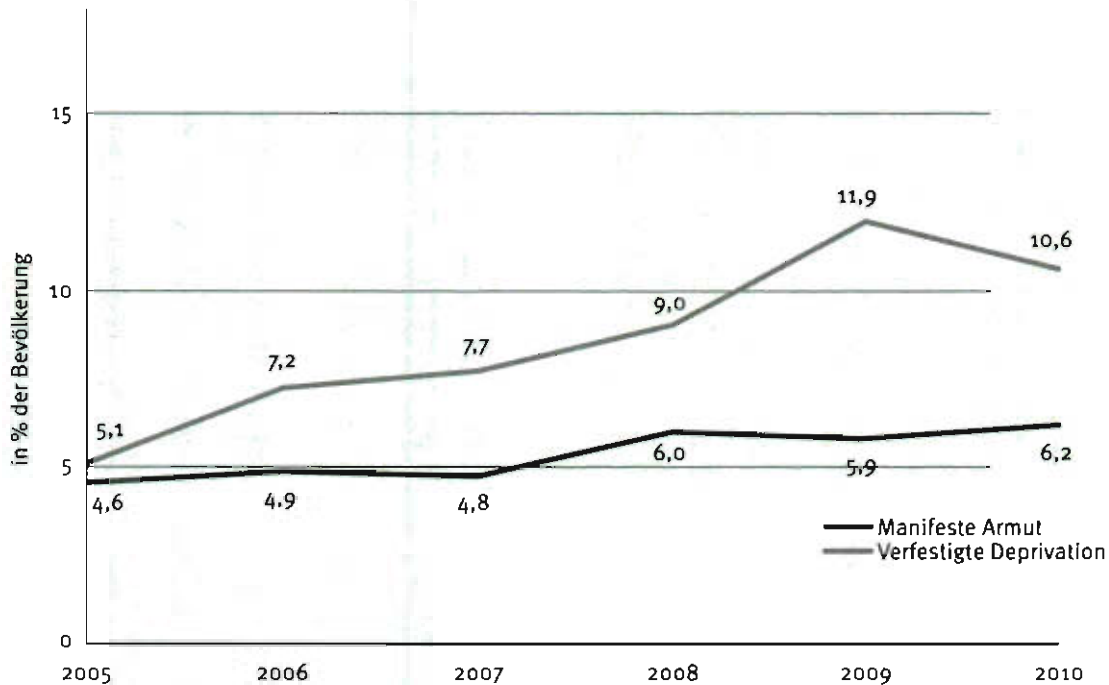
eine Verschärfung der Problemlagen von benachteiligten Personen. Besonders sichtbar wird dies am langfristigen Anstieg von manifester Armut. Manifest arm sind Personen, die sowohl monetär armutsgefährdet als auch (nach einer eigenen nationalen Definition) finanziell depriviert sind. Derzeit sind bereits eine halbe Million Menschen betroffen (6,2% der Bevölkerung), das sind um 140.000 Personen mehr als noch im Jahr 2005.

Noch deutlicher ist die Zunahme langfristig verfestigter Armutslagen. Seit 2005 hat sich die

Zahl der Menschen, die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren (nach nationaler Definition) finanziell depriviert waren, mehr als verdoppelt.

Im Jahr 2010 waren somit bereits 855.000 Menschen von dieser Form der verfestigten Deprivation betroffen.

Nationale Indikatoren „Manifeste Armut“ und „Verfestigte Deprivation“ 2005-2010



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

Während sich also die Einkommenssituation insgesamt verbessert hat und auch die monetäre Armutsgefährdung kaum Veränderungen zeigt, vergrößert sich der Kreis an Personen mit schweren finanziellen Einschränkungen in der täglichen Lebensführung. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass Problemlagen nicht allein von der Einkommenssituation abhängig sind. Erhöhter Bedarf – etwa durch die allgemeine Teuerung oder Gesundheitskosten – kann eine wichtige Rolle spielen. Andererseits ist davon auszugehen, dass besonders Schuldenprobleme zu Problemlagen beitragen, wenn das Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Beinahe die Hälfte der Bevölkerung in Österreich lebt in einem Haushalt mit Kreditverbindlichkeiten. Bei Problemen mit Rückzahlungen von Kreditraten ist der Handlungsspielraum deutlich eingeschränkt. Die Folgen von Rückständen bei Zahlungen können schwerwiegend sein: An-

fallende Mahnspesen, Gerichtskosten, Zinsen oder Wohnungsverlust bei Mietrückständen verschärfen die prekäre finanzielle Situation der Betroffenen. Laut Kleinkreditevidenz des Kreditschutzverbandes hatten im Jahr 2010 1,8% der Gesamtbevölkerung schwerwiegende Probleme bei der Zahlung von Kreditraten (150.000 Personen). Für die betroffenen Personen wurden beim Kreditschutzverband insgesamt 437.000 Zahlungsstörungen gemeldet. Die Zahl der Betroffenen hat sich von 2009 bis 2010 geringfügig erhöht (+8.000 Personen).

Wohnraum

Eine deutliche Verbesserung im Bereich der Wohnsituation im Berichtszeitraum 2008 bis 2010 zeigte der Indikator „Überbelag in Mehrpersonenhaushalten“: Der Anteil der Betroffenen hat sich um nahezu ein Viertel auf 453.000 Personen (5,5%) verringert. Diese Entwicklung

ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

ist überwiegend auf eine verbesserte Wohnsituation der Personen mit Migrationshintergrund zurückzuführen.⁷ Besonders Familien haben von dieser Entwicklung profitiert.

Verbesserungen gab es auch bei der Ausstattungsqualität der Wohnungen. Im Jahr 2010 lebten 273.000 Personen (3,3%) in prekären Wohnverhältnissen (Substandardwohnungen mit schlechten Lichtverhältnissen, Feuchtigkeit oder fehlender Waschküche). Das sind um 7% weniger als noch im Jahr 2008. Gleichzeitig mit diesen

zum Teil deutlichen Verbesserungen hat sich der Wohnungsaufwand tendenziell erhöht. Die Zahl der Personen mit Wohnkosten über 25% des verfügbaren Einkommens lag im Jahr 2010 bei 1,46 Millionen (17,6%), um knapp fünf Prozent mehr als im Jahr 2008. Deutlich verschlechtert hat sich die subjektiv empfundene Belastung durch Kriminalität, Lärm oder Umweltbelastungen in der Wohnumgebung. Insgesamt waren 842.000 Menschen (10,2%) im Jahr 2010 betroffen, das entspricht einer Zunahme um fast 10%.

Nationale Indikatoren zum Bereich „Wohnraum“ 2008-2010

	2008		2009		2010	
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Überbelag ¹⁾	7,1	583	6,9	567	5,5	453
Sehr hoher Wohnungsaufwand	16,8	1.387	16,0	1.325	17,6	1.460
Prekäre Wohnqualität	3,6	294	3,5	292	3,3	273
Belastung durch Wohnumgebung	9,3	768	10,4	859	10,2	842
Registrierte Wohnungslosigkeit	0,1	11	0,2	12	0,2	12

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC; Statistik des Bevölkerungsstandes

Definitionen: siehe Glossar

1) Personen in Mehrpersonenhaushalten

Die genannten Indikatoren bilden unterschiedliche Stufen in einem Prozess der Wohnintegration ab. Bis zu einem gewissen Grad ist es möglich, der eingeschränkten Finanzierbarkeit von angemessenem Wohnraum mit Abstrichen bei der Wohnungsqualität oder der Wohnungsgröße zu begegnen. Verschärfte soziale Ausgrenzung zeigt sich jedoch dann, wenn Menschen in persönlichen Krisensituationen auch mit dem Verlust von Wohnraum konfrontiert sind und keine (weiteren) Abstriche bei der Wohnqualität mehr machen können. Diese extreme Ausprägung der sozialen Ausgrenzung kann unterschiedliche Erscheinungsformen haben. Während Obdachlosigkeit die augenfälligste Form der Wohnungslosigkeit ist, gibt es auch vielfach unsichtbare Wohnungslosigkeit etwa durch das temporäre Unterkommen bei FreundInnen, Bekannten oder in Anstalten. Das Ausmaß der Wohnungslosig-

keit in Österreich war bisher nur unzureichend dokumentiert. Im Rahmen der nationalen Eingliederungsindikatoren stehen nun erstmals veröffentlichte Daten zur „registrierten Wohnungslosigkeit“⁸ zur Verfügung. Der Kreis der im Jahresverlauf 2010 Betroffenen umfasst demnach mindestens 12.266 Menschen. Das sind um 8% mehr als 2008. Diese Menschen verfügten entweder über eine Hauptwohnsitzbestätigung für Obdachlose oder waren in einer Einrichtung für Wohnungslose gemeldet. Bemerkenswert ist, dass nahezu die Hälfte der registrierten Wohnungslosen im Jahr davor noch nicht in den Daten erfasst war. Es ist daher von einer erheblichen Dynamik auszugehen, die einen wesentlich weiteren Personenkreis erfasst als bisher angenommen. Binnen eines Jahres verlässt etwa die Hälfte der Betroffenen wieder den Status der registrierten Wohnungslosigkeit. Umgekehrt kann

⁷ Die Veränderungen des Überbelags in Haushalten von Personen mit Migrationshintergrund sind vor dem Hintergrund der veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen (bspw. erleichteter Zugang zu Gemeindewohnungen) zu sehen.

⁸ Hauptwohnsitzmeldung oder Meldung in einer Wohnungslosen-Einrichtung

davon ausgegangen werden, dass jedes Jahr annähernd 6.000 Menschen wohnungslos werden.

Registrierte Wohnungslosigkeit ist nahezu ausschließlich auf die größeren Städte konzentriert. In Wien leben fast drei Viertel der Wohnungs-

losen, in den Städten Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck halten sich ungefähr ein Fünftel der betroffenen Personen auf, sodass insgesamt 92% der registrierten Wohnungslosen auf die fünf größten Städte konzentriert sind.

Registrierte Wohnungslosigkeit nach Gemeindegröße 2008-2010

	Registrierte Wohnungslose		
	2008	2009	2010
Insgesamt	11.399	12.309	12.266
Gemeindegröße			
Wien	8.321	9.136	8.893
100.000 bis 500.000 EW	2.236	2.284	2.444
10.000 bis unter 100.000 EW	744	775	811
unter 10.000 EW	98	114	118

Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes

14.4 NATIONALE INDIKATOREN – ARMUTS- UND AUSGRENZUNGS-GEFÄHRDUNG

Die Europa 2020-Zielgruppe ist von zahlreichen sozialen Benachteiligungen betroffen. Dies zeigen jene zwölf nationalen Indikatoren, die aus EU-SILC berechnet werden können. Der Kreis der betroffenen Personen in Österreich hat sich zwischen 2008 und 2010 um rund 11% verringert. Dabei sind vor allem jene Personen in der Zielgruppe verblieben, die besonders schweren Benachteiligungen ausgesetzt sind.

Die Steigerungsrate für das preisbereinigte standardisierte Medianeinkommen blieb für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete in den vergangenen beiden Jahren unter jenem der Nicht-Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten. Im Jahr 2009 gab es für die Zielgruppe sogar reale Kaufkraftverluste. Demnach hat sich die Einkommensschere weiter geöffnet und es wird für armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Personen zunehmend schwieriger, Mängellagen zu überwinden. Insbesondere sind eine Verhärtung und die zeitliche Verfestigung der Problemlagen innerhalb der Zielgruppe zu bemerken. Laut EU-SILC 2010 waren 37% der Ar-

mut- oder Ausgrenzungsgefährdeten (511.000 Personen) auch manifest arm, d.h. gleichzeitig von Armutsgefährdung und Deprivation (nach nationaler Definition) betroffen. Gegenüber dem Jahr 2008 entspricht das einer Steigerung um 16%. Noch stärker stieg der Anteil der Personen in verfestigter Deprivation. Hier waren zuletzt 41% (556.000 Personen) betroffen (2008: 33%).⁹

Im Bereich „Wohnen“ hatten Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete bei den Indikatoren „Überbelag“ (2010: 13,4% bzw. 184.000 Personen), „sehr hoher Wohnkostenaufwand“ (2010: 49,2% bzw. 676.000 Personen) und „prekäre Wohnqualität“ (2010: 7,1% bzw. 97.000 Personen) durchwegs drei- bis fünfmal so hohe Quoten wie nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Personen. Dabei sind die Indikatoren zur Qualität der Wohnbedingungen immer gemeinsam mit dem durch die Wohnkosten erzeugten Druck auf die finanzielle Lage zu betrachten. Hier zeigt sich seit 2008 eine eindeutige Verschärfung: Gegenüber dem Jahr 2008 (43,2%) hat sich der An-

⁹ Aufgrund der Unterschiede zwischen der nationalen und der europäischen Definition können auch Nicht-Armuts-/Ausgrenzungsgefährdete von verfestigter Deprivation betroffen sein.

ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

teil der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten mit sehr hohem Wohnaufwand um 14% erhöht. Hingegen hat sich bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten der Anteil an Personen in überbelegten Wohnungen (2008: 18,6%) um 28% verringert. Auch der Anteil der Personen in prekären Wohnverhältnissen ist etwas geringer geworden (2008: 7,7%). Allerdings setzt sich ein bereits seit einigen Jahren vorhandener leichter Trend zur Polarisierung der Belastung durch die Wohnumgebung fort. Im Jahr 2010 waren 15% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten (207.000 Personen) gegenüber 9% der nicht Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten (636.000 Personen) subjektiven Belastungen durch Krimi-

nalität, Lärm oder Umweltverschmutzung ausgesetzt. Dieser Anteil hat insgesamt zugenommen, für armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Personen war der relative Anstieg um 20% aber besonders stark ausgeprägt. Dies könnte ein erstes Anzeichen einer beginnenden räumlichen Segregation sein, zumal sich hier ein längerfristiger Trend fortsetzt. Seit dem Tiefstand im Jahr 2005 (10,3%) hat sich der Anteil für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete um 47% erhöht, im selben Zeitraum ging die subjektive Belastung durch Kriminalität, Lärm oder Umweltverschmutzung in der Wohnumgebung der Nicht-Armuts-/Ausgrenzungsgefährdeten (2005: 9,7%) um 5% zurück.

Nationale Indikatoren nach Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung 2008-2010

	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete			Nicht-Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010
In %						
Haushaltseinkommen und Lebensstandard						
Manifeste Armut	32,1	34,7	37,2	-	-	-
Steigerung des preisber. Haushaltseinkommens	5,0	-2,1	2,3	4,0	0,2	2,6
Verfestigte Deprivation	32,6	41,0	40,5	3,8	5,7	4,6
Wohnraum						
Überbelag ¹⁾	18,6	16,1	13,4	4,4	5,0	3,9
Sehr hoher Wohnungsaufwand	43,2	45,3	49,2	10,8	10,0	11,4
Prekäre Wohnqualität	7,7	8,5	7,1	2,6	2,5	2,5
Belastung durch Wohnumgebung	12,6	14,1	15,1	8,6	9,6	9,2
Erwerbsleben						
Arbeitsmarktfernenquote ²⁾	44,8	44,4	48,0	9,5	8,4	9,2
Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Armutsgefährdungsschwelle ³⁾	76,7	80,3	81,9	8,7	8,3	9,8
Löhne unter 2/3 des Bruttomedianlohns ⁴⁾	41,7	37,7	39,9	12,3	13,1	11,8
Bildungschancen						
Bildungsaktivität ⁵⁾	25,7	26,0	29,1	36,1	37,2	37,7
Gesundheit						
Mehrfache gesundheitliche Einschränkung ⁵⁾	18,5	18,7	15,6	7,9	7,2	7,8

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

Definitionen: siehe Glossar

- 1) Personen in Mehrpersonenhaushalten
- 2) 18-59-Jährige; ohne Pension/nicht in Ausbildung
- 3) Personen in Erwerbshaushalten
- 4) Unselbstständige, ohne Lehrlinge
- 5) ab 16 Jahren

Nahezu jede zweite armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Person zwischen 18 und 59 Jahren war 2010 arbeitsmarktfremd, d.h. maximal 20% des Jahres Vollzeit erwerbstätig. Das entspricht einer Zunahme um 7% gegenüber dem Jahr 2008. Gleichzeitig hat sich die Quote der Arbeitsmarktfremden insgesamt verringert. Das durch Erwerbsarbeit erwirtschaftete Haushaltseinkommen reichte bei 81,9% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten nicht über die Armutsgefährdungsschwelle hinaus. Auch hier haben sich die Problemlagen besonders für die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten verschärft (2008: 76,7%). Der Grund der hohen Betroffenheit ist im Zusammenhang mit einer niedrigen Erwerbsintensität des Haushalts zu sehen. Schließlich ist auch der Anteil der Personen, die sowohl von Armutsgefährdung betroffen sind als auch in (nahezu) Erwerbslosen-

haushalten leben, zwischen 2008 und 2010 von 9% auf 12% gestiegen.

Laut EU-SILC 2010 gingen 29,1% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten zumindest einmal im Jahr einer Bildungsaktivität nach. Der Anteil der Bildungsaktiven unter den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten liegt damit noch immer weit unter dem Durchschnitt, ist jedoch seit 2008 um 13% gestiegen. Das kann in weiterer Folge dazu beitragen, die soziale Teilhabe zu verbessern. Auch bei den gesundheitlichen Ressourcen gab es zuletzt eine Erholung. Im Jahr 2010 waren 15,5% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten von mehrfachen gesundheitlichen Einschränkungen betroffen. Das sind zwar um fast 16% weniger als im Jahr 2008, der Anteil ist aber nach wie vor doppelt so hoch wie in der nicht gefährdeten Gruppe.

14.5 BEVÖLKERUNGSGRUPPEN MIT ERHÖHTEM ARMUTS- ODER AUSGRENZUNGSRISIKO

In Österreich waren laut EU-SILC 2010 insgesamt 285.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie 641.000 Frauen und 448.000 Männer über 18 Jahren von mindestens einer der drei Europa 2020-Gefährdungslagen betroffen. Das entspricht 16,6% der Gesamtbevölkerung. Mit einer Armuts-/Ausgrenzungsgefährdungsquote von 18,8% waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren besonders stark betroffen. Die Gefährdungsquote der Frauen ab 18 Jahren lag mit 18,3% um fast ein Drittel höher als jene der Männer (13,7%). Die Armuts-/Ausgrenzungsgefährdungsquote der Männer liegt somit derzeit bereits weit unter dem von der Bundesregierung angestrebten Reduktionsziel für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung. Daraus folgt, dass Maßnahmen zur Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt auch wesentlich zu einer Verringerung von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung beitragen können.

Da die meisten Indikatoren Haushaltsmerkmale abbilden, werden Unterschiede zwischen Männern und Frauen innerhalb der Haushalte in der Regel nicht berücksichtigt.¹⁰ Obwohl die Haushaltszusammensetzung bei vielen Indikatoren eine wesentliche Rolle spielt, kann für nahezu alle Indikatoren eine deutliche Benachteiligung von Frauen und von Personen ohne weiterführenden Schulabschluss beobachtet werden.

Geschlechtsspezifische Unterschiede treten besonders bei den personenbezogenen Indikatoren zur Erwerbsbeteiligung hervor. Sowohl die Arbeitsmarktfremdenquote als auch die Quote der Erwerbstätigen mit einem Stundenlohn von weniger als zwei Drittel des Bruttomedianlohns zeigen, dass Frauen mehr als doppelt so häufig von Benachteiligungen betroffen sind wie Männer. Bei der Arbeitsmarktfremdenquote ist der relative Abstand zwischen Männern und Frauen größer

¹⁰ Grundsätzlich gilt dies für alle Personenmerkmale. Wenn zum Beispiel Personen mit unterschiedlichem Bildungsabschluss in einem gemeinsamen Haushalt leben, wird doch für alle diese Personen dasselbe Ausmaß von Armutsgefährdung oder Deprivation angenommen. Streng genommen können daher nach Bildungsabschlüssen unterschiedliche Armutslagen nur im Falle von Einpersonenhaushalten völlig unverfälscht durch den Haushaltszusammenhang sichtbar werden.

ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

als jener zwischen Personen ohne weiterführenden Schulabschluss und Personen mit Matura. Bei den Niedriglöhnen ist dieser Abstand etwa gleich hoch. Von Erwerbshindernissen durch fehlende Betreuungsmöglichkeiten sind nahezu ausschließlich Frauen betroffen.

Der stärkste Zusammenhang von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung mit dem Bildungsab-

schluss ist jedoch bei Personen mit mehrfachen gesundheitlichen Einschränkungen zu beobachten. Ohne weiterführenden Schulabschluss ist die Betroffenenquote mit 16% viermal so hoch wie bei Personen mit Matura. Dieses Ergebnis unterstreicht die zuletzt für die Jahre 2006/2007 beobachteten massiven bildungsbezogenen Unterschiede in der Lebenserwartung und lässt darauf schließen, dass diese auch weiterhin bestehen.

Ausgewählte Indikatoren nach Geschlecht und Bildungsstand 2010

	Geschlecht ¹⁾		Höchste abg. Schulbildung ²⁾	
	Männer	Frauen	Pflichtschule	Matura
In %				
Soziale Zielgruppe „Europa 2020“				
Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung	13,7	18,3	27,7	13,5
Armutsgefährdung	10,0	13,2	21,4	9,7
Haushalte mit sehr niedriger Erwerbsintensität	7,0	9,6	15,4	7,8
Erhebliche materielle Deprivation	3,4	4,5	7,0	2,2
Haushaltseinkommen und Lebensstandard				
Manifeste Armut	4,9	6,7	10,8	3,8
Steigerung des preisber. Haushaltseinkommens	2,3	3,7	2,4	4,6
Verfestigte Deprivation	8,9	11,4	17,2	5,2
Erwerbsleben				
Arbeitsmarktfremdenquote ³⁾	8,3	21,4	27,2	18,4
Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Armutsgefährdungsschwelle ⁴⁾	16,3	18,4	30,5	9,1
Löhne (<2/3 v. Bruttomedianlohn ⁵⁾	8,8	19,6	28,5	11,9
Erwerbshindernisse ³⁾	(0,1)	3,8	3,1	1,8
Bildungschancen				
Bildungsaktivität	35,2	34,1	23,5	58,8
Gesundheit				
Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	7,9	10,6	16,3	4,0

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

Definitionen: siehe Glossar

Zahlen in Klammern sind unsichere Schätzungen: Die Zahl der Beobachtungen liegt unter 50 Beobachtungen oder die statistische Schwankungsbreite übersteigt 32% des Schätzwerts.

- 1) Personen ab 18 Jahren
- 2) Personen ab 16 Jahren
- 3) 18-59-Jährige; ohne Pension/nicht in Ausbildung
- 4) Personen in Erwerbshaushalten
- 5) Unselbstständige, ohne Lehrlinge

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind bei einem haushaltsbezogenen Merkmal wie der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung definitionsgemäß am deutlichsten erkennbar, wenn Frauen und Männer alleine leben. Wer alleine

oder als alleinerziehender Elternteil lebt, trägt allerdings schon unabhängig vom Geschlecht ein erhöhtes Armuts-/Ausgrenzungsrisiko. Jede dritte alleinlebende Frau ohne Pension und 37% der Erwachsenen in Ein-Eltern-Haushalten sind

armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Etwas geringer, aber ebenfalls über dem Durchschnitt liegt das Risiko bei alleinlebenden Männern und alleinlebenden Personen, die hauptsächlich

von Pensionen leben. Bei Familien mit drei oder mehr Kindern ist das Risiko ebenfalls deutlich erhöht.

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Haushaltstyp 2010

	Armuts-/Ausgrenzungsgefährdete		
	In 1.000	Quote in %	Anteil in %
Insgesamt	1.373	17	100
Haushalt mit Pensionsbezug			
Zusammen	344	20	25
Alleinlebende Männer	25	18	2
Alleinlebende Frauen	122	29	9
Mehrpersonenhaushalt	197	17	14
Haushalt ohne Pensionsbezug			
Zusammen	402	15	29
Alleinlebende Männer	103	25	7
Alleinlebende Frauen	109	33	8
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	190	10	14
Haushalt mit Kindern			
Zusammen	627	16	45
Ein-Eltern-Haushalt	109	37	8
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	143	10	10
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	202	14	15
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	172	24	13

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010

Lesehilfe: 344.000 der von Armuts-/Ausgrenzung gefährdeten Personen leben in Haushalten mit Pensionsbezug. Das entspricht einer Quote von 20% aller Personen in Haushalten mit Pensionsbezug und einem Anteil von 25% aller von Armut/Ausgrenzung gefährdeten Personen.

Bei vielen der auf den Arbeitsmarkt bezogenen Benachteiligungen von Frauen sind Angehörige, also auch PartnerInnen und Kinder, häufig mitbetroffen. Gerade die Erwerbsbeteiligung von Frauen erweist sich als eine der wirkungsvoll-

ten Schutzmechanismen gegen Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung. Das Gefährdungsrisko aller Haushaltsmitglieder ist je nach Haushaltskonstellation drei- bis viermal höher, wenn keine Frau im Haushalt erwerbstätig ist.

Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung nach Frauenerwerbstätigkeit und Haushaltstyp¹⁾ 2010

	Armuts-/Ausgrenzungsgefährdete Haushalte			
	nicht erwerbstätige Frauen		erwerbstätige Frauen	
	In 1.000	Quote in %	In 1.000	Quote in %
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	81	24	70	5
Ein-Eltern-Haushalt	43	92	60	26
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	72	25	71	6
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	105	27	97	9
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	117	41	55	13

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

1) Haushalte mit mindestens einem weiblichen Haushaltsmitglied im Erwerbsalter

ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Während die Frauen hinsichtlich der Indikatoren zum Lebensstandard und zur Erwerbsbeteiligung besonders deutlich benachteiligt sind, treten bei den wohnungsbezogenen Indikatoren eher regionale Unterschiede in den Vordergrund. Im Allgemeinen konzentrieren sich die hier berücksichtigten Problemlagen vor allem in den größeren Städten. Die Situation in den kleinen Gemeinden ist hingegen bei fast allen Indikatoren günstiger, wobei Wanderungsbewegungen eine wichtige Rolle spielen können. Von Wohnungsüberbelag sind vor allem Personen betroffen, die in urbanen Gebieten leben. Die Überbelagsquote ist in Wien sowie den Städ-

ten Graz, Linz, Innsbruck und Salzburg mehr als doppelt so hoch wie im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Auch bei den Indikatoren zum Wohnungsaufwand und zur Belastung durch die Wohnumgebung zeigt sich ein ähnliches Bild: Während nur 12% der Personen in Gemeinden mit weniger als 10.000 EinwohnerInnen mit sehr hohen Wohnkosten konfrontiert sind, betrifft dieses Problem knapp 30% der WienerInnen. Nur 6% der ländlichen Bevölkerung in kleinen Gemeinden geben an, von Problemen wie Kriminalität und Vandalismus betroffen zu sein. In Wien betrifft dieses Problem bereits 19% der Bevölkerung.

Ausgewählte Indikatoren nach Gemeindegröße 2010

Indikatoren	Insgesamt	Gemeindegröße (EinwohnerInnen)			
		Wien	100.000-500.000 ¹⁾	10.000-100.000	≤ 10.000
in %					
Soziale Zielgruppe „Europa 2020“					
Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung	17	25	24	16	13
Armutsgefährdung	12	18	18	11	9
Haushalte mit keiner/sehr geringer Erwerbsintensität	8	14	(12)	8	5
Erhebliche materielle Deprivation	4	10	(6)	(4)	2,1
Wohnen					
Überbelag ²⁾	6	14	(14)	(4)	(1)
Sehr hoher Wohnungsaufwand	18	29	26	20	12
Prekäre Wohnqualität	3	6	(2)	(2)	3
Belastung durch Wohnumgebung	10	19	16	10	6

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

Definitionen: siehe Glossar

Zahlen in Klammern sind unsichere Schätzungen: Die Zahl der Beobachtungen liegt unter 50 Beobachtungen oder die statistische Schwankungsbreite übersteigt 32% des Schätzwerts.

- 1) Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck
- 2) Personen in Mehrpersonenhaushalten

Insgesamt tragen die hier skizzierten, insbesondere durch Bildungs- und Erwerbsbeteiligung gesteuerten Prozesse dazu bei, dass beispielsweise das Armuts-/Ausgrenzungsrisiko von Haushalten eingebürgerter (38%) oder ausländischer StaatsbürgerInnen (37%) mehr als doppelt so hoch ist wie in der Gesamtbevölkerung (17%). Eine noch höhere Armuts-/Ausgrenzungsgefährdungsquote haben Haushalte mit Langzeitar-

beitslosen (39%) oder Haushalte, die überwiegend Sozialleistungen beziehen (66%).

Schließlich erhöht sich die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung auch dann, wenn ein Haushaltsmitglied (mehrfach) gesundheitlich eingeschränkt ist. Diese Personengruppe hat mit 18% eine bereits über dem Durchschnitt liegende Armutsgefährdungsquote. Unter Berücksichtigung

von Personen in erheblicher materieller Deprivation oder in einem Haushalte mit keiner/sehr niedriger Erwerbsintensität steigt das Armuts-/Ausgrenzungsrisiko von Personen mit mehrfachen gesundheitlichen Einschränkungen jedoch auf 29%.

Auch die vergleichsweise kleine Gruppe der insgesamt 256.000 Personen in überschuldeten

Haushalten trägt ein stark überdurchschnittliches Gefährdungsrisiko. Unter ihnen sind 107.000 Personen bzw. 42% von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Von den genannten Risikogruppen haben nur Personen, die überwiegend auf Sozialleistungen angewiesen sind, eine höhere Quote, wobei hier Überschneidungen möglich sind.

Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung ausgewählter Zielgruppen 2010

	Gesamtbevölkerung	Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung	
	in 1.000	in 1.000	Quote in %
Insgesamt	8.283	1.373	17
Haushalte mit ...			
AusländerInnen (Nicht EU/EFTA)	904	334	37
Eingebürgerten (ohne AusländerInnen)	302	114	38
Gesundheitlich eingeschränkten Personen (im Erwerbsalter)	744	216	29
Langzeitarbeitslosen	681	269	39
Sozialleistungen als Haupteinkommen ¹⁾	449	296	66
Schwerer Schuldenbelastung ²⁾	256	107	42

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

Wegen Überschneidungen zwischen den Gruppen ist die Summe nicht 100%.

1) ohne Langzeitarbeitslosenhaushalte

2) subjektiv schwere Belastung durch Konsumkredite

14.6 GLOSSAR

Definitionen der nationalen Eingliederungsindikatoren		
Lebensstandard	1. Manifeste Armut	Gleichzeitig monetäre Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation nach nationaler Definition (mind. 2 aus 7 Deprivationsmerkmalen: die Wohnung angemessen warm halten; regelmäßige Zahlungen begleichen; notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche; unerwartete Ausgaben tätigen; bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen; nahrhaftes Essen (Fleisch etc.); FreundInnen zum Essen einladen).
	2. Preisbereinigtes standardisiertes Haushaltseinkommen	Summe der (hier: preisbereinigten) Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder über das ganze Jahr, bedarfsgewichtet nach der EU-Äquivalenzskala. Beispiel: Das nominelle standardisierte Medianeinkommen aus EU-SILC 2010 beträgt 20.618 EUR. Der Indexwert des VPI für 2009 (Referenzjahr für Einkommen EU-SILC 2010) lag um 3,36% über jenem des Basisjahres 2007 (Referenzjahr EU-SILC 2008). Aus der Division des nominellen Medianeinkommens 2010 (20.618) durch den VPI-2005 für das Jahr 2009 (107,5) multipliziert mit dem Indexwert des VPI-2005 für das Jahr 2007 ergibt sich das preisbereinigte Einkommen von 19.889 EUR $(20.618/107,5 * 103,7)$. Die Steigerungsrate für 2009 ergibt sich als $(100 * 19.889/19.272) - 100$.
	3. Einkommenslücke	Summe der Beträge, die den armutsgefährdeten Haushalten auf die Armutsgefährdungsschwelle fehlen.
	4. Verfestigte Deprivation	mind. zwei aufeinanderfolgende Jahre finanziell depriviert nach nationaler Definition (2 aus 7 Merkmalen, siehe Definition für manifeste Armut)
	5. Massive Zahlungsprobleme	Personen mit Zahlungsproblemen laut Kleinkreditevidenz des Kreditschutzverbandes von 1870 bei Privatkrediten, d.h. mit Klagen, Fälligkeitstellung von Krediten etc.
Wohnen	6. Überbelag in Mehrpersonenhaushalten	Anteil der Personen in Mehrpersonenhaushalten, in denen die Wohnfläche weniger als 16m ² beträgt, im Mittel weniger als 8m ² pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Wohnräume im Verhältnis zur Zahl der Personen im Haushalt zu gering ist
	7. Sehr hoher Wohnungsaufwand	Anteil der Personen, deren Wohnungsaufwand ein Viertel des jährlich verfügbaren Haushaltseinkommens übersteigt (abzüglich Wohn-, Mietbeihilfen). Berücksichtigt werden alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung, sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum.
	8. Prekäre Wohnqualität	Anteil von Personen, die von zwei oder mehr der folgenden Wohnprobleme betroffen sind: kein WC oder Badezimmer in der Wohnung, Feuchtigkeit oder Schimmelbildung, dunkle Wohnräume, weder Waschmaschine noch Waschküche vorhanden
	9. Belastung durch Wohnumgebung	Anteil von Personen, die sich durch mindestens zwei der folgenden Probleme in der Wohnumgebung belastet fühlen: Kriminalität, Lärm, Umweltverschmutzung
	10. Registrierte Wohnungslosigkeit	Anzahl der Personen mit Hauptwohnsitzbestätigung oder Meldung in einer Einrichtung für Wohnungslose im Laufe eines Jahres
Erwerbsleben	11. Arbeitsmarktfernenquote	18- bis 59-Jährige, die max. 20% des Jahres Vollzeit erwerbstätig sind (ohne Studierende sowie Personen in Mutterschutz, Elternkarenz oder Pension)
	12. Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Armutsgefährdungsschwelle	Personen in Erwerbshaushalten, in denen die Summe der Netto-Erwerbseinkommen (inkl. Familienleistungen) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt (ohne Pensionshaushalte und Studierende)
	13. Löhne unter zwei Drittel des Bruttomedianlohnes	Unselbstständige mit Löhnen unter zwei Drittel des Bruttomedianlohnes (ohne Lehrlinge)
	14. Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	18- bis 59-Jährige, die nicht oder nur teilzeitbeschäftigt sind, weil keine geeignete Betreuungseinrichtung für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zur Verfügung steht
	15. Langzeitbeschäftigungslose	Dauer der registrierten Arbeitslosigkeit, Lehrstellensuche und Schulungsteilnahme überschreitet 365 Tage. Eine Unterbrechung von 62 Tagen beendet die Langzeitarbeitslosigkeit (längere Krankheit oder Arbeitsaufnahme; AMS-Schulungen zählen nicht als Unterbrechung).
Bildung	16. Bildungsaktivität	Anteil der Bevölkerung ab 16 Jahren, der im Laufe eines Jahres an schulischer, beruflicher Aus- oder Weiterbildung oder freizeitbezogenen Kursen teilgenommen hat
	17. Besuch vorschulischer Betreuungseinrichtungen	Anteil der Kinder bis vier Jahre, die einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder alterserweiterte Betreuungseinrichtungen besuchen, an allen Kindern dieser Altersgruppe
	18. Bildungsferne Jugendliche	Anteil der Jugendlichen, die nicht in Ausbildung sind und im vorangegangenen Jahr ihre Schulpflicht beendet haben (Anteil bezogen auf Jahrgang)
Gesundheit	19. Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	mindestens zwei der drei Merkmale: chronische Krankheit, sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand, Einschränkungen bei alltäglichen Verrichtungen
	20. Soziale Lebenserwartungsdifferenzen	Unterschied in der ferneren Lebenserwartung mit 35 zwischen Personen mit maximal Pflichtschul- bzw. Hochschulabschluss

Quelle: Statistik Austria/BMASK 2012

14.7 LITERATUR

BMASK/ STATISTIK AUSTRIA (2009): Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008 Eingliederungsindikatoren. Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 2. Wien.

BMASK/ STATISTIK AUSTRIA (2011): Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2009. Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 5. Wien.

BMASK/ STATISTIK AUSTRIA (2011b): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 8. Wien.

BUNDESKANZLERAMT (2011): Europa 2020. Österreichisches Reformprogramm 2011. Abrufbar unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=43425> (08.05.2012).

EUROSTAT/ INSEE (2011): Final Report of the Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development, Luxembourg.

KLOTZ, J. (2007): Soziale Unterschiede in der Sterblichkeit. Bildungsspezifische Sterbetafeln 2001/2002. In: Statistische Nachrichten 4/2007, S.296-311.

MAHRINGER, H. (2009): Arbeitsmarktentwicklung in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. In: WIFO Monatsberichte, Bericht 12/2009, S.967-978.

STATISTIK AUSTRIA (2012): Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich 2012, Wien.

15. WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE: BMASK-MONITORING DER SOZIALEN AUSWIRKUNGEN 2008-2012

Christian Klopf

BMASK

Inhalt

15.1	EU- und nationale Berichterstattung zu den sozialen Auswirkungen der Krise.....	298
15.2	Ökonomische und fiskalische Folgen des Wirtschaftseinbruchs	299
15.2.1	Die reale BIP-Entwicklung im Krisenverlauf	299
15.2.2	Konsumnachfrage der privaten Haushalte	301
15.2.3	Einkommensentwicklung	301
15.2.4	Sozialausgaben	302
15.2.5	Steuereinnahmen im konjunkturellen Verlauf	303
15.2.6	Einnahmenentwicklung in der gesetzlichen Sozialversicherung	304
15.2.7	Europa in der Schuldenkrise	304
15.3	Politische Maßnahmen in Reaktion auf die Wirtschaftskrise	306
15.3.1	Steuerreform 2009	306
15.3.2	Prioritäten der Österreichischen Konjunkturpakete	307
15.3.3	Soziale Aspekte der Budgetkonsolidierung	309
15.4	Soziale Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise	311
15.4.1	Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt	311
15.4.2	Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen	318
15.4.3	BezieherInnen mindestsichernder Leistungen	319
15.4.4	Insolvenzen und Insolvenzentgeltsicherung	320
15.4.5	Zahlungsstörungen bei Privatkrediten	321
15.4.6	Nationale Indikatoren zur sozialen Eingliederung	322
15.5	Schlussbemerkungen	324

15. WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE: BMASK-MONITORING DER SOZIALEN AUSWIRKUNGEN 2008-2012

Im Oktober 2008 erreichte die größte Finanzkrise seit 80 Jahren Europa. Bereits Ende dieses Jahres war ersichtlich, dass der Übergang der Krise auf die europäische Realwirtschaft knapp bevorstand und auf nationaler und EU-Ebene abgestimmt gehandelt werden musste.

Die EU-Mitgliedstaaten befürchteten eine krisenbedingt steigende Arbeitslosigkeit und die Verschärfung der Armutgefährdung in Europa, weshalb Initiativen zur Wirtschaftsbelebung sowie zur Abfederung der sozialen Auswirkungen angestrebt und unterstützt wurden.

15.1 EU- UND NATIONALE BERICHTERSTATTUNG ZU DEN SOZIALEN AUSWIRKUNGEN DER KRISE

Die bevorstehenden sozialen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise waren das Hauptthema des EU-Rates der Beschäftigungs- und SozialministerInnen am 15. und 16. Dezember 2008.

Neben konjunkturstützenden Maßnahmen wurde u.a. auch beschlossen, eine ausführliche Berichterstattung über die sozialen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ins Leben zu rufen, um auf europäischer Ebene einen umfassenden Einblick in die aktuellen Entwicklungen und die Notlagen der Krisenopfer zu erhalten. Die Mitgliedstaaten erklärten sich bereit, zu diesem Zweck regelmäßig möglichst aktuelle sozialstatistische Daten zur Verfügung zu stellen. Der erste EU-Bericht über die sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise wurde vom Sozialschutzausschuss (SPC) im Februar 2009 angenommen und dem Rat für Beschäftigung und Soziales präsentiert.

Neben der Darstellung aktueller Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten und makroökonomischen Daten wurde beim ersten SPC-Bericht ein inhaltlicher Schwerpunkt auf aktuelle Veränderungen bei der Anzahl krisenrelevanter LeistungsbezieherInnen gelegt.

Die umfangreichste Datensammlung konnte bei der Anzahl von BezieherInnen der Sozialleistungen Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Sozialhilfe erzielt werden. In anderen Bereichen wie Wohnen und Überschuldung war es nur wenigen

Mitgliedstaaten möglich, ausreichendes Datenmaterial zu übermitteln. Neben den aktuellen BezieherInnenzahlen wurden auch Hintergrundinformationen zu Änderungen bei den Leistungshöhen sowie bei den Anspruchsvoraussetzungen und bei der Leistungsdauer im Rahmen eines Fragebogens erhoben.

Diese Vorgehensweise sollte sicherstellen, dass die sozialen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise möglichst zeitnah beobachtet und analysiert werden können. Während das sozialstatistische Flaggschiff der Europäischen Union, die Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)¹, je nach Mitgliedsland aufgrund der langen Datenaufbereitung erst nach ein bis zwei Jahren vergleichbare Analysen ermöglicht, wurden auf diese Weise gegenwartsnahe Aussagen möglich.

Ein Teil des ersten EU-Berichts behandelte bereits laufende Politikmaßnahmen zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts und zum Schutz besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen. Im Jahr 2011 wurde bereits die dritte Aktualisierung der EU-Berichterstattung durchgeführt, die einen Schwerpunkt in Hinblick auf laufende Konsolidierungsmaßnahmen enthielt; für 2012 ist die Veröffentlichung des vierten Berichts geplant.

www.bmask.gv.at > Soziales > Allgemeine Sozialpolitik > Sozialmonitoring/Krise > EU-Berichte

¹ European Union Statistics on Income and Living Conditions

Nationales Krisenmonitoring des BMASK

Neben der EU-Berichterstattung wurde von Seiten der Europäischen Kommission zusätzlich eine regelmäßige nationale Erfassung der krisenbedingten sozialen Auswirkungen auf Basis geeigneter nationalspezifischer Indikatoren empfohlen. Das BMASK setzte daraufhin einen Beirat ein, der sich aus nationalen ExpertInnen verschiedener Forschungseinrichtungen und Verwaltungsebenen sowie VertreterInnen der Sozialpartner zusammensetzte.

Mit kurzfristig verfügbaren Datenquellen sollten quartalsweise neben der laufenden EU-Berichterstattung zusätzliche Informationen bereitgestellt werden. Im Beirat wurde eine Einigung zu Indikatoren für sieben Bereiche erzielt: Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit, Förderungen und Beihilfe des AMS, Insolvenzentgeltsicherung, Mindestsichernde Leistungen, Zahlungsstörungen bei Privatkrediten und Einnahmen des Staates und der gesetzlichen Sozialversicherung (SV).

Die Darstellungen zeichnen die Veränderungen seit dem Zeitpunkt vor der Übertragung der Finanzkrise auf die Realwirtschaft nach; demnach werden – wo dies aufgrund der Datenlage möglich ist – als Vergleichszeitraum das Jahr 2008 herangezogen. Ein Tabellenanhang ergänzt die quartalsmäßige Berichterstattung und ermöglicht einen Überblick über den umfangreichen Datenhintergrund.

Die ersten vier Quartalsberichte wurden von Bundesminister Hundstorfer als Vortrag an den Ministerrat den Regierungsmitgliedern zur Kenntnis gebracht. Ab dem Jahr 2011 wurde die Berichterstattung halbjährlich fortgesetzt, wobei alle Krisenmonitoring-Berichte auf einer eigenen Seite der BMASK-Homepage veröffentlicht werden.

www.bmask.gv.at > Soziales > Allgemeine Sozialpolitik > Sozialmonitoring – Krise

Um die Quartalsberichte zu ergänzen, wurde das Forschungsinstitut „Synthesis“ mit der Erstellung von insgesamt vier halbjährlichen, vertiefenden Analyseberichten beauftragt. Die erste Ausgabe erschien im September 2009, die beiden letzten Ausgaben behandelten u.a. die Auswirkung der Konsolidierungsmaßnahmen. Die Synthesis-Berichte beinhalten eine themenorientierte Darstellung der Wirkungszusammenhänge in Bezug auf die sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und basieren größtenteils auf dem im Rahmen der Quartalsberichte gesammelten Datenmaterial. Die vertiefenden Berichte werden ebenfalls auf o.a. Internet-Seite als Download zur Verfügung gestellt.

Beide Berichtsformen werden regelmäßig der EU-Kommission übermittelt und ergänzen die Analysen auf EU-Ebene; das österreichische Konzept eines Krisenmonitorings wurde in EU-Berichten dementsprechend positiv hervorgehoben.

15.2 ÖKONOMISCHE UND FISKALISCHE FOLGEN DES WIRTSCHAFTSEINBRUCHS

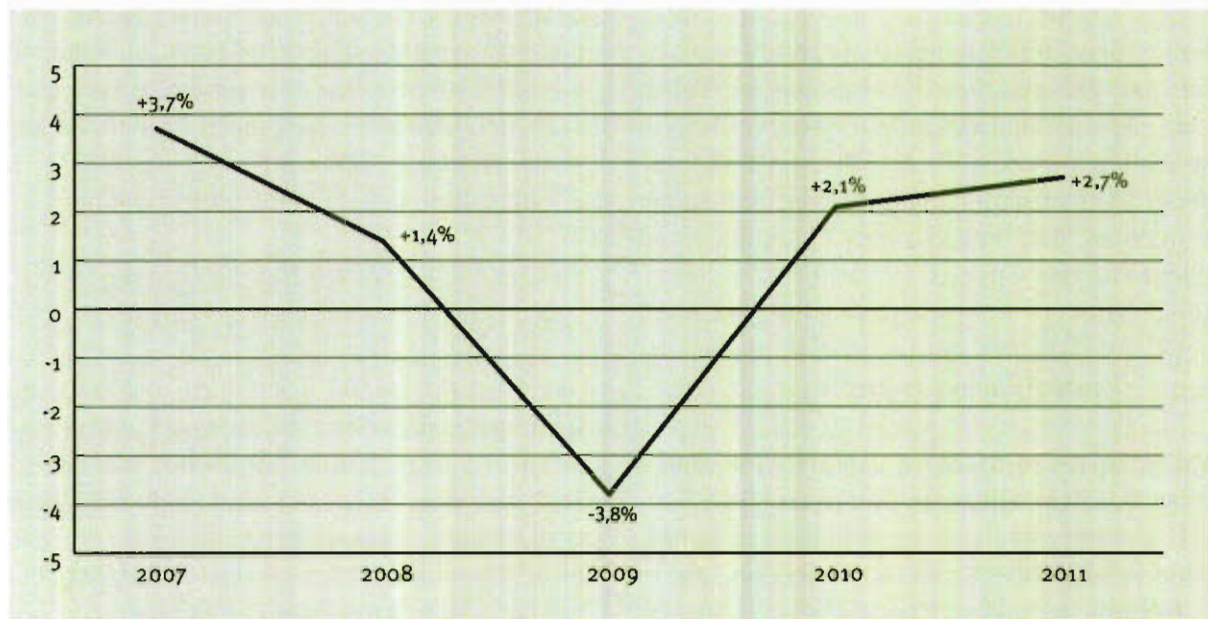
15.2.1 DIE REALE BIP-ENTWICKLUNG IM KRISENVERLAUF

Der tatsächliche Konjunkturunbruch begann Ende 2008 und fiel 2009 ausnehmend tiefgreifend aus.

Der Konjunkturschock 2009 in seinem internationalen Ausmaß war vor allem für die österreichische Exportwirtschaft ein großes Problem.

Der Außenhandel stellt einen zentralen Faktor der österreichischen Wirtschaft dar und ist von steigender Bedeutung: Zwischen 1995 und 2011 ist die Exportquote, also der Anteil der Waren- und Dienstleistungsexporte in Prozent des BIP, von 35% auf beinahe 57% angestiegen. Gleichzeitig nahm die Importquote von 36% auf 54% zu.

BIP-Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, real



Quelle: Statistik Austria

Damit liegt Österreich im europäischen Vergleich sowohl bei der Exportquote (EU-27: 45%) als auch bei der Importquote (EU-27: 43%) über dem EU-Durchschnitt; auch innerhalb der Eurozone liegt Österreich bei beiden Kennzahlen in etwa 12 Prozentpunkte über dem jeweiligen Durchschnittswert.

Österreichs wichtigster Export- und Importmarkt liegt innerhalb der EU: Im Jahr 2011 wurden ca. 70% aller österreichischen Ausfuhren sowie rund 71% aller Einfuhren mit Partnerländern in-

nerhalb der Europäischen Union realisiert. Insgesamt betrachtet hat Österreich 2011 Waren und Dienstleistungen im Wert von 131 Mrd. EUR eingeführt, Exporte machten 122 Mrd. EUR aus.

In diesem Sinne stellt der österreichische Außenhandel einen maßgeblichen Faktor der österreichischen Konjunktorentwicklung dar. Dementsprechend bedeutend waren die Auswirkungen der Krise auf den heimischen Außenhandel für die wirtschaftliche Situation Österreichs:

Österreichs Außenhandel 2008-2012

Jahr	Exporte in Mio. EUR	Importe in Mio. EUR	Veränderung zum Vorjahr in %	
			Exporte	Importe
2008	117.525	119.568	+2,5	+4,7
2009	93.739	97.574	-20,2	-18,4
2010	109.373	113.652	+16,7	+16,5
2011	121.774	131.008	+11,3	+15,3

Quelle: Statistik Austria

Wie obige Tabelle zeigt, konnten die krisenbedingten Einbußen beim Außenhandel im Jahr 2009 erst 2011 wieder ausgeglichen werden. Erste Zahlen des Jahres 2012 deuten auf ein verlangsamtes Wachstum der Aus- und Einfuhren hin, allerdings entspricht das Wachstum in

etwa jenem vor Eintritt der Wirtschaftskrise und ist auf einem erneut hohen Außenhandelsniveau zu bewerten. Laut Wirtschaftskammer Österreich wird für 2012 ein Ausfuhrvolumen von mindestens 125 Mrd. bis maximal 130 Mrd. EUR prognostiziert; die Importe werden nach derzei-

tigen Schätzungen etwas stärker auf rund 135 Mrd. EUR steigen.

Im europäischen Vergleich lag das reale BIP-Wachstum in Österreich 2010 mit 2,1% genau im Durchschnitt der EU-27 und des Euroraums; 2011 lag die österreichische Wachstumsrate mit 2,7% deutlich über jener der EU-27 und des Euroraums (jeweils 1,5%).

15.2.2 KONSUMNACHFRAGE DER PRIVATEN HAUSHALTE

Die Krise führte offensichtlich zu keiner Änderung des Kaufverhaltens und der private Konsum war ein wichtiger Pfeiler für die nicht einbrechende Inlandsnachfrage. Für die Stabilisierung der Konsumausgaben trotz Krise sind mehrere Faktoren verantwortlich:

Zum einen sind die ArbeitnehmerInnenentgelte in ihrer Gesamtheit zwischen 2008 und 2011 na-

hezu kontinuierlich gestiegen (was v.a. auf die vergleichsweise guten Lohnabschlüsse Ende 2008 sowie auf die Steuerreform 2009 zurückzuführen ist). Auch die Selbstständigeinkommen und Betriebsüberschüsse erlitten keinen Einbruch.

Während die Vermögenseinkommen bis 2008 überproportional angestiegen sind, gab es seitdem einen starken Rückgang von 28 auf 16 Mrd. EUR. Dennoch ist es bemerkenswert, dass fast ein Zehntel des verfügbaren Einkommens auf Vermögenseinkünfte entfällt.

Der Rückgang des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte fiel im Krisenjahr jedoch trotz des starken Rückgangs bei den Vermögenseinkommen relativ moderat aus, da dieser durch den Anstieg bei den monetären Sozialleistungen in ihrer Funktion als automatische Stabilisatoren teilweise kompensiert wurde.

Einkommen und Konsumnachfrage der privaten Haushalte¹⁾

	Verfügbares Einkommen, netto ²⁾	Konsumausgaben ²⁾	ArbeitnehmerInnenentgelt, erhalten ²⁾	Selbstständigeinkommen ²⁾³⁾	Vermögenseinkommen, erhalten ²⁾	Monetäre Sozialleistungen, erhalten	Sparquote, netto
2008	168.408	149.255	138.791	32.958	28.364	53.501	11,5
2009	166.499	149.707	140.030	32.910	19.558	56.518	10,7
2010	169.373	156.116	143.311	34.309	16.123	58.512	8,3
2011	173.893	161.457	149.781	35.756	16.475	59.307	7,6

Quelle: Statistik Austria

- 1) inkl. private Organisationen ohne Erwerbszweck
- 2) in Mio. EUR
- 3) inkl. Betriebsüberschüsse

15.2.3 EINKOMMENSENTWICKLUNG

Aufgrund der guten Lohnabschlüsse 2008 stiegen im Krisenjahr 2009 die Nettoeinkommen an. Im Jahr 2010 kam es insgesamt aber zu einem Stillstand, bei den unteren Einkommensklassen war sogar ein Einkommensrückgang zu beobachten. Bei einer Betrachtung des Zeitraumes 2008 bis 2010 sind die Einkommensunterschiede weiter gestiegen. Das unterste Einkommensviertel lukrierte einen Nettoeinkommenszuwachs von 0,4%, während der des dritten Einkommensviertels 4,3% betrug.

Wie im Beitrag des WIFO zur Einkommensverteilung dargestellt (siehe Kapitel 12), besteht dieser generelle Trend der Einkommensungleichheit allerdings bereits längerfristig und kann nicht nur auf krisenbedingte Entwicklungen zurückgeführt werden. Wie in Abschnitt 12.2.2 dargestellt, nahmen die realen Nettoeinkünfte des obersten Prozents der EinkommensbezieherInnen zwischen 1995 und 2010 um rd. 6% zu, während die Durchschnittsbezüge im untersten und im zweiten Quintil netto um 24% bzw. 12% sanken.

Entwicklung der Nettojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen, in EUR

	1. Quartil	Median	3. Quartil
Insgesamt			
2008	9.151	17.759	25.277
2009	9.209	18.333	26.181
2010	9.188	18.366	26.368
Veränd. 2008-10 in %	0,4%	3,4%	4,3%
Männer			
2008	13.629	21.066	28.926
2009	13.447	21.684	29.816
2010	13.269	21.786	30.010
Veränd. 2008-10 in %	-2,6%	3,4%	3,7%
Frauen			
2008	6.491	14.009	20.541
2009	6.700	14.658	21.538
2010	6.731	14.768	21.728
Veränd. 2008-10 in %	3,7%	5,4%	5,8%

Quelle: Statistik Austria

Wie bereits dargestellt, wirkte sich der generelle Anstieg der Erwerbseinkommen seit 2008 positiv auf den privaten Konsum aus. Die Konsumnachfrage stieg aber im Krisenjahr auch deshalb leicht an, da der Rückgang bei den Vermögenseinkommen und die Einkommensausfälle aufgrund gesteigerter Arbeitslosigkeit durch Sozialleistungen bzw. durch eine kontinuierlich sinkende Sparquote teilweise kompensiert wurden.

Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS beschreiben diesen Trend als fortlaufend und rechnen für 2012 mit einem Wachstum des privaten Konsums von mindestens 0,7% und im darauffolgenden Jahr 2013 mit maximal 1,1%.

15.2.4 SOZIALAUSGABEN

Die in Österreich umfassend ausgebauten Sozialschutzsysteme erfüllten während der Wirtschaftskrise sowohl ihre gesellschafts- als auch ihre wirtschaftsstabilisierenden Funktionen und fungierten als Sicherheitsnetz gegen eine drohende Erosion des sozialen Zusammenhalts. Vor allem verglichen mit den sozialen Folgen ähnlich starker wirtschaftlicher Einbrüche in der

Geschichte bewährten sich die automatischen Stabilisatoren des österreichischen Sozialstaats in ihrer Wirksamkeit als konzertierte und systematische Form der Krisenabfederung.

Im Analysebeitrag über die Entwicklung und Struktur der Sozialausgaben in Österreich (siehe Kapitel 11) wird dargestellt, dass die befürchtete langfristige Kostenexplosion bei der Finanzierung des Sozialstaats ausgeblieben ist: Der starke Anstieg der Sozialquote² im Krisenjahr 2009 vergleichen mit dem Vorjahr um 2,4 Prozentpunkte von 28,4% auf 30,8% war auf den massiven Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und die krisenbedingten Mehrkosten für die Sozialschutzsysteme zurückzuführen; in der Folge kam es in Österreich jedoch wieder zu einem kontinuierlichen Rückgang der Sozialquote auf zuletzt 29,3%³ im Jahr 2011.

Die stark steigenden Sozialausgaben im Jahr 2009 wirkten einer Verschlechterung des Lebensstandards der von der Krise betroffenen Bevölkerungsgruppen entgegen. Wie bereits dargestellt, ist trotz Krise die Massenkaufkraft nicht gefallen. Es gab auch keinen Anstieg der Ar-

² Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP in %

³ basiert auf vorläufige Zahlen; Stand: Mai 2012

mutsgefährdungsquote (siehe Kapitel 14). Diese den Lebensstandard stabilisierende Funktion der Sozialausgaben ist auch eine wesentliche Ursache dafür, dass Österreich schneller als viele andere EU-Staaten bei der Wirtschaftsleistung auf einen Wachstumspfad zurückkehren konnte. Dadurch konnte das Wachstum der Sozialausgaben wieder gedrosselt werden.

15.2.5 STEUEREINNAHMEN IM KONJUNKTURELLEN VERLAUF

Gerade die Belastung der öffentlichen Haushalte stellt eine schwierige Herausforderung im Zusammenhang mit der Bewältigung der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise dar. Zum einen wirkte sich die expansive Fiskalpolitik, die eine international koordinierte Reaktion auf den konjunkturellen Schock darstellte, negativ auf die öffentlichen Haushalte aus, zum anderen kam es bei den Steuern zusätzlich zu deutlichen Einnahmeausfällen.

Die Berichte des BMASK-Krisenmonitorings zeigen den Verlauf der Steuereinnahmen und differenzieren hierbei nach direkten Steuern (Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, EU-Quellensteuer und Körperschaftsteuer), Umsatzsteuer sowie sonstigen Steuern.

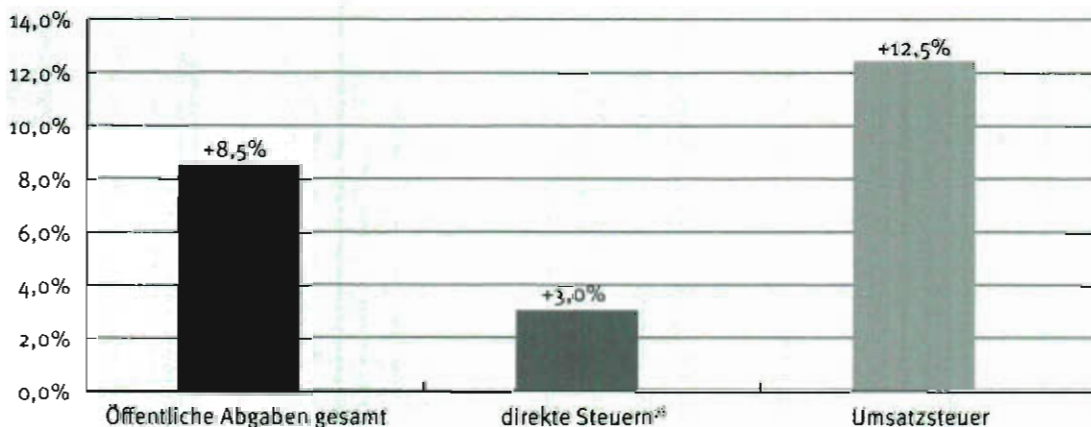
Der Vergleich der Jahreswerte 2008 bis 2011 zeigt einen beträchtlichen Einnahmenverlust 2009 von

7,6% oder 5,2 Mrd. EUR. In den Jahren danach kam es zu einer kontinuierlichen einnahmenseitigen Erholung, aber erst im Jahr 2011 konnten insgesamt wieder um 1,9% oder 1,3 Mrd. EUR mehr Steuereinnahmen lukriert werden als 2008.

Während der Abgabenerfolg aus der Umsatzsteuer im gesamten Berichtsverlauf relativ konstant blieb, führten der konjunkturelle Einbruch und die Bankenkrise vor allem zu hohen Einbußen bei der Körperschaftssteuer, die auch bis Ende 2011 noch nicht gänzlich ausgeglichen werden konnten: 2009 waren im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 Mrd. EUR (rd. -35%) weniger Einnahmen aus der Körperschaftssteuer festzustellen; dieser Rückgang wurde bis 2011 auf rd. 11% reduziert, wohingegen bei den Einnahmen aus der Lohnsteuer zwischen 2008 und 2011 wieder eine Zunahme von 2,2% zu erkennen ist.

Ein aktueller Vergleich der Monatssummen Jänner bis August 2012 zum Vorkrisenjahr 2008 zeigt eine deutliche Steigerung der gesamten öffentlichen Abgaben von 8,5%; bei den direkten Steuern ist zwar ein nomineller Anstieg von 3% feststellbar, inflationsbereinigt entspricht dies aber einem Rückgang, der nicht nur krisenbedingt erfolgte, sondern auch aus der Steuerreform 2009 resultiert (siehe Abschnitt 15.3.1). Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer verzeichneten seit 2008 ein deutliches Plus von 12,5%:

Veränderung der Steuereinnahmen von 2008-2012¹⁾



Quelle: BMF

1) jeweiliger Vergleichszeitraum: Monatssummen Jänner-August

2) veranlagte Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragssteuern, EU-Quellensteuer, Körperschaftsteuer

15.2.6 EINNAHMENENTWICKLUNG IN DER GESETZLICHEN SOZIALVERSICHERUNG

Der Konjunkturbruch 2009 wirkte sich auch auf das Ausmaß der Einnahmen in der gesetzlichen Sozialversicherung (SV) aus; zugleich wirkt die SV als wichtigster automatischer Stabilisator, indem im konjunkturellen Abschwung durch Transferzahlungen (v.a. aus der Arbeitslosenversicherung) die Kaufkraft – und somit die Binnenachfrage – stabilisiert wird. Um dieser Funktion gerecht werden zu können, muss besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Gebarung der Sozialversicherung sichergestellt sein.

Vor diesem Hintergrund wurden in den Krisenmonitoring-Berichten des BMASK die durchschnittlichen monatlichen Beitragsgrundlagen, die Anzahl der Beitragszahlenden sowie die kumulierte Summe der Beitragsgrundlagen beobachtet.

Während bereits im April 2009 ein Rückgang bei der Anzahl der Beitragszahlenden von 1,2% festzustellen war, stieg die durchschnittliche monatliche Beitragsgrundlage noch immer um (knapp über) 2% an. Dieser Anstieg ist auf die Lohn- und Gehaltsabschlüsse 2008 zurückzuführen, welche im Krisenjahr wirksam wurden. Im gesamten bisherigen Berichtszeitraum 2009 bis 2012 betrug der prozentuelle Anstieg

der durchschnittlichen Beitragsgrundlage relativ konstant zwischen 2,2% und 3,6%.

Bei der Anzahl der beitragszahlenden Personen kann der Krisenverlauf gut abgelesen werden: Während im Jänner 2009 im Vergleich zum Vorjahr mit einem leichten Zuwachs von rd. 9.000 Personen (+0,3%) noch das Niveau vor der Krise gehalten wurde, war bereits im Juli 2009 ein deutlicher, krisenbedingter Rückgang um 2% oder rd. 65.300 Personen im Vorjahresvergleich ersichtlich.

Das Ausmaß dieser rückläufigen Tendenz im Vergleich zu 2008 verringerte sich bis März 2010 auf 0,6%; ab der zweiten Hälfte 2010 kam es aufgrund der besseren Arbeitsmarktlage wieder zu einer nachhaltigen Zunahme. Im Dezember 2011 gab es wieder um rd. 90.300 mehr Beitragszahlende als im Vergleichsmonat des Jahres 2008; das entspricht einem Zuwachs von knapp über 3%.

Der aktuelle Vergleich zwischen Juni 2012 in Bezug auf den gleichen Zeitpunkt vor der Krise bereits wieder einen deutlichen Anstieg bei der durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 9%; die Zahl der Beitragszahlenden stieg im selben Zeitraum um 3% und die Summe der Beitragsgrundlagen erhöhte sich im Vergleich zum Juni 2008 sogar um fast 13%.

Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage (in EUR) und Anzahl der Beitragszahlenden in der gesetzlichen Sozialversicherung

	Junl 2012	Junl 2009	Junl 2008	Veränderung 2008-2012 In %
Durchschnittliche Beitragsgrundlage kumuliert	2.583	2.422	2.370	+9,0%
Anzahl der Beitragszahlenden	3.141.517	2.988.005	3.047.566	+3,1%
Summe der fälligen Beiträge kumuliert in 1.000 EUR	10.869.292	9.770.778	9.639.738	+12,8%

Quelle: BMASK, eigene Berechnungen

Demnach war der einnahmenseitige Zuwachs im Krisenjahr 2009 zwar geringer, ein Finanzierungseinbruch war jedoch nicht zu beobachten. Mittlerweile hat sich die Einnahmensituation der Sozialversicherung wieder normalisiert.

15.2.7 EUROPA IN DER SCHULDENKRISE

Die expansive, antizyklische Budgetpolitik und die Aktivierung der Funktion sozialer Schutzsysteme als automatische Stabilisatoren führten

neben den Einnahmefällen – wie zu erwarten – international zu einem rasanten Anstieg der Budgetdefizite sowie der Gesamtverschuldung der Staatshaushalte. Die Dimensionen der Budgetdefizite lagen innerhalb der Eurozone bereits 2009 weit auseinander: Während vier Staaten ein Defizit von über 10% aufwiesen, blieb die Neuverschuldung in sechs Staaten verhältnismäßig niedrig bei unter 5% (Österreich: -4,1%).

Ein besonders hoher Wert ergab sich 2010 mit rd. 31% im krisengebeutelten Irland, aber auch Großbritannien, Portugal, Spanien und Griechenland waren über zwei Jahre hinweg mit einem hohen Defizit von rd. 10% konfrontiert; auf internationaler Ebene zählte auch die USA zu dieser Gruppe.

Die Staatsschuldenquoten reagierten zeitversetzt, wurden aber zum ausschlaggebenden Merkmal des Übergangs von der Finanz- über die

Wirtschafts- zur Schuldenkrise. In den meisten Staaten kam es vor 2008 zu einer Stabilisierung bzw. zu einem Rückgang der Staatsschuldenquoten. Der massive Rückgang der Wirtschaftsleistung und die krisenbedingten höheren Staatsausgaben ließen jedoch die Staatsschuldenquoten im EU-27-Durchschnitt um 20 Prozentpunkte emporschnellen.

Während Österreichs Staatsverschuldung (gemessen am BIP) auf etwa 72% anwuchs, gerieten v.a. Griechenland, Irland und Portugal mit Staatsschuldenquoten von über 100% in Bedrängnis, da die Zinssätze für Staatsanleihen in diesen Ländern in die Höhe schnellten; die Aufnahme von Krediten stellte somit für Teile der Eurozone ein zunehmendes Problem dar. Die aus diesen Differenzen innerhalb der Währungsunion resultierende ökonomische Belastung erreichte 2011 ihren bisherigen Höhepunkt:

Entwicklung der Staatsschuldenquoten im Euroraum, in % des BIP

	2005	2008	2009	2010	2011	2008-11 in %-Punkten
Euroraum	70,2	70,1	79,9	85,3	87,2	17,1
EU-27	62,9	62,5	74,8	80,0	82,5	20,0
Belgien	92,0	89,3	95,8	96,0	98,0	8,7
Deutschland	68,6	66,7	74,4	83,0	81,2	14,5
Estland	4,6	4,5	7,2	6,7	6,0	1,5
Finnland	41,7	33,9	43,5	48,4	48,6	14,7
Frankreich	66,4	68,2	79,2	82,3	85,8	17,6
Griechenland	100,0	113,0	129,4	145,0	165,3	52,3
Irland	27,2	44,2	65,1	92,5	108,2	64,0
Italien	105,4	105,7	116,0	118,6	120,1	14,4
Luxemburg	6,1	13,7	14,8	19,1	18,2	4,5
Malta	69,7	62,3	68,1	69,4	72,0	9,7
Niederlande	51,8	58,5	60,8	62,9	65,2	6,7
Österreich	64,2	63,8	69,5	71,9	72,2	8,4
Portugal	67,7	71,6	83,1	93,3	107,8	36,2
Slowakei	34,2	27,9	35,6	41,1	43,3	15,4
Slowenien	26,7	21,9	35,3	38,8	47,6	25,7
Spanien	43,2	40,2	53,9	61,2	68,5	28,3
Zypern	69,4	48,9	58,5	61,5	71,6	22,7

Quelle: Eurostat, OECD, OeNB

Der krisenbedingte Anstieg der österreichischen Staatsverschuldung liegt 2011 mit rd. acht Prozentpunkten nur halb so hoch wie jener des gesamten

Euroraum-Durchschnitts; auch beim Niveau liegt Österreich mit 72% etwa 15 Prozentpunkte unter dem Vergleichswert des Euroraums.

Neben den währungsstabilisierenden Maßnahmen für die Eurozone (Stichwort: „Euro-Rettungsschirm“) wurde eine EU-weit restriktive Budgetpolitik forciert. Am 2. März 2012 einigten sich 25 EU-Länder (außer Großbritannien und Tschechien) auf einen Fiskalpakt, der eine strenge Haushaltsdisziplin in den EU-Mitgliedstaaten vorschreibt. Die vereinbarte Höchstgrenze für das strukturelle Defizit wurde auf 0,5% des Bruttoinlandsprodukts festgelegt; dieses Ziel soll mit Hilfe sogenannter „nationaler Schuldenbremsen“ erreicht werden, wonach die teilnehmenden Staaten die restriktiven Budgetziele in gesetzlicher Form festzulegen haben, damit diese vom EU-Gerichtshof überprüfbar werden. Unter der Voraussetzung, dass mindestens zwölf Staaten den Fiskalpakt ratifizieren, wird dieser am 1. Jänner 2013 in Kraft treten.

In Österreich wurde die Schuldenbremse Anfang Dezember 2011 einfachgesetzlich beschlossen und festgelegt, dass ab 2017 das strukturelle Defizit⁴ 0,35% nicht übersteigen soll; als mögliche Gründe für eine Umgehung der Schuldenbremse

wurden Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Konjunkturschwankungen festgelegt, wobei in diesen Fällen auch ein Rückführungsplan für das Defizit zu fixieren ist. Österreich ist einer der ersten Staaten, die den EU-Pakt für eine strikte Haushaltsdisziplin auf nationaler Ebene verwirklichte.

Gemeinsam mit der Ratifizierung des Fiskalpakts wurde von Österreich gleichzeitig auch der Vertrag für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ratifiziert, der ein dauerhaftes Instrument zur Bewältigung finanzieller Schwierigkeiten im Euroraum darstellen soll und durch die kurzfristige Bereitstellung von Finanzmitteln an mit Liquiditätsproblemen konfrontierte Staaten währungsstabilisierend wirkt.

Um diese fiskalpolitischen Bemühungen zu unterstützen, wurde Anfang Februar 2012 von der österreichischen Bundesregierung ein Maßnahmenpaket präsentiert, das für die Jahre 2012 bis 2016 kumuliert insgesamt ein Sparvolumen von 25,6 Mrd. EUR umfasst.

15.3 POLITISCHE MASSNAHMEN IN REAKTION AUF DIE WIRTSCHAFTSKRISE

Eingangs ist festzuhalten, dass die Steuerreform 2009 nicht unmittelbar als politische Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise konzipiert wurde; doch ein Vorziehen der bereits geplanten steuerlichen Reformen ermöglichte die relativ schnelle Umsetzung eines konjunkturunterstützenden Maßnahmenpakets, weshalb dessen Inhalte an dieser Stelle kurz behandelt werden.

15.3.1 STEUERREFORM 2009

Anfang November 2008 einigten sich die Regierungsparteien vor dem Hintergrund des drohenden wirtschaftlichen Einbruchs darauf, die für 2010 geplante Steuerreform um ein Jahr vorzuziehen, um Investitionen zu fördern und den Konsum zu stärken. Das Hauptvolumen der Reform wurde mit einer Tarifentlastung bei der Lohn- und Ein-

kommensteuer um 2,3 Mrd. EUR umrissen; zusätzlich wurden 500 Mio. EUR für die finanzielle Unterstützung von Familien veranschlagt sowie eine Spendenabsetzbarkeit und höhere Absetzbarkeit des Kirchenbeitrags im Gesamtausmaß von rd. 130 Mio. EUR ermöglicht. Die Besteuerung von Aktienoptionen für ManagerInnen sollte im Gegenzug Mehreinnahmen von rd. 30 Mio. EUR einbringen.

Von der Tarifentlastung profitierten vor allem Personen mit einem Jahreseinkommen zwischen 15.000 und 50.000 EUR brutto; die Entlastung für diese Einkommensgruppen beträgt durchschnittlich rd. 2% des zu versteuernden Bezugs. Bei einem Jahresbruttoverdienst von 15.000 EUR betrug die Entlastung beispielsweise 260 EUR, bei jenem von 30.000 EUR wurden 590 EUR weniger Steuern fällig.

⁴ Beim strukturellen Defizit werden Ausgaben, die auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen sind (z.B. Steuereinbußen, höhere Sozialausgaben aufgrund gestiegener Arbeitslosigkeit), herausgerechnet.

Für Selbstständige wurden die Freibeträge für Gewinne von 10% auf 13% erhöht und auf alle Gewerbetreibenden, Ein-Personen-Unternehmen und Selbstständige ausgeweitet. Im Zuge des Familienpakets wurden die Kinder- und Unterhaltsabsetzbeträge angehoben, Kinderbetreuungskosten für absetzbar

erklärt und ein neuer Kinderfreibetrag eingeführt.

Laut Berechnungen des Finanzministeriums (BMF) wurden im Zuge der Maßnahmen folgende Minderaufkommen bei den Abgaben (in Mio. EUR) nach Gebietskörperschaft veranschlagt:

Abgaben-Minderaufkommen nach Gebietskörperschaft, in Mio. EUR

	2009	2010	2011	ab 2012
Bund	-1.430	-1.915	-1.999	-2.039
Länder	-457	-611	-647	-660
Gemeinden	-248	-332	-354	-361
Gesamt	-2.135	-2.858	-3.000	-3.060

Quelle: Präsentation des BMF am 24.2.2009

15.3.2 PRIORITÄTEN DER ÖSTERREICHISCHEN KONJUNKTURPAKETE

Nach dem größten Einbruch der Weltkonjunktur seit dem 2. Weltkrieg reagierten zahlreiche Staaten im Zuge der Finanzkrise mit der Umsetzung konjunkturbelebender Maßnahmenpakete sowie mit Unterstützungsprogrammen für den Finanz- und Bankensektor. Im folgenden Kapitel

sollen vor allem die in Österreich umgesetzten Konjunkturpakete I und II dargestellt werden.

Bereits im Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode vom Dezember 2008 wird die Umsetzung der zwei Konjunkturpakete skizziert. Das erste im Oktober 2008 beschlossene Maßnahmenpaket wird als „Mittelstandsmilliarde“ bezeichnet und umfasste folgende Schwerpunkte:

Konjunkturpaket I, in Mio. EUR

Wirkungszeitraum:	2009	2010
Investitionen in Infrastruktur		
ÖBB und ASFINAG	225	225
Breitband-Offensive	10	0
Finanzierungskostensenkung für Unternehmen		
Drittmittelkredite EIB ¹⁾	200	200
Haftungsrahmen-Erhöhung aws ²⁾	400	400
Zinsgünstige ERP-Kredite ³⁾	200	200
Stille Beteiligungen (aws)	40	40
Erhöhung der Einkommen privater Haushalte		
Bausparförderung	20	20
Subventionen		
Internationalisierungsoffensive ⁴⁾	25	25
SUMME	1.120	1.110

Quelle: BMF, BMWFJ, IHS, WIFO

- 1) Europäische Investitionsbank; günstige Kredite v.a. für kleine und mittelständische Unternehmen sowie für Forschung und Entwicklung
- 2) Austria Wirtschaftsservice (aws-mittelstandsfonds): Fonds für stille Unternehmensbeteiligungen und Anbieter von Eigenkapital
- 3) „European Recovery Program“ stellt günstige Kredite für Kleinunternehmen zur Verfügung.
- 4) Unterstützungsprogramm für österreichische Exporteure und Investoren

Das erste Konjunkturpaket war darauf ausgerichtet, v.a. kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auf unterschiedliche Weise Unterstützung zu bieten: Zum einen wurden öffentliche Infrastrukturprojekte in der Höhe von jährlich bis zu rd. 240 Mio. EUR vorgezogen, um insbesondere für Unternehmen im Hochbau die krisenbedingt schwierige Auftragslage zu kompensieren. Diese Investitionen wirkten beschäftigungsstabilisierend, wobei neben Sanierungen und Neubauten von Bahnhöfen auch etwa ein Viertel des veranschlagten Kapitals für Straßenprojekte vorgesehen wurde.

Neben diesen Infrastrukturmaßnahmen war das erste Konjunkturpaket aber in einem weitaus größeren Ausmaß ein Programm zur Abwendung einer befürchteten „Kreditklemme“, indem zum einen günstige Konditionen für die Aufnahme von Kapital insbesondere für klein- und mittelständische Unternehmen geschaffen wurden,

zum anderen wurden staatliche Haftungen und Garantien ausgeweitet und stille Beteiligungen von Seiten des „AWS-Mittelstandsfonds“ erhöht. Insgesamt betrachtet wurde eine Senkung der Finanzierungskosten für KMU von jährlich rd. 840 Mio. EUR geschaffen. Damit war das Konjunkturpaket I in erster Linie auf die Absicherung der Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen im Krisenverlauf ausgerichtet.

Ende Dezember 2008 wurde das Konjunkturpaket II beschlossen, das mit einem Volumen von rd. 1,6 Mrd. EUR für die folgenden zwei Jahre ein breites Investitionsspektrum umfasste und vor allem mit vorgezogenen Neubauten, Generalsanierungen und Instandhaltungen eine Stabilisierung der Bauwirtschaft bewirkte. Neben dieser vorrangigen Wirkungsrichtung enthielt dieses Konjunkturpaket auch eine Beschäftigungsoffensive und mit der Einführung des Gratis-Kindergartenjahrs eine Förderung der Familien:

Konjunkturpaket II, in Mio. EUR

Wirkungszeitraum:	2009	2010
Investitionen in Infrastruktur		
BIG-Projekte	355	520
Thermische Sanierung	100	0
Finanzierungskostensenkung für Unternehmen		
Vorzeitige Abschreibung	0	250
Regionale Beschäftigungsoffensive		
AMS-Mittel	35	35
Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung	40	40
Maßnahmen Bund		
Kostenloses Kindergartenjahr	70	70
Forschungsförderung	50	50
SUMME	650	965

Quelle: BMF, BMWFJ, IHS, WIFO

Die Konjunkturpakete wurden außerdem von einer Steuerreform begleitet, die aus einer Lohnsteuerentlastung, einem Familienpaket, einem Gewinnfreibetrag und der erweiterten Spendenabsetzbarkeit bestand und für die 2009 und 2010 mit einem Volumen von insgesamt rd. 6 Mrd. EUR budgetiert wurde. Hinzu kamen im selben Zeitraum Maßnahmen der Bundesländer in Höhe von rd. 2 Mrd. EUR und die Verschrottungsprämie (23 Mio. EUR).

Insgesamt ergeben diese Maßnahmen ein Volumen von 12 Mrd. EUR für die Jahre 2009 und 2010; trotz schwieriger Vergleichbarkeit der unterschiedlich strukturierten Maßnahmenpakete siedeln sowohl das Institut für Höhere Studien (IHS) als auch die Europäische Kommission die österreichischen Konjunkturpakete im internationalen Ländervergleich in der finanziellen Gesamtdimension (steuer- und ausgabenseitige

Maßnahmen) im oberen Bereich an. Laut einer vom IHS veröffentlichten OECD-Übersicht⁵ liegt Österreich mit Luxemburg und Spanien an der europäischen Spitze und international an achter Stelle (Vergleich von 28 Staaten).

15.3.3 SOZIALE ASPEKTE DER BUDGETKONSOLIDIERUNG

Die Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Konjunkturerinbruchs führte zu einer langfristigen Einengung des budgetären Spielraums; erste Konsolidierungsmaßnahmen wurden nach Überwindung des Krisenjahrs bereits 2010 verkündet. Wie im dritten vertiefenden Halbjahresbericht des Krisenmonitorings dargestellt, wurden im Jahr 2011 um rd. 3% weniger Finanzmittel als ursprünglich für das Budget vorgesehen veranschlagt; die Einsparung wurde mit 2,17 Mrd. EUR beziffert.

Auf die Budgetbereiche Arbeit, Soziales und Gesundheit entfiel eine Einsparung von rd. 870 Mio. EUR, davon wiederum wurde bei der Ausgabenposition „Arbeit“ mit rd. 260 Mio. EUR – auch aufgrund der bereits besseren Lage auf dem Arbeitsmarkt – die größte Kürzung (-4%) umgesetzt. Im Jahr 2011 wurden diese Einsparungsbemühungen um weitere 180 Mio. EUR verstärkt. Die Bereiche mit den nächstgrößten budgetären Kürzungen für 2011 gegenüber der ursprünglichen Planung waren „Familie und Jugend“ (-290 Mio. EUR bzw. -4,4%) sowie „Soziales und Konsumentenschutz“ (-60 Mio. EUR bzw. -2,5%). Höhere Ausgaben wurden den Positionen „Sozialversicherung“ (+300 Mio. EUR) und „Gesundheit“ (+70 Mio. EUR) zugewiesen.

In folgender Tabelle werden die (bereits restriktiveren) Budgetvoranschläge den tatsächlichen Ausgaben gegenübergestellt:

Budgetvoranschläge und tatsächliche Ausgaben, in Mio. EUR

Bereich	Ausgaben 2010	Ausgaben 2011	Budgetvoranschlag (BVA) 2011	Ausgaben-BVA 2011 (Differenz)	Ausgaben 2010-2011 (Differenz)
Arbeit	6.335	6.034	5.974	60	-301
Soziales und Konsumenten	2.321	2.454	2.363	91	133
Sozialversicherung	9.238	9.114	9.611	-497	-124
Gesundheit	995	904	848	56	-91
Gesamt	18.889	18.506	18.796	-290	-383

Quelle: BMF

Insbesondere die geringer als im Budgetvoranschlag ausgefallenen Ausgaben in der Sozialversicherung ermöglichten eine um 290 Mio. EUR höhere Ersparnis als in der bereits gekürzten Haushaltsplanung vorgesehen. Insgesamt konnte in den sozialen Ausgabenpositionen im Vergleich zum Jahr 2010 eine Ersparnis von 383 Mio. EUR erreicht werden. Diese Einsparungen wurden durch eine Vielzahl von Maßnahmen zu Wege gebracht.

Retrospektiv betrachtet stellten diese Bemühungen nur einen Zwischenschritt bis zur Erstellung

eines der umfangreichsten Konsolidierungspakete der Zweiten Republik dar, das von 2012 bis 2016 ein kumuliertes öffentliches Einsparungsvolumen von 26,5 Mrd. EUR vorsieht. Im Zuge der Maßnahmen soll das strukturelle gesamtstaatliche Defizit (in % des BIP) bereits 2012 unter die 3%-Marke fallen, das gesamtstaatliche Defizit soll 2013 diese Schwelle unterschreiten.

In folgender Tabelle werden die mit Hilfe des Konsolidierungspaketes in Aussicht genommenen Verbesserungen beim Defizitpfad sowie bei der Schuldenquote dargestellt:

⁵ vgl. Berger, Johannes/Hanappi, Tibor/Hofer, Helmut u.a.: Konjunkturlebende Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und der Bundesländer; Studie des IHS im Auftrag des BMWFJ, Wien, Juni 2009, S. 8

Konsolidierungspaket 2012: Defizitpfad und Schuldenquote

	2012	2013	2014	2015	2016
Prognose gesamtstaatliches Defizit (Februar 2012)	-3,2%	-3,5%	-3,2%	-2,8%	-2,6%
Gesamtstaatliches Defizit nach Konsolidierungspaket 2012	-3,0%	-2,2%	-1,5%	-0,7%	-0,1%
Strukturelles Defizit nach Konsolidierungspaket 2012	-2,6%	-1,9%	-1,5%	-0,9%	-0,6%
Konsolidierung in Mrd. EUR					
Gesamtstaat	0,58	4,09	5,42	7,29	9,08
Bund	0,40	3,38	4,00	5,50	6,60
Länder u. Gemeinden	0,11	0,57	1,18	1,39	1,96
Schuldenquote					
... laut Bundesfinanzrahmen 2012-15	75,0%	75,5%	75,1%	74,4%	k.A.
... nach Konsolidierungspaket 2012	74,8%	75,4%	74,7%	73,1%	71%

Quelle: Bundeskanzleramt Österreich

Neben den vielfältigen Einsparungsmaßnahmen wurden aber auch im Sozialsystem sogenannte „Zukunftsinvestitionen“ vereinbart:

- » Arbeitsmarktoffensive bis 2016 für ältere Menschen (zusätzlich 750 Mio. EUR)
- » Verlängerung des Pflegefonds ab 2015 (zusätzlich 650 Mio. EUR)

Um die soziale Ausgewogenheit der Sparmaßnahmen zu verstärken, wurde befristet bis 2016 eine sogenannte „gestaffelte Solidarabgabe“ eingeführt, die bei unselbstständig Erwerbstätigen ab einem Bruttojahresverdienst von 184.000 EUR

und für UnternehmerInnen ab einem Gewinn von 175.000 EUR abzuführen ist. Bei dieser Maßnahme wird mit Mehreinnahmen von 110 Mio. EUR pro Jahr von 2013 bis zum Jahr 2016 gerechnet.

Eine ähnliche Intention verfolgt die Abschaffung der Spekulationsfrist beim Verkauf von Immobilien (ausgenommen Hauptwohnsitze; ab 2016: 750 Mio. EUR pro Jahr) und die Unterstützung der Bundesregierung für die EU-weite Einführung einer Finanztransaktionssteuer⁶. Diese Steuer in der Höhe von beispielsweise 0,01% auf den Handel mit Derivaten könnte zwischen 0,5 und 1 Mrd. EUR jährlich zur österreichischen Budgetsanierung beitragen.

15.4 SOZIALE FOLGEN DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE

Der erste Quartalsbericht des nationalen Krisenmonitorings wurde Ende April 2009 erstellt. Folgende Indikatoren, die insgesamt sieben

Bereichen zugeordnet wurden, wurden für die Beobachtung der sozialen Folgen der Krise ausgewählt:

Indikatoren zum nationalen Krisenmonitoring

1 Arbeitsmarkt	Aufgelöste Beschäftigungsverhältnisse
	Neueinstellungen
	Bestehende unselbstständige Beschäftigungsverhältnisse
	Atypische Beschäftigungsverhältnisse
2 Arbeitslosigkeit	Bestand Arbeitslose
	Langzeitbeschäftigungslose
	Durchschnittliche Höhe des ALV ⁹ -Leistungsbezugs

Fortsetzung auf der nächsten Seite

⁶ Im Oktober 2012 meldeten 9 Euro-Länder (inkl. Österreich) die Einführung einer Finanztransaktionssteuer bei der EU-Kommission schriftlich an.

Indikatoren zum nationalen Krisenmonitoring (Fortsetzung)

3	Förderungen und Beihilfen des AMS	Beschäftigungsförderungen
		Qualifizierungsförderungen
		Unterstützungsangebote
		Kurzarbeit
		Altersteilzeit
4	Insolvenzentgeltsicherung	Anzahl der Zuerkennungsbescheide
		Zuerkanntes Insolvenzentgelt aus dem Fonds
5	Mindestsichernde Leistungen	Entwicklung der GeldleistungsbezieherInnen aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung bzw. offenen Sozialhilfe
6	Zahlungsstörungen bei Privatkrediten	Personen mit massiven Zahlungsstörungen
		Anzahl der Zahlungsstörungen
7	Einnahmen des Staates und der gesetzlichen Sozialversicherung (SV)	Steuereinnahmen
		Durchschnittliche monatliche Beitragsgrundlage und
		Anzahl der Beitragszahlenden in der gesetzlichen SV
		Summe der SV-Beitragsgrundlagen (ab dem 4. Quartalsbericht)

1) Arbeitslosenversicherung

15.4.1 ENTWICKLUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT

Während im 4. Quartal 2008 noch ein Anstieg der Beschäftigung um 1,4% im Vergleich zum Vorjahresquartal festzustellen war, wurde im 1. Quartalsbericht des BMASK-Krisenmonitorings der Einbruch auf dem österreichischen Arbeitsmarkt sichtbar: Bei den Jänner-Daten 2009 kam es bei den aufgelösten Beschäftigungsverhältnissen zu einem Anstieg von insgesamt rd. 16% im Vergleich zum Vorjahr; die Neueinstellungen nahmen im selben Zeitraum um 0,3% ab und die bestehenden Beschäftigungsverhältnisse erreichten nur mehr einen verschwindenden Zuwachs von 0,2%.

Dementsprechend deutliche Auswirkungen waren bei der Arbeitslosigkeit zu beobachten: Während im 1. Quartal 2008 noch eine im Vergleich zum Vorjahresquartal sinkende Arbeitslosigkeit von -10,7% feststellbar war, kam es im 4. Quartal desselben Jahres bereits zu einem geringfügigen Anstieg von rd. 3%, der im ersten Quartal des darauffolgenden Jahres auf knapp 21% anwuchs. Im zweiten Quartal 2009 machte der Anstieg der Arbeitslosigkeit bereits rd. 29% aus und die österreichische Arbeitslosenquote nach Eurostat erhöhte sich bereits im 1. Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte auf 4,4%.

Bewegungen am Arbeitsmarkt

In den Berichten des BMASK-Krisenmonitorings wurden vor allem auch die Arbeitsmarktbewegungen beobachtet, um die sich verändernde Dynamik bei den Erwerbsverhältnissen zu erfassen. Bereits im April 2009 war im Vergleich zu 2008 eine deutliche Abnahme der aufgelösten Beschäftigungsverhältnisse festzustellen (-7%); dies wurde u.a. damit interpretiert, dass aufgrund des Konjunkturerinbruchs weniger Personen das Risiko auf sich nahmen (bzw. die Möglichkeit hatten), ihre Arbeitsplatzsituation auf Eigeninitiative zu verändern. Im Dezember 2011 wurden erstmals wieder (um 6%) mehr Beschäftigungsverhältnisse aufgelöst als vor der Krise.

Der Entwicklungsverlauf der Neueinstellungen vermittelt ein eindeutiges Bild: Bereits im Jänner 2009 zeigte sich hier ein Rückgang von 0,3%; bis zum Oktober 2009 gingen die Neueinstellungen um über 8% zurück. Erst im Dezember 2011 konnte bei den Neueinstellungen im Vergleich zu 2008 wieder ein deutlicher Zuwachs von rd. 10% nachgewiesen werden.

Auch die bestehenden unselbstständigen Beschäftigungsverhältnisse waren Anfang 2009 noch in etwa auf dem Vorjahresniveau; danach

kam es zu einem krisenbedingten Abfall, wobei der Höchstwert eines rd. zweiprozentigen Rückgangs im September 2009 feststellbar ist. In weiterer Folge trat tendenziell eine Erholung ein, wobei im Juli 2011 erstmals wieder annähernd das Niveau von 2008 erreicht wurde. Dieser positive Trend verstärkte sich bis Februar 2012, als wieder um rd. 2% mehr unselbstständige Beschäftigungsverhältnisse als im Vergleichszeitraum 2008 bestanden.

Die folgende Tabelle ermöglicht einen Überblick über die Bewegungen am Arbeitsmarkt im Jahresvergleich mit letztverfügbaren Daten: Im August 2012 bestanden um 2,8% mehr unselbstständige Beschäftigungsverhältnisse als im Vergleichsmonat des Jahres 2008. Hingegen ist bei den auf-

gelösten Beschäftigungsverhältnissen bei den letztverfügbaren Juni-Daten noch ein Rückgang von 3,5% zu beobachten; bei den Neueinstellungen hat sich der Rückgang bis zum Juni 2012 im Vergleich zu 2008 wieder auf 13% ausgeweitet, nachdem zwischen 2009 und 2011 ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen war. Diese Entwicklung weist auf eine in Teilbereichen angespanntere Arbeitsmarktlage 2012 hin als dies in den beiden vorherigen Jahren der Fall war.

Insgesamt betrachtet kann jedoch die Lage im Bereich der Arbeitsmarktbewegungen aufgrund der nun höheren Anzahl bestehender unselbstständiger Beschäftigungsverhältnisse als 2008 in einem hohen Ausmaß als gefestigt angesehen werden.

Bewegungen am Arbeitsmarkt

	Insgesamt			Veränderungen Juni 2008-2012 in %		
	Juni 2012	Juni 2009	Juni 2008	Frauen	Männer	Insges.
Aufgelöste Beschäftigungsverhältnisse	97.474	91.509	100.973	-4,2%	-2,9%	-3,5%
Neueinstellungen	121.515	115.566	139.738	-12,2%	-13,8%	-13,0%
				Veränd. Aug. 2008-2012 in %		
	August 2012	August 2009	August 2008	Frauen	Männer	Insges.
Bestehende unselbst. Beschäftigungsverhältnisse	3.541.610	3.392.697	3.445.042	+3,8%	+2,0%	+2,8%

Quellen: AMS DWH bei „Aufgelöste Beschäftigungsverhältnisse“ und „Neueinstellungen“; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger bei „Bestehende Beschäftigungsverhältnisse“.

Arbeitslosigkeit

Im 4. Quartal 2009 wurde die österreichische Bevölkerung mit dem bisher höchsten Arbeitslosigkeitsniveau konfrontiert: Die Arbeitslosenquote erreichte 5,1%, was im Vorjahresvergleich einen Zuwachs um 1,4 Prozentpunkte bedeutete.

Trotz dieser beunruhigenden Entwicklung stellte sich die Situation in Österreich im Vergleich zu den anderen EU-Staaten bereits zu diesem Zeitpunkt besser dar: Gemeinsam mit Luxemburg lag die Arbeitslosenquote in Österreich nach den Niederlanden an zweitniedrigster Stelle der 27 EU-Mitgliedstaaten.

Im 2. Quartalsbericht des BMASK-Krisenmonitorings wurde mit einem 33-prozentigen Anstieg die höchste Zunahme von Arbeitslosigkeit beobachtet: Insgesamt waren im Juni 2009 um rd. 57.000 mehr Personen arbeitslos als im Jahr zuvor; die Gesamtzahl stieg somit auf beinahe 230.000 von Arbeitslosigkeit betroffene Personen (inkl. über 64-Jährige).

Am stärksten betroffen vom Anstieg der Arbeitslosigkeit war – vor allem zu Beginn der Krise – der Produktionssektor: Hier musste im Juni 2009 im Vergleich zu 2008 die größte Zunahme von 64% bewältigt werden. Die gegensteuernde Maßnahme des Ausbaus der Kurzarbeit konnte hier eine wichtige Überbrückungshilfe bieten.

Im weiteren Verlauf entspannte sich die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt: Österreich baute seine im Europavergleich (vergleichsweise) günstige Situation auf dem Arbeitsmarkt aus und nimmt seit Juni 2011 durchgehend mit rd. 4% Arbeitslosigkeit den besten Platz ein; im August 2012 bestand bereits ein deutlicher Abstand von fast einem Prozentpunkt zu den Niederlanden – jenem Land mit der zweitniedrigsten Arbeitslosigkeit in Europa.

Die aktuelle durchschnittliche EU-Arbeitslosenquote von 10,4% und Spitzenwerte in Spanien (25,1%) und Griechenland (24,4%) zeigen, dass – trotz der im Vergleich zur Situation vor Eintritt der Krise noch immer höheren Arbeitslosigkeit in Österreich – die Krise am heimischen Arbeitsmarkt vergleichsweise erfolgreich bewältigt werden konnte.

In folgender Tabelle wird der Entwicklungsverlauf der Arbeitslosigkeit in Österreich bis zur aktuellen Situation im August 2012 dem Zeitpunkt vor Eintritt der Krise im Jahr 2008 gegenübergestellt: Insgesamt betrachtet ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen im August 2012 zwar geringer als im Krisenjahr 2009, dennoch ist gegenüber demselben Vergleichsmonat vor Eintritt der Wirtschaftskrise noch immer ein Anstieg von rund 27% festzustellen. Der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Jahre 2010 und 2011 wurde aus der Perspektive letzter verfügbarer Daten wieder verringert, wobei diese Entwicklung im Zusammenhang mit den europaweiten Auswirkungen der Euro-Schuldenkrise zu interpretieren ist, die eine angespanntere Arbeitsmarktlage für das Jahr 2012 erwarten ließ.

Bestand Arbeitslose

	Insgesamt			Veränderungen August 2008-2012 in %		
	August 2012	August 2009	August 2008	Frauen	Männer	Insgesamt
Produktionssektor	38.234	52.285	33.119	+6,7%	+19,2%	+15,4%
Dienstleistungssektor	180.726	175.487	140.178	+24,4%	+34,3%	+28,9%
Sonstige (inkl. Primärs.)	13.701	11.031	10.632	+31,5%	+25,8%	+28,0%
15-24 Jahre	38.066	41.250	31.852	+14,4%	+24,5%	+19,5%
25-54 Jahre	169.176	175.832	133.510	+23,0%	+30,7%	+26,7%
55-64 Jahre	25.247	21.557	18.395	+44,6%	+33,7%	+37,2%
Gesamtsumme¹⁾	232.661	238.803	183.929	+22,9%	+30,0%	+26,5%

Quellen: AMS DWH

1) inkl. über 64-jährige

Seit 2008 war durchgängig ein deutlich höherer Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Männern zu beobachten; auch im August 2012 war im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt vor Eintritt der Wirtschaftskrise der Anstieg bei den Frauen insgesamt um 7 Prozentpunkte geringer. Ein Grund hierfür könnte darin liegen, dass v.a. im Jahr 2009 der noch immer männerdominierte Produktionssektor vom Anstieg der Arbeitslosigkeit massiv betroffen war. Mittlerweile hat sich die

verbliebene Differenz des Anstiegs um etwa 14 Prozentpunkte stärker auf den Dienstleistungssektor verlagert; auch in absoluten Zahlen ist dieser Sektor mit insgesamt rd. 41.000 Personen am stärksten vom krisenbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 2008 betroffen.

Zu Beginn des Krisenjahres 2009 war vor allem die Altersgruppe der 14- bis 24-jährigen von zunehmender Arbeitslosigkeit betroffen; ab 2010

7 Werte jeweils vom August 2012

wurden vermehrt Personen im Alter zwischen 25 bis 54 Jahren arbeitslos. Im August 2012 zeigt sich ein umgekehrtes Bild: Während die Gruppe der 55- bis 64-Jährigen seit 2008 mit einem Zuwachs von 37% konfrontiert sind, ist bei der jüngsten Altersgruppe prozentuell der geringste Anstieg festzustellen; allerdings ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass sich etwa 73% der gesamten Arbeitslosen in der mittleren und größten Altersgruppe befinden und sich in dieser Gruppe daher in absoluten Zahlen der weitaus bedeutendste Anstieg von etwa 36.000 Personen seit August 2008 ergab.

LeistungsbezieherInnen aus der Arbeitslosenversicherung

Die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (ALV) stellen wesentliche sogenannte „automatische Stabilisatoren“ dar, die in Zeiten wirtschaftlicher Verwerfungen und damit einhergehender Arbeitsplatzverluste die entstehenden Einkommenseinbußen begrenzen. Durch das Arbeitslosengeld und die daran anschließende Notstandshilfe soll zumindest etwas mehr als die Hälfte des gewohnten Lebensstandards finanziell gesichert werden.

Neben dieser zentralen Funktion als Versicherungsleistung zur Milderung des sozialen und finanziellen Risikos der Arbeitslosigkeit erfüllen diese Sozialleistungen aber auch eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion, indem sie die Kaufkraft stabilisieren. Beide Funktionen waren im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise wichtige Faktoren für die erfolgreiche Bewältigung des Konjunkturinbruchs.

Bereits im Dezember 2008 war ein Anstieg der durchschnittlichen Höhe der monatlichen Arbeitslosengeldleistung im Vergleich zum Vorjahr von rd. 3% festzustellen. Dieser Anstieg erreichte im Juni 2010 mit fast 11% seinen höchsten Wert – vor allem, weil verstärkt Personen mit einem höheren Einkommen arbeitslos wurden. Danach schwächte sich diese Entwicklung ab und im November 2011 betrug der Rückgang bei der durchschnittlichen Höhe des Arbeitslosengeldes rd. 7%. Das heißt, der Rückgang der generellen Arbeitslosig-

keit seit 2010 ist hauptsächlich auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit in den mittleren und höheren Einkommensgruppen zurückzuführen.

Im Februar 2009 wurde – krisen- und saisonbedingt – mit rd. 195.000 Personen der höchste Stand der BezieherInnen von Arbeitslosengeld verzeichnet; im darauffolgenden Juni 2009 wurde mit einem Zuwachs von rd. 48% im Vergleich zum Vorjahr die höchste Steigerung beobachtet.

Während zu Beginn der Krise der Anstieg bei den Arbeitslosengeld-BezieherInnen im Vergleich zum Jahr 2008 dominierte und jenen bei der Notstandshilfe-BezieherInnen um etwa 10 Prozentpunkte übertraf, blieb ab der zweiten Jahreshälfte 2010 jener der Notstandshilfe-BezieherInnen annähernd gleich, während die BezieherInnen von Arbeitslosengeld bereits deutlich abnahmen. Im November 2011 kam es bei den Arbeitslosengeld-BezieherInnen im Vergleich zu 2008 mit rd. 131.000 Personen erstmals wieder zu einem Rückgang von 1,6%.

Der Anstieg der Notstandshilfe-BezieherInnen blieb hingegen mit 27% konstant hoch; im November 2011 bezogen etwa 98.000 Personen Notstandshilfe, um 21.000 Personen mehr als zum gleichen Zeitpunkt 2008. Dieser Anstieg bei den NotstandshilfebezieherInnen ist ein Hinweis, dass Personen mit gravierenden Vermittlungseinschränkungen auch noch drei Jahre nach Eintritt der Krise große Probleme haben, einen stabilen Arbeitsplatz zu finden.

Ein Indiz hierfür stellt auch die relativ konstante Steigerungsrate beim Bestand der Langzeitbeschäftigungslosen dar: Im August 2012 waren mit fast 49.000 um rd. 43% mehr Personen als 2008 über ein Jahr lang beschäftigungslos; in dieser Kategorie werden AMS-Schulungsmaßnahmen oder Bezugssperren nicht als Unterbrechung gewertet, sondern nur eine Arbeitsaufnahme oder eine Krankheitsdauer von über 62 Tagen.

Erfahrungsgemäß gelingt es erst nach einem längeren Zeitraum der Arbeitsmarktbelegung, stabile Arbeitsplätze für diese erwerbsferne Zielgruppe zur Verfügung zu stellen.

Beim Pensionsvorschuss stieg die Anzahl der LeistungsbezieherInnen im Vergleich zum Zeitpunkt vor der Krise relativ moderat zwischen fünf und zehn Prozent; zuletzt betrug der Anstieg von November 2008 bis 2011 nur mehr ca. 3% auf rd. 19.500 Personen. Demnach stellten vorzeitige oder invaliditätsbedingte Pensionierungen zumindest keinen dominierenden Ausweg bei krisenbedingter Arbeitslosigkeit älterer Personen dar.

Aktuelle Zahlen zeigen beim Pensionsvorschuss zwischen Mai 2012 zum Vergleichsmonat 2008 sogar einen leichten Rückgang der BezieherInnen von einem Prozent, wohingegen bei jenen Personen, die Arbeitslosengeld beziehen, im gleichen Zeitraum wieder ein Anstieg von 17% festzustellen ist; bei den Notstandshilfe-BezieherInnen beträgt die Veränderung zwischen Mai 2012 und 2008 +32%. Diese Zahlen ergänzen das Bild einer bereits beschriebenen vermehrt herausfordernden Arbeitsmarktsituation für Personen mit längeren Arbeitslosigkeitsepisoden.

Leistungen der Arbeitslosenversicherung

	Insgesamt			Veränderungen Mai 2008-2012 in %		
	Mai 2012	Mai 2009	Mai 2008	Frauen	Männer	Insgesamt
LeistungsbezieherInnen						
Arbeitslosengeld	106.769	133.402	91.265	+13,0%	+21,1%	+17,0%
Notstandshilfe	101.961	88.499	77.450	+28,5%	+33,9%	+31,6%
Pensionsvorschuss	19.119	19.693	19.317	+4,0%	-3,8%	-1,0%
Durchschnittliche Höhe des monatlichen Leistungsbezugs						
Arbeitslosengeld	838,4 EUR	806,3 EUR	757,2 EUR	+10,9%	+9,9%	+10,7%
Notstandshilfe	689,3 EUR	608,6 EUR	595,2 EUR	+19,8%	+13,3%	+15,8%
Pensionsvorschuss	727,4 EUR	651,1 EUR	629,1 EUR	+17,8%	+15,2%	+15,6%

Quelle: AMS DWH

Arbeitszeit und Arbeitsvolumen

In Bezug auf die Arbeitszeit betraf der krisenbedingte Rückgang der Beschäftigung laut Statistik Austria nur die Vollzeitbeschäftigung; während im 3. Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahr mit rd. 2,7 Mio. Personen um 2% weniger Erwerbstätige vollzeitbeschäftigt waren, kam es im gleichen Zeitraum bei den Teilzeitbeschäftigten zu einem Anstieg von 6% auf fast 860.000 Personen.

Dieser Anstieg bei der Teilzeitbeschäftigung war bei Männern zumeist doppelt so hoch wie bei Frauen, wenngleich die Teilzeitquote der Frauen im gesamten Berichtszeitraum mit rd. 43% bis beinahe 46% durchgängig in etwa sechs Mal so hoch war wie jene der Männer (zwischen 7% und 8%).

Der Rückgang der Zahl der Vollzeitbeschäftigten betraf im Krisenjahr 2009 zunächst die Männer

in einem prozentuell etwas stärkeren Ausmaß, danach war das Niveau des Rückgangs bei beiden Geschlechtern etwa gleich hoch; zuletzt wurde im Vergleich zu 2008 wieder ein höherer Rückgang bei der Frauen-Vollzeitbeschäftigung gemessen. Im 4. Quartal 2011 wurde mit insgesamt rd. 2,7 Mio. vollzeitbeschäftigten Personen bereits fast wieder das Vorkrisen-Niveau erreicht; der Rückgang im Vergleich zu 2008 betrug nur mehr 0,7%.

Die aktuellsten Daten vom 2. Quartal 2012 bestätigen diesen Trend: Der Rückgang der Vollzeitbeschäftigten beträgt im Vergleich zum Zeitpunkt vor der Krise 2008 nur mehr 0,3%, bei den Männern wurde das Vorkrisenniveau bereits wieder exakt erreicht. Allerdings wird hier auch deutlich, dass sich der Anstieg der unselbständig Erwerbstätigen auf die Teilzeit konzentriert: Hier ist zwischen dem 2. Quartal 2012 und je-

nem des Jahres 2008 insgesamt ein Anstieg von 13% zu erkennen. Absolut betrachtet stieg die Teilzeitquote der Frauen um 3 Prozentpunkte

auf fast 46%, während jene der Männer mit 7,7% immer noch vergleichsweise gering ausfällt und um 1,3 Prozentpunkte zunahm.

Unselbstständig Erwerbstätige, nach Voll- und Teilzeitbeschäftigung

Daten vom 2. Quartal 2012 in 1.000

	Insgesamt		Frauen		Männer	
	2. Q 2012	Veränd. zum 2. Q 08 in %	2. Q 2012	Veränd. zum 2. Q 08 in %	2. Q 2012	Veränd. zum 2. Q 08 in %
Vollzeit	2.699	-0,3	939	-0,8	1.759	+0,0
Teilzeit	935	+13,3	788	+11,9	148	+21,7
Teilzeitquote	25,7%	+2,4%-Pkte.	45,6%	+3,0%-Pkte.	7,7%	+1,3%-Pkte.

Quellen: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

Diese Tendenz spiegelt sich auch in der Berichterstattung der insgesamt tatsächlich geleisteten Arbeitszeit unselbstständig Beschäftigter – beim Arbeitsvolumen – wider. Nach Branchen differenziert wird ersichtlich, dass im 3. Quartal des Krisenjahres 2009 im Vergleich zum Vorjahr in der Industrie und im Gewerbe eine deutliche Reduktion der geleisteten Arbeitszeit sowohl bei der Voll- als auch bei der Teilzeitbeschäftigung stattfand. Bei den Dienstleistungen kam es hingegen zu einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigung, wohingegen das Volumen der Vollzeitbeschäftigung hier in etwa gleich blieb.

Der letztverfügbare Vergleich des Arbeitsvolumens vom 2. Quartal 2008 bis 2012 zeigt immer noch einen Rückgang der Vollzeit-Arbeitsstunden von insgesamt 6,4%, während das Arbeitsvolumen der Teilzeitbeschäftigten um 7,8% angestiegen ist; vom Anstieg des Teilzeit-Arbeitsvolumens sind Männer überproportional betroffen (+19,9% zu +5,9% bei Frauen) – allerdings wie bereits dargestellt auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Verglichen mit dem 2. Quartal 2010 ist 2012 auch beim in Vollzeit geleisteten Arbeitsvolumen wieder ein leichter Anstieg zu beobachten:

Arbeitsvolumen¹⁾ der Erwerbstätigen in der Haupttätigkeit

	2. Q 2012	2. Q 2011	2. Q 2010	2. Q 2009	2. Q 2008	Veränd. 08 - 12 in %
Insgesamt	1.469,9	1.462,6	1.457,8	1.460,4	1.539,7	-4,5
Männer	880,6	876,9	876,9	864,4	930,6	-5,4
Frauen	589,3	585,8	580,9	596,1	609,0	-3,2
Vollzeit	1.252,7	1.253,0	1.249,3	1.254,1	1.338,1	-6,4
Männer	848,6	846,1	846,4	833,8	903,9	-6,1
Frauen	404,1	406,9	402,9	420,4	434,2	-6,9
Teilzeit	217,2	209,6	208,5	206,3	201,6	+7,8
Männer	32,1	30,8	30,5	30,6	26,7	+19,9
Frauen	185,2	178,9	178,0	175,7	174,8	+5,9

Quellen: Statistik Austria

1) tatsächlich geleistete Arbeitszeit der unselbstständig Beschäftigten, Summe in Mio. Stunden

Abschließend ist festzuhalten, dass auch im 2. Quartal 2012 das Arbeitsvolumen insgesamt betrachtet immer noch um 4,5% niedriger als vor der Krise ausgefallen ist; vom Rückgang der tatsäch-

lich geleisteten Arbeitszeit sind Männer im Vergleich zum 2. Quartal 2008 mit -5,4% um 2,2 Prozentpunkte relativ stärker betroffen als Frauen.

Flexible und atypische Beschäftigungsverhältnisse

Das BMASK-Krisenmonitoring bietet einen Vergleich über Veränderungen bei der Zahl folgender Beschäftigungsverhältnisse, um strukturelle Änderungen in diesem Beschäftigungssegment abzubilden:

- » Geringfügig Beschäftigte
- » Freie Dienstverträge
- » Geringfügige freie Dienstverträge
- » Neue Selbstständige

In diesen vier Kategorien kann eine durchwegs kontinuierliche Entwicklung seit dem 1. Quartal 2009 nachgezeichnet werden: Bei den geringfügig Beschäftigten wurde in allen Berichten ein Anstieg im Vergleich zum Jahr 2008 festgestellt; zuletzt betrug die Zunahme in dieser Beschäftigungsform im August 2012 zum Jahr 2008 16% oder etwa 42.000 Personen auf ein im Jahresvergleich höchstes Niveau von rd. 305.000 geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen seit August 2008. Da die maximale Verdiensthöhe dieser Beschäftigungsform auch als Zuverdienstgrenze bei verschiedenen Sozialleistungen (insbesondere Arbeitslosengeld und Notstandshilfe) gilt, könnte der Zuwachs in dieser Kategorie auch diesbezüglich krisenbedingte Ursachen haben.

Bei den freien Dienstverträgen kam es hingegen im bisherigen Berichtszeitraum nahezu aus-

nahmslos zu einer kontinuierlich rückläufigen Tendenz; dies betraf auch die geringfügigen freien Dienstverträge: Gab es im August 2008 noch in etwa 23.900 Freie DienstnehmerInnen, so reduzierte sich die Anzahl der Personen in dieser Beschäftigungsform bis August 2012 auf rd. 18.500, was einen deutlichen Rückgang von fast 23% bedeutet. Bei den geringfügig beschäftigten Freien DienstnehmerInnen reduzierte sich die Anzahl im selben Zeitraum um 8.000 Personen auf ca. 31.300 Beschäftigungsverhältnisse (-20,8%).

Grund für diesen Rückgang könnten die Bemühungen gewesen sein, jenen Teil der freien Dienstverträge zurückzudrängen, der tatsächlich unselbstständigen Beschäftigungsverhältnissen entspricht. Dessen ungeachtet nahm jedoch im selben Vergleichszeitraum die Zahl der sogenannten „Neuen Selbstständigen“ kontinuierlich um insgesamt 9% auf 43.000 Erwerbstätige zu.

Bei den Zahlen zu den (geringfügig) freien Dienstverträgen zeigt sich ein ausgeglichenes Bild hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Veränderungen. Hingegen sind von der Zunahme der geringfügigen Beschäftigung Männer um 17 Prozentpunkte stärker betroffen, bei den Frauen fällt wiederum die Zunahme bei den neuen Selbstständigen um 9 Prozentpunkte stärker aus.

Flexible (atypische) Beschäftigung

	Insgesamt			Veränderungen August 2008-2012 in %		
	August 2012	August 2009	August 2008	Frauen	Männer	Insgesamt
Geringfügig Beschäftigte	304.589	276.788	262.248	+10,7%	+27,7%	+16,1%
Freie Dienstverträge	18.483	22.732	23.887	-21,6%	-23,7%	-22,6%
Geringfügig freie Dienstverträge	31.329	36.236	39.550	-20,6%	-21,1%	-20,8%
Neue Selbstständige	43.035	40.719	39.667	+13,9%	+4,6%	+8,5%

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen

15.4.2 VON ARMUT ODER SOZIALER AUSGRENZUNG BEDROHTE PERSONEN

Die soziale Zielgruppe der Europa 2020-Strategie umfasst drei Sub-Gruppen, nämlich

- » von Einkommensarmut bedrohte und betroffene Personen,
- » in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit lebende Personen und
- » unter erheblicher materieller Deprivation⁸ lebende Personen.

Auf EU-Ebene wurde das Ziel formuliert, diese damals 115 Mio. Personen umfassende soziale Zielgruppe innerhalb von zehn Jahren um 20 Mio. Menschen zu reduzieren. Betroffene Personen können sich in mehreren dieser Sub-Gruppen oder nur in einer Gruppe befinden, werden aber jedenfalls nur einmal gezählt. Als Ausgangsbasis gelten die EU SILC-Ergebnisse des Vorkrisenjahres 2008.

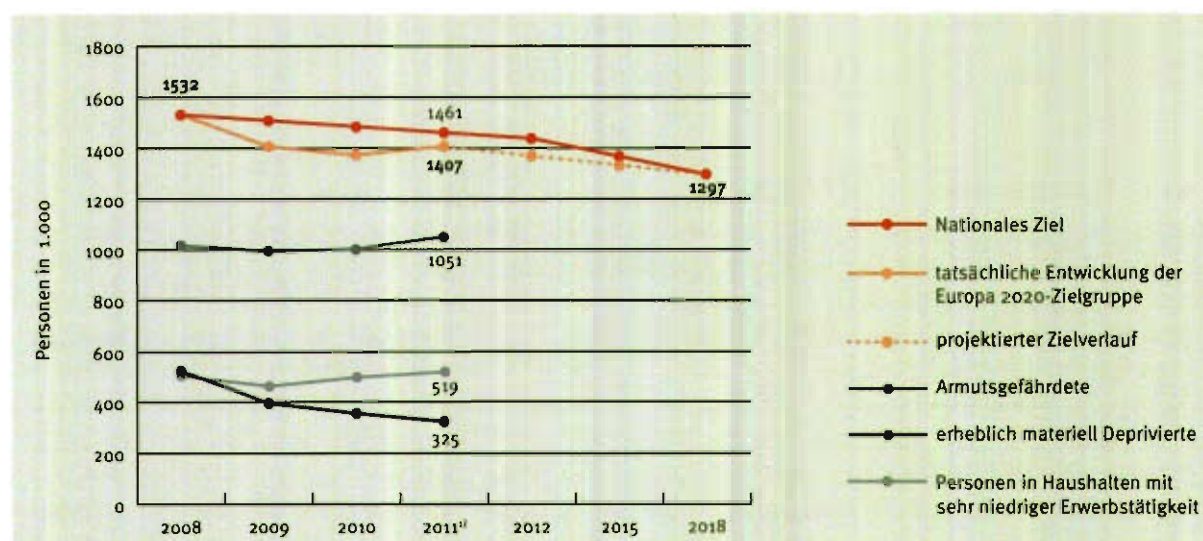
Bisher konnten auf europäischer Ebene noch keine Fortschritte bei der Erreichung dieses Ziels festgestellt werden. Kam es EU-weit zwischen

2008 und 2009 zu einer leichten Reduktion um 1,4 Millionen Personen, stieg die Zahl der Betroffenen 2010 wieder an und liegt nun um rd. 550.000 Personen über dem Ausgangswert 2008 (23% der gesamten Bevölkerung).

Während die Untergruppen der armutsgefährdeten und der erheblich deprivierten Personen auf EU-Ebene in etwa unverändert blieben, kam es bei den Personen in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit zwischen 2009 und 2010 zu einem Anstieg um einen Prozentpunkt auf 10%, wodurch sich die gesamte Zielgruppe wieder vergrößerte.

In Österreich ist im Krisenverlauf eine im EU-Vergleich günstigere Entwicklung zu beobachten: Der Anteil der sozialen Zielgruppe an der Gesamtbevölkerung ging von 2008 bis 2011⁹ um 1,7 Prozentpunkte von 18,6% auf 16,9% zurück; das entspricht einem Rückgang um rd. 125.000 Personen. Die österreichische Regierung hat sich eine jährliche Reduktion der von Armut oder sozialer Ausgrenzung Betroffenen um 23.500 Personen zum Ziel gesetzt, d.h. bis 2018 insgesamt 235.000 Personen; im Jahr 2011 konnte bereits annähernd der Zielwert für 2014 erreicht werden:

Europa 2020-Zielgruppe zur sozialen Eingliederung in Österreich



Quelle: Eurostat

1) vorläufige Werte (EU-SILC 2011)

⁸ Befragte Personen geben bei mindestens 4 von 9 Ausgabenpositionen an, diese nicht finanzieren zu können.

⁹ vorläufige Zahlen (EU-SILC 2011)

Aus obiger Grafik ist ersichtlich, dass der Großteil der Zielgruppen-Reduktion aus dem Rückgang der erheblich materiell deprivierten Personen resultiert; während die Zahl der Armutsgefährdeten seit 2008 weitgehend konstant blieb, ist die Zahl der Personen in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit zwischen 2009 und 2011 leicht angestiegen.¹⁰ Insgesamt betrachtet befinden sich die Veränderungen der nationalen Europa 2020-Zielgruppe zwischen 2009 und 2011 innerhalb der statistischen Schwankungsbreite.

Um das nationale Ziel erreichen zu können, müssen zwischen 2011 und 2018 noch in etwa 110.000 Personen aus mindestens einer der drei Gefährdungslagen gebracht werden, d.h. etwas unter 16.000 Personen jährlich.

15.4.3 BEZIEHERINNEN MINDESTSICHERNDER LEISTUNGEN

Bei den krisenrelevanten Indikatoren haben die Daten über die Inanspruchnahme mindestenssichernder Sozialleistungen eine hohe Relevanz. Das Krisenmonitoring des BMASK enthält eine Darstellung des aktuellen Entwicklungsverlaufs der GeldleistungsbezieherInnen aus der offenen Sozialhilfe bzw. der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS).

Die Vergleiche vermitteln über den gesamten Berichtsverlauf einen kontinuierlichen Anstieg der BezieherInnen-Zahlen¹¹: Wurde zwischen Februar 2008 und 2009 ein Anstieg um rd. 5% ausgewiesen, betrug die Zunahme der Personen (inklusive

Mitunterstützte) zwischen August 2010 und August 2008 bereits 11%. Die aktuellen Zahlen von Dezember 2011 im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2008 ergeben sogar einen Anstieg der Sozialhilfe- bzw. BMS-BezieherInnen von 37%.

Allerdings ist an dieser Stelle hinzuzufügen, dass dieser Anstieg nicht nur auf eine höhere Bedürftigkeit zurückzuführen ist, sondern auch auf die verstärkte Informationsarbeit und den Abbau von Zugangsbarrieren im Zusammenhang mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, die zu einer höheren Inanspruchnahme dieser mindestenssichernder Leistungen im Vergleich zur Sozialhilfe führte (siehe Kapitel 8). Außerdem wurde im Zuge der BMS-Einführung die statistische Erfassung der BezieherInnen wesentlich verbessert. Des Weiteren wurde im Zuge der Vergleiche festgestellt, dass sich die Veränderungsraten je nach Bundesland in einem sehr unterschiedlichen Ausmaß bewegen.

Neben diesen Gründen befindet sich trotz des Rückgangs der sozialen Europa 2020-Zielgruppe in Österreich innerhalb dieser Gruppe eine steigende Zahl von Personen in verschärften Armutslagen (siehe auch Abschnitt 15.4.6 sowie Kapitel 14), auf welche ein Teil des Anstiegs der BMS-BezieherInnen zurückgeführt werden kann.

Aufgrund der bundesweiten Einführung der BMS wurde die Vergleichsdarstellung mit dem Jahr 2012 neu begonnen. Zwischen März und September 2012 blieb die BezieherInnen-Anzahl in etwa gleich (rd. +300 Personen).

GeldleistungsbezieherInnen aus der offenen Sozialhilfe/BMS

	September 2012	Veränderung Dez. 2008-2011 in %
Personen inkl. Mitunterstützte	149.729	37% ¹⁾

Quellen: Sozialabteilungen der Länder

1) Die Entwicklung zwischen 2008 und 2011 beinhaltet vergleichbare Daten aus allen Bundesländern; da die Datenübermittlung zwar einen sehr hohen Anteil, aber nicht alle BMS- bzw. Sozialhilfe-BezieherInnen umfasst, können an dieser Stelle keine absoluten Werte der Veränderungen dargestellt werden.

10 Da ein Teil der sozialen Europa 2020-Zielgruppe von mehreren der drei Unterkategorien betroffen ist, ist die Summe der einzelnen Sub-Gruppen höher als die gesamte Zielgruppe.

11 Die Leistungen der Sozialhilfe bzw. der BMS fallen in den Kompetenzbereich der österreichischen Bundesländer. Nicht allen Ländern war eine monatliche Übermittlung der Daten möglich, weshalb keine vollständige Darstellung erreicht werden konnte. In diesem Sinne wurde in den Berichten eine jeweils aktuelle und umfangreiche Trendabschätzung auf einer Datenbasis von sechs bis neun Bundesländern durchgeführt (die Jahresvergleiche enthalten jeweils dieselbe Anzahl von Bundesländern).

15.4.4 INSOLVENZEN UND INSOLVENZENTGELTSICHERUNG

Eine realwirtschaftliche Folgewirkung des krisenbedingten Konjunkturverlaufs ist an der steigenden Zahl der Unternehmensinsolvenzen abzulesen, wobei allerdings nicht nur der heftige Einbruch des Wirtschaftswachstums, sondern auch die relativ rasche Stabilisierung deutlich sichtbar werden: Während von 2008 auf 2009 um rd. 10% mehr Insolvenzen zu beobachten waren, ging diese Zahl von 2009 auf 2010 um rd. 8% und danach bis 2011 um rd. 6% zurück. Dieser Trend ist in einem ähnlichen Ausmaß bei der Zahl der betroffenen DienstnehmerInnen und bei den Passiva zu beobachten.

Im internationalen Vergleich nahm Österreich im Krisenjahr 2009 eine günstige Position ein: Zahlen des Kreditschutzverbands von 1870 (KSV) belegen, dass Österreich zwischen 2008 und 2009 mit einer neunprozentigen Zunahme (inkl. abgewiesener Konkursanträge) bei den Unternehmensinsolvenzen den viertbesten Platz in Europa einnahm. Des Weiteren weist der KSV darauf hin, dass ein Großteil der insolventen Unternehmen von 2009 bereits vor dem Zusammenbruch der Lehman-Investmentbank in wirtschaftlichen Turbulenzen war und aus diesem Grund nicht als ausschließlich krisenbedingte Insolvenzen betrachtet werden können.

Die Situation hat sich laut Insolvenzstatistik des KSV im ersten Halbjahr 2012 mit einem Zuwachs um 1,9% im Vergleich zum ersten Halbjahr 2011 nur geringfügig verändert. Bei der Anzahl betroffener DienstnehmerInnen kam es jedoch zu einem deutlichen Rückgang von rd. 8%.

Als diesbezüglich krisenrelevante Indikatoren für die Berichterstattung auf nationaler Ebene wurden die Anzahl der Zuerkennungsbescheide und der zuerkannte Gesamtbetrag aus dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz aufgenommen.

Ab dem Jahr 2010 wurden auch die Neuanträge im Jahresvergleich in den Berichten dargestellt.

Wenn offene Lohn- oder Gehaltsansprüche gegenüber einer/einem ArbeitgeberIn bestehen, über deren/dessen Vermögen die Insolvenz eröffnet wurde, vertritt die IEF-Service GmbH den Insolvenz-Entgelt-Fonds und regelt die Abwicklung von der Antragstellung über die eventuelle Zuerkennung bis zur Auszahlung des Insolvenz-entgelts. Die zur Verfügung gestellten Daten beschreiben insbesondere auch den Verlauf der wirtschaftlichen Situation.

Während für Februar 2009 im Vergleich zum Vorjahr bei der Anzahl der Zuerkennungsbescheide nur eine Steigerung von 1,4% festzustellen war, kam es bereits zu diesem Zeitpunkt mit 11% zu einem relativ großen Anstieg beim zuerkannten Insolvenz-Entgelt. Diese Steigerung ist auch auf einen höheren Anteil von Abfertigungszahlungen zurückzuführen.

Bereits die Zahlen vom 1. Halbjahr 2009 ergeben mit rd. 27% einen weitaus größeren Anstieg bei der Anzahl der Zuerkennungsbescheide; das zuerkannte Insolvenzentgelt steigerte sich um 29%.

Diese Entwicklung setzte sich auch 2010 auf einem ähnlich hohen Niveau fort; erst 2011 kam es zu einer spürbaren rückläufigen Tendenz: Aktuellen Zahlen zufolge wurden von Jänner bis August 2012 – jeweils im Vergleich zum gleichen Zeitraum – um rd. 3% weniger Zuerkennungsbescheide als 2008 ausgestellt, der zuerkannte Gesamtbetrag liegt bereits deutlich unter jenem vor der Krise (-6%) und die Neuanträge gingen ebenfalls um fast 6% zurück. Betrachtet man den Zeitraum zwischen 2009 und 2012, gingen die Neuanträge sogar um 28% zurück. Demnach wurde in diesem Bereich nicht nur das Niveau vor Eintritt der Wirtschaftskrise erreicht, sondern deutlich unterschritten.

Anzahl der Zuerkennungsbescheide, Gesamtbetrag aus Mitteln des Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) und Neuanträge

	Zeitraum jeweils Jänner bis August			Veränderung 2008 - 2011 In %
	2012	2009	2008	
Zuerkennungsbescheide ¹⁾	26.330	33.827	27.182	-3,1%
Gesamtbetrag in Mio. EUR	126,3	183,2	134,4	-6,0%
Neuanträge ²⁾	17.064	23.772	18.075	-5,6%

Quelle: IEF-Service GmbH, BMASK

- 1) Bescheide im Berichtszeitraum, mit denen zumindest jeweils 1 EUR zuerkannt wurde.
- 2) Neuanträge: Pro derselben Arbeitgeberinsolvenz und eines Arbeitnehmers (einer Arbeitnehmerin) wird nur ein Antrag gezählt.

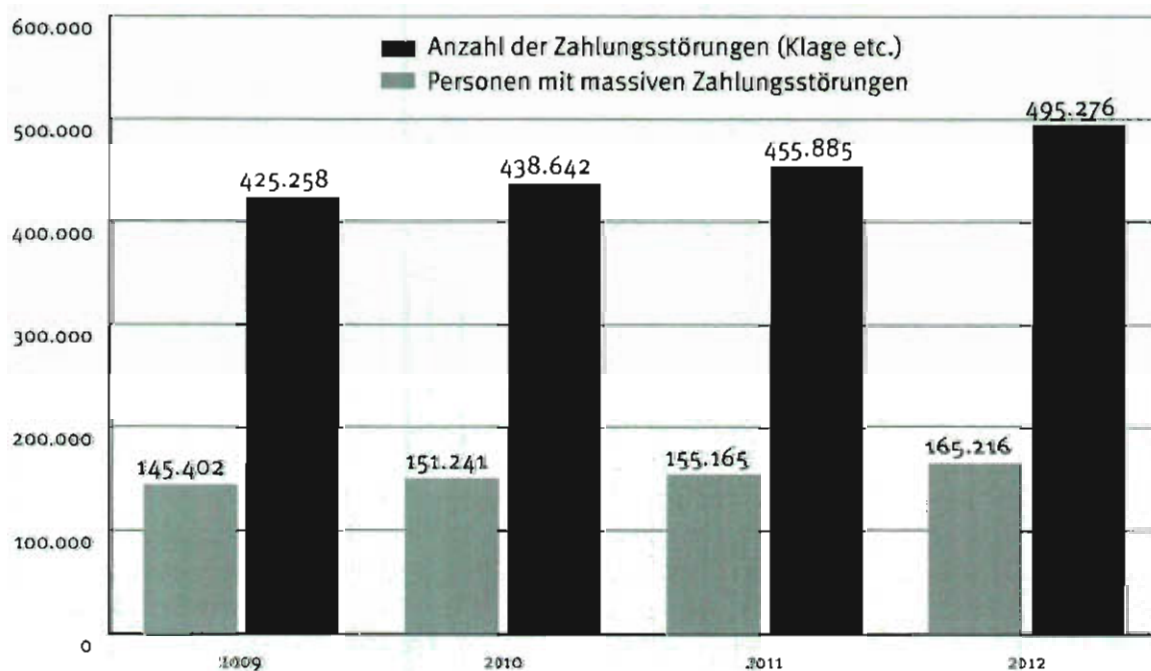
15.4.5 ZAHLUNGSSTÖRUNGEN BEI PRIVATKREDITEN

Mit Hilfe von aktuellen Daten des Kreditschutzverbandes 1870 wurde im Rahmen des BMASK-Krisenmonitorings versucht, das Ausmaß privater finanzieller Probleme im Verlauf der Wirtschaftskrise darzustellen. Aufgrund eines statistischen Bruchs in der Zeitreihe können nur Daten ab dem Jahr 2009 dargestellt werden.

Dies ist insofern nicht problematisch, da die krisenbedingte private Verschuldung zeitversetzt eintritt (z.B. nach längerer Arbeitslosigkeit).

Die folgende Grafik zeigt einen seit 2009 kontinuierlichen Anstieg sowohl bei den Personen mit massiven Zahlungsstörungen (Klagen, Fälligkeiten von Krediten etc.) als auch bei der Anzahl der Zahlungsstörungen (eine Person weist häufig mehrere Zahlungsstörungen auf):

Personen mit massiven Zahlungsstörungen und Anzahl der Zahlungsstörungen bei Privatkrediten 2009-2012



Quelle: KleinKreditEvidenz des Kreditschutzverbandes 1870; Vergleichsmonat: August

15.4.6 NATIONALE INDIKATOREN ZUR SOZIALEN EINGLIEDERUNG

Im Jahr 2012 wurden die nationalen Indikatoren zur sozialen Eingliederung überarbeitet (siehe Kapitel 14). In Bezug auf die sozialen Auswirkungen der Krise erscheinen v.a. folgende Indikatoren relevant:

Bereich „Haushaltseinkommen und Lebensstandard“

- » Der Anstieg des standardisierten realen (inflationbereinigten) Medianeinkommens um 8% zwischen 2008 und 2010 signalisiert eine Zunahme des Lebensstandards trotz Krise.
- » Die steigende Armutsgefährdungslücke¹² (+13%) im gleichen Zeitraum ist wiederum ein Hinweis dafür, dass es bei einer zunehmenden Gruppe unter den Armutsgefährdeten keine Steigerung des Lebensstandards gab.
- » Ein weiterer Anhaltspunkt für diese Entwicklung ist der steigende Bevölkerungsanteil mit

der Problemlage einer „verfestigten Deprivation“¹³; dieser nahm zwischen 2008 und 2010 um 18% zu.

Bereich „Wohnraum“

- » Bei der registrierten Wohnungslosigkeit kam es im selben Vergleichszeitraum zu einer 8-prozentigen Zunahme.

Bereich „Erwerbsleben“

- » Der Anteil jener LohnempfängerInnen (in Prozent der Erwerbstätigen), deren Einkommen unter zwei Drittel des Bruttomedianlohnes liegt, hat zwischen 2008 und 2010 um zehn Prozent abgenommen, was auf eine positive Entwicklung in Bezug auf die Problemlage „Armut trotz Erwerbsarbeit“ (Working Poor) hinweist.
- » Die Langzeitbeschäftigungslosigkeit nahm im Krisenverlauf zu; zwischen 2008 und 2010 ist ein Anstieg von 35% zu beobachten.

15.5 SCHLUSSBEMERKUNGEN

Trotz der im internationalen und europäischen Vergleich weniger dramatischen langfristigen sozialen Auswirkungen der krisenbedingten Einbrüche – v.a. in den Bereichen Arbeitsmarkt und Wirtschaft – kann auch drei Jahre nach dem Konjunkturschock 2009 noch nicht von einer Wiederherstellung der Situation vor Eintritt der Krise gesprochen werden.

Das Krisenmonitoring des BMASK beschreibt bestehende soziale Auswirkungen insbesondere bei jenen Menschen, die sich bereits vor Eintritt der Wirtschaftskrise in Gefährdungslagen befunden haben. Während die Arbeitslosigkeit insgesamt betrachtet im Vergleich zum Krisenjahr 2009 bereits wieder abgenommen hat, zeigt der Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit, dass gegenwärtige arbeitsmarktpolitische Bemühungen für Menschen mit Vermittlungs-

einschränkungen eine wichtige sozialpolitische Investition darstellen.

Jener Bevölkerungsanteil in Österreich, der von Armuts- und sozialer Ausgrenzungsgefährdung betroffen ist, hat sich im Verlauf der Krise nicht erhöht, sondern ist tendenziell zurückgegangen. Im europäischen Vergleich stellt diese Entwicklung ein Beispiel dar, wie umfassend wirkende Sozialschutzsysteme vor allem auch die am meisten gefährdeten Gruppen der Gesellschaft vor einem krisenbedingten Abrutschen in die Armutsfalle bewahren können.

Dennoch weisen die Zahlen auch darauf hin, dass sich für eine Gruppe von Menschen unter den Armutsgefährdeten die Lebensbedingungen verschlechtert haben. Dieser Tendenz wird zum einen durch mindestsichernde Leistungen

¹² Die Armutsgefährdungslücke ist ein Maß für die Intensität der Armutsgefährdung, definiert als durchschnittliche Abweichung des medianen Äquivalenzeinkommens der Armutsgefährdeten von der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle.

¹³ Nicht-Leistbarkeit von mindestens 2 von 7 national definierten Ausgabenpositionen besteht über zwei Jahre oder länger; berücksichtigt werden Personen, die im gesamten Zeitraum in Österreich wohnhaft waren (s. auch Kapitel 14).